

Genehmigt: 26.06.2025

Protokoll 09

Stadtratssitzung

Donnerstag, 08.05.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr.....	3
2024.SR.0254.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
Diskussion zu einem aktuellen Ereignis	4
2025.SUE.0006	17
2 Polizeiinspektorat (Dienststelle 230); 2. Nachkredit zum Globalkredit 2024	
2023.SUE.0047	20
3 Schutz und Rettung Bern: Neue Mietlösung Feuerwehrmagazin für die Milizfeuerwehr Kompanie West; Kredit für wiederkehrende Ausgaben	
2023.SR.0221.....	23
4 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominic Nellen, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Michael Burkard, GFL): Demoverbot in der Stadt Bern — der Gemeinderat muss seinen Entscheid überdenken	
Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.	31
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr.....	32
2024.SR.0028.....	33
5 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz)/Simone Machado (GaP): Tierpark Bern: Der Streichelzoo und der Spielplatz an der Aare dürfen nicht abgeschafft werden! Es muss langfristig sichergestellt werden, dass in diesem Perimeter ein frei zugänglicher grosser tiergerechter Streichelzoo und ein attraktiver Kinderspielplatz bestehen bleiben. Die entsprechenden Reglemente sind entsprechend zu ergänzen und gegebenenfalls sind entsprechende Kreditvorlagen auszuarbeiten.	
2023.SR.0256.....	45
6 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Personalprobleme im Tierpark Bern: Eine unabhängige anonyme Mitarbeiterbefragung ist gefordert	
2024.SR.0296.....	49
7 Interpellation Fraktion GB/JA (Ursina Anderegg, GB/Franziska Geiser, GB): Wann vollzieht der Gemeinderat einen Paradigmenwechsel bei der Pop-Up-Bewilligungspraxis, um nicht länger bestehende Gastro- und Clubbetriebe zu bedrohen?	

2024.SR.0172	56
8 Postulat Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner/Ursula Stöckli/Oliver Berger (FDP): Dauer des Baubewilligungsverfahrens halbieren!	
2022.SR.000229	59
9 Postulat Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich/Tanja Miljanovic, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Energieschub für individuelle Heizkostenabrechnungen!	
2023.SR.000078	65
10 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!, AL/PdA (Barbara Keller, SP/Lea Bill, GB/Eva Chen, AL): Niemand soll im Dunkeln sitzen	
Verschoben und eingereicht	66
Schluss der Sitzung: 22.42 Uhr	68

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Bernadette Häfliger	Matteo Micieli
Nadine Aebischer	Georg Häsler	Szabolcs Mihályi
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Dominique Hodel	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Stephan Ischi	Shasime Osmani
Oliver Berger	Monique Iseli	Cemal Özçelik
Natalie Bertsch	Seraphine Iseli	Chantal Perriard
Lea Bill	Ueli Jaisli	Ronja Rennenkampff
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Mirjam Roder
Gabriela Blatter	Anna Jegher	Sarah Rubin
Laura Brechbühler	Nora Joos	Michael Ruefer
Carola Christen	Barbara Keller	Judith Schenk
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Lukas Schnyder
Sibyl Eigenmann	Fuat Köçer	Tobias Sennhauser
Nik Eugster	Mirjam Läderach	Chandru Somasundaram
Alexander Feuz	Anna Leissing	Michelle Steinemann
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Ursula Stöckli
Dominik Fitze	Maurice Lindgren	Irina Straubhaar
Katharina Gallizzi	Nicolas Lutz	Johannes Wartenweiler
Franziska Geiser	Denise Mäder	Lukas Wegmüller
Helin Genis	Esther Meier	Béatrice Wertli
Thomas Glauser	Salome Mathys	Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Janina Aeberhard	Francesca Chukwunyere	Nora Krummen
Mirjam Arn	Sofia Fisch	Mehmet Özdemir
David Böhner	Raffael Joggi	Simone Richner
Michael Burkard		

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, ich begrüsse euch zur heutigen Sitzung des Berner Stadtparlaments. Ihr werdet schon ganz ruhig. Merci vielmals. Aber bitte alle Platz nehmen und den Geräuschpegel herunterfahren. Erlaubt mir, die heutige Sitzung ausnahmsweise mit einem für mich wichtigen Votum zu beginnen. Heute ist der 8. Mai, ein Datum von historischer Tragweite. Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Für Millionen von Menschen bedeutete dieser Tag das Ende von Krieg, Gewalt und Verfolgung, aber auch der Beginn eines langen Weges der Aufarbeitung und des Wiederaufbaus. Und das sage ich im vollen Bewusstsein, dass es auch nach diesem Datum Menschenrechtsverletzungen, Kriege und Gräueltaten gab. Aber der 8. Mai mahnt uns, wie zerbrechlich Frieden, Demokratie und Menschenrechte sind und wie gross unsere Verantwortung ist, sie zu schützen. Was wir heute als selbstverständlich empfinden, wurde von früheren Generationen unter grossen Opfern errungen. Es liegt an uns, diese Errungenschaften zu bewahren, zu erhalten und stetig weiterzuentwickeln, auch hier in unserer Stadt, in unserem Parlament durch unsere tägliche politische Arbeit. In diesem Sinne eröffne ich die heutige Sitzung mit dem Bewusstsein für die Bedeutung des heutigen Datums und mit dem Auftrag an uns alle, die demokratischen Werte, auf denen unser Gemeinwesen beruht, mit Leben zu füllen, zu vermitteln, zu stärken und zu verteidigen.

Ich gebe euch somit die Entschuldigungen für die heutige Sitzung bekannt. Entschuldigt für beide Sitzungen sind Simone Richner, FDP, Francesca Chukwunyere, GFL, Raffael Joggi, AL, Michael Burkard, GFL, Mirjam Arn, GB, David Böhner, AL und Sofia Fisch, JUSO. Für die erste Sitzung entschuldigt ist Janina Aeberhard, GLP, und Mehmet Özdemir, SP. Für die zweite Sitzung entschuldigt hat sich Emanuel Amrein, SP. Wir haben weder Rücktritte noch neue Mitglieder zu begrüssen noch Geburtstage zu verkünden. Somit die Standardmitteilungen: Bitte vergesst nicht zu badgen. Für das Einreichen der Vorstösse gelten die gleichen Fristen wie immer: 21 Uhr für die dringlichen Vorstösse, 21.30 Uhr für die nicht dringlichen Vorstösse.

Diskussion zu einem aktuellen Ereignis

Präsident: Uns liegen für die heutige Sitzung zwei Anträge auf Diskussion aus aktuellem Ereignis vor. Bei Antrag 2 SVP wurde der zweite Abschnitt bezüglich dem Provisorium Volksschule Kirchenfeld zurückgezogen, was zur Folge hat, dass Antrag 1 und Antrag 2 inhaltlich identisch sind und wir somit eine Abstimmung über diese beiden Anträge führen. Wer diesen Anträgen zustimmen und eine Debatte wegen eines aktuellen Ereignisses zulassen will, stimmt Grün, wer dies ablehnt, stimmt Rot.

Ordnungsantrag

Nik Eugster, FDP, und SVP

Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR):

Diskussion zur Kommunikation der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS), den Schulversuch bezüglich der «Classes bilingues de la Ville de Berne» auf Ende des Schuljahres 2025/2026 nicht zu verlängern.

Abstimmung Nr. 004

2024.SR.0254: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	49
Nein	7
Enthalten	5

Präsident: Ihr habt diesem Antrag zugestimmt. Da diese Debattenform sehr selten vorkommt, noch einmal kurz, was jetzt passiert: Bei dieser Debatte hat jede Partei – nicht jede Fraktion, sondern jede im Parlament vertretene Partei – eine Redezeit von maximal 5 Minuten. Selbstverständlich muss niemand ein Votum halten, aber alle dürfen. Es gibt keine Einzelvoten. Und sobald alle Parteien, die das möchten, gesprochen haben, hat der Gemeinderat bzw. die zuständige Gemeinderätin 10 Minuten Redezeit. Bevor ihr euch anmeldet, erlaube ich mir noch einen ganz kleinen Hinweis. Ich gehe schwer davon aus, dass heute Abend Vorstösse eingereicht werden, bei denen die Dringlichkeit beantragt wird. Sollten diese Vorstösse vom Büro dringlich erklärt werden, werden wir am 21. August über dieses Thema befinden und auch dann diskutieren und abstimmen dürfen. Ihr könnt euch jetzt anmelden für eure Voten. Dann hat als erstes das Wort für die Partei SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Partei: Je commence avec quelques mots français. Je pense c'est vraiment important, qu'on a ici une école bilingue. Jetzt ein paar Worte auf Deutsch, Berndeutsch, wie ihr mich kennt. Ich bin entsetzt gewesen, wie überraschend kurzfristig der Entscheid eröffnet worden ist. Ich sage immer, in der Schule brauche es Planungssicherheit, die Kinder müssten mit der Situation umgehen können und die Eltern müssten mit dieser Situation umgehen können. Wenn es eine Sportart wäre – ich mache jetzt ein Beispiel: Wenn ihr Military reitet und habt einen Reitstall, wo ihr das machen könnt, und dann geht dieser plötzlich, kurzfristig weg – wenn ihr das frühzeitig wisst, dass die Schule nicht mehr dort sein wird, könnt ihr euch anpassen. Aber was hier passiert, ist dermassen kurzfristig. Das geht nicht. Zudem sind wir Bundeshauptstadt, ein zweisprachiger Kanton. Man hat Möglichkeiten, das Gymnasium englisch und deutsch zu machen. Aber hier in der Primarschule will man nicht einmal Classes bilingues (Clabi) machen, und das aus Spargründen. BSS, ihr wisst, dass ich der bin, der gerne spart, viel spart. Aber ich habe kein Verständnis dafür, dass man 28 Mio. Franken ausgibt für Citysoftnetz, für Base4Kids, wo es eine kantonale Lösung gibt. Das Geld ist verbraten und nicht mehr da. Aber man hat hier kein Geld für die Schule. Das sind für mich eben falsche Entscheidungen. So darf es nicht sein. Und ich danke allen, die diesen Antrag unterstützt haben, damit wir zu diesem Thema reden können. Wir werden Vorstösse einreichen. Für mich ist das ganz wichtig. Darum hätte ich es auch – ihr habt den ersten Vorstoss gesehen – begrüsst, wenn gerade alle Parteien einen solchen Vorstoss eingereicht hätten. Die Betroffenen, die Schüler und die Lehrpersonen werden jetzt kurzfristig vor eine solche Entscheidung gestellt. Genau dasselbe wie bei der Kirchenfeldbrücke: Da erfährt man auch, dass der versprochene Weg und Abgang nach den Sommerferien, wenn das neue Schuljahr anfängt, auch nicht erstellt wird. Das erfährt man einfach kurz vorher. Und das ist eben so, wie es nicht geht. Wir sind hier alles Menschen. Das sind für mich kritische Fragen. Wieso hat man das nicht frühzeitig eingestellt? Und dann haben wir in Biel eine funktionierende Classe bilingue. Das funktioniert dort. Hätte man nicht Synergien schaffen können? Genau wie ein Vorstoss eingereicht wird, der bezweckt, dass man mit der École Française zusammenarbeitet. Das wären doch alles Synergien gewesen, die man hätte nutzen können. Ich bin gespannt, was Ursina dazu sagen wird, ob man das im Vorfeld nicht evaluiert

hat. Hat man solche Möglichkeiten nicht angeschaut? Das sind für mich ganz zentrale Elemente. Und dann hat man sich überlegt: Wir sind ein zweisprachiger Kanton – man kann doch jetzt auch nicht sagen, die Leute sollen in eine Privatschule gehen oder was auch immer –, so dass man hier eine gewisse Vorbildfunktion hat. Für mich ist das ein Armutszeugnis. Ich habe damals – ihr erinnert euch, ich bin ja schon eine Weile im Stadtrat –, als es um die Classes bilingues gegangen ist, gesagt, ob es der richtige Standort ist, ob wir dort Möglichkeiten zu erweitern haben. Ich gehe davon aus, es gebe einen Run auf die Klasse. Und jetzt wird das einfach dermassen kurzfristig zugemacht. Stellt euch einmal vor: Die Eltern, die ihre Kinder angemeldet haben, sind davon ausgegangen, dass ihr Sohn oder ihre Tochter in die Schule gehen kann. Und nach einem Jahr ist diese dann wieder zu. Wollt ihr jetzt ein Kind noch ein Jahr bilingue in die Ausbildung schicken und dann macht ihr gerade wieder den Sack zu und brecht wieder ab? Also ich bin der Meinung, da muss man doch Lösungen finden. Ich bin wirklich entsetzt, dass man hier nicht die nötigen Konsequenzen gezogen hat. Und ich bin deshalb sehr gespannt, welche Antworten von der Seite des Gemeinderates gegeben werden. Jetzt habe ich ein paar wichtige Punkte ausskizziert, von denen ich wirklich der Meinung bin, wir sind es den Romands schuldig. Et j'espère que l'école reste et je vous promis l'UDC va vous soutenir. C'est la grande majorité de la fraction qui va vous soutenir. Merci beaucoup.

Applaus von der Tribüne

Präsident: Ich muss die Besuchenden auf der Tribüne darauf hinweisen, dass es zwar sehr schön ist, dass sie heute hier sind und sich für unsere Debatte interessieren. Bei uns sind die Regeln im Parlament aber so, dass man die Debatte nicht stören darf oder auch nicht beeinflussen darf. Und auch Applaus fällt unter diese Regel. Vielen Dank fürs Berücksichtigen. Als nächstes für die Partei FDP, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Partei: Zuerst einmal herzlichen Dank, habt ihr den Antrag zur Diskussion angenommen. Liebes BSS, liebe Ursina Anderegg: Wow, da hast du uns ein Ei gelegt: Gleich zum Anfang deiner Amtsperiode einmal ein Angriff auf die Zweisprachigkeit, gleich einmal fast 100 Kinder enttäuscht, gleich einmal fast 200 Elternteile vor den Kopf gestossen, gleich einmal eine Schulkommission, den Kanton, Experten und uns als Stadtrat umgangen. Der Entscheid, den Schulversuch der Clabi nicht mehr zu verlängern, verärgert viele, weil er falsch ist, auf falschen Argumenten basiert und falsch kommuniziert wurde. Eine grössere Fehlleistung ist kaum möglich. Beginnen wir mit den falschen Argumenten. Als Grund wird aufgeführt, die Lektionentafeln des Lernplans 21 und des Plan d'études romand seien zu wenig kompatibel. Dass das nicht stimmt, beweist die Fibi (Filière Bilingue) in Biel, ebenfalls eine Schule, an der je zu 50% in Deutsch und in Französisch unterrichtet wird. Die Bieler Bildungsdirektorin Anna Tanner, deine Parteikollegin, Ursina, hält unmissverständlich fest, Zitat: "Letztlich ist es eine Frage des Willens und wo ein Wille ist, ist auch ein Weg." Und die Uni Genf wie auch die PH Bern begleiten in einem Mandat des Kantons dieses pädagogische Experiment mit angeblich positiven Ergebnissen. Das war jedenfalls die Rückmeldung an die Eltern. Bis heute gibt es keine öffentlichen Rückmeldungen über den Fortschritt dieses Mandats. Es wäre wichtig, die zuständigen Expertinnen und Experten zu konsultieren und ihre Empfehlungen zu berücksichtigen. Zweites Argument ist die Problematik mit der Personalplanung und der anspruchsvollen Schulentwicklung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Der Lehrer*innenmangel ist ein allgemeines Problem in unserem Schulsystem und wird nicht dadurch gelöst, dass man die Clabi abschafft. Im Gegenteil: Die Zeitung La Liberté schrieb vor einem Monat, dass die Ausbildung von

Lehrkräften im Kanton Freiburg auf einem Höchststand sei. Sie würden also eher die Situation entschärfen, wenn wir französischsprachigen Lehrkräfte hier in Bern eine Chance zum Unterrichten geben würden. Und wir bilden hier explizit bilinguale Lehrpersonen an der PH Bern zusammen mit der HEP (Haute Ecole Pédagogique) Bern-Jura-Neuenburg aus. Von dort bekam ich die Rückmeldung, dass die jungen Lehrpersonen motiviert sind und auch den Entscheid des BSS nicht nachvollziehen können. Dann das Argument, es gebe keinen Standort, um die Clabi auf den Zyklus 3 zu erweitern. Dass die Schulraumplanung ein Problem ist, das wissen wir schon lange. Und es ist einmal mehr ein Dämpfer, dass die Verwaltung das einfach nicht auf die Reihe bekommt. Das hat nichts mit den Clabi zu tun. Und wir verstehen nicht, warum darunter nun fast 100 Kinder leiden sollen. Und schlussendlich das, ich kann es nicht anders sagen, lächerliche Argument, dass die Clabi ein freiwilliges Angebot seien und für diese Klassen zusätzlich Schulraum benötigt würden. Ja, mal im Ernst: Gehen diese Kinder, wenn es die Clabi nicht mehr gibt, einfach nicht mehr zur Schule? Ja, das geht nicht auf. Der Entscheid ist unverständlich, weil kein einziges Argument aufgeht. Bei genauerer Betrachtung wird wohl ohne griffige Argumente ein Projekt beendet, das eigentlich so wichtig ist. Eine nicht öffentlich bekannte und politisch nicht legitimierte Begleitgruppe entscheidet über ein bildungspolitisch wichtiges Projekt. Bern ist die Bundesstadt, der Kanton Bern ist zweisprachig und unsere nationale Identität beruht in weiten Teilen aus dem Zusammenbringen der verschiedenen Sprachregionen durch gegenseitiges Verständnis. Dazu müssen wir extrem Sorge tragen. Wenn für eine Fortführung der Clabi nach 2026 eine gesetzliche Grundlage fehlt, dann, bitte, ist es an uns als Rat, diese Gesetzesgrundlage zu machen. Und es ist an der Verwaltung, uns eine solche vorzulegen und nicht einfach ein Schreiben über diesen Übungsabbruch. Und apropos Schreiben: Lasst uns kurz über die Kommunikation reden. Ich habe selten so viele Reaktionen von Menschen erhalten, die sich vor den Kopf gestossen gefühlt haben. Von der Schulkommission wussten bis zum Schluss die wenigsten Bescheid. Vom Kanton hört man auch, man sei nicht einbezogen worden. Und die Elternschaft wird dann irgendwann mal nächste Woche noch angehört. So macht man keine Politik in einer Stadt der Partizipation, Ursina. Ich hoffe, es war ein einmaliger Ausrutscher am Anfang der Amtsperiode, aus dem gelernt wird oder um es in der Schulsprache zu sagen: Note ungenügend, Promotion gefährdet. Noch viel wichtiger, meine Forderung ganz zum Schluss: Das Ende ist erst für das Schuljahr 2025/2026 angesagt. Wir haben noch Zeit, um Lösungen zu finden. Wir sind bereit, diesen Fehltritt zu entschuldigen. Aber es muss auf den Entscheid zurückgekommen werden. Kinder, Eltern, Expert*innen, Schulkommission und wir als Stadträt*innen müssen angehört werden. Und es muss eine andere Lösung gefunden werden. Vielleicht ist dieses Malheur sogar eine Chance, dass wir nun über eine definitive Lösung für die Clabi sprechen können. Besten Dank.

Zaghafter Applaus, der rasch verebbt.

Präsident: Leider ist es immer noch nicht erlaubt, zu klatschen. Merci. Für die Partei GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Partei: Es ist mir ein Anliegen, in dieser Debatte und der ganzen medialen Aufregung auch noch Platz zu finden für ein paar Zwischentöne. Erlauben Sie mir auch zu sagen, dass ich 2002 bis 2005 den zweisprachigen Gymer in Biel besucht und beste Schulerinnerungen und sprachliche Erinnerungen an diese Zeit habe. Dennoch möchte ich eine Einordnung machen, die etwas fernab ist von der per-

sönlichen Betroffenheit: Zuerst an die Bürgerlichen – die Stadt übernimmt hier ein Zusatzangebot. Das ist ohne Diskussion. Und es gibt Zusatzausgaben für die Stadt. Die Frage, die man sich doch stellen darf – man kann argumentieren, es sei kein hoher Betrag von plus/minus 1 Mio. Franken Zusatzkosten –, aber man muss sich die Frage trotzdem stellen. Gehört dieses Angebot in das Volksschulgrundangebot oder nicht? Und darüber diskutieren wir dann gerne wahrscheinlich im August. Diese Idee der Clabi wurde ursprünglich mal aufgezoogen, um ein niederschwelliges Angebot für einen deutsch-/französischen Unterricht in der Stadt zu schaffen. Und es zeigt sich bei den Anmeldungen, bei den Nutzenden dieses Angebots, dass es nicht so niederschwellig ist, sondern dass es zum Teil sehr einseitig genutzt wird, dass zum Beispiel der Stadtteil Kirchenfeld sehr stark überrepräsentiert ist und der Stadtteil Bümpliz-Bethlehem sehr stark unterrepräsentiert. Natürlich. Wir haben nur einen Standort mitten in der Stadt. Es stellt sich trotzdem auch die Frage: Was muss die Volksschule in dieser Stadt leisten und mit welchen Mitteln? Dann sage ich auch gerne noch etwas zur Zweisprachigkeit in dieser Stadt. Die wird auch immer etwas euphorisch vorgeführt. Biel ist fast 50:50 Deutsch : Französisch. Die Französischsprachigen holen stark auf. Das ist auch ein ganz anderes Setting, um Lehrpersonen zu finden, die im Unterricht eine Qualität leisten können. Es ist nicht so einfach, diese Qualität zu erreichen, muttersprachliche Leute zu finden, die so gut unterrichten. Denn die Schüler*innen lernen lesen und schreiben. Das ist etwas anderes als im Gymer, wo man schon mit einem gewissen Rucksack hinkommt. Aber die Kinder lernen lesen und schreiben. Und das drückt sich auch aus im Unterrichtsplan. Man zwackt dann beim Deutschunterricht in der ersten und zweiten Klasse zwei Lektionen ab. Die Differenz wird im Fach NMG (Natur, Mensch, Gesellschaft) ausgeglichen. In der fünften und sechsten Klasse hat man drei Lektionen mehr Französisch als in der Regelschule, der Volksschule. Die Differenz wird in den Fächern NMG, Gestalten und Musik ausgeglichen. Und hier stellt sich auch wieder die Frage: Was ist die Differenz zum Lehrplan 21? Können diese Schüler*innen dann mithalten? Das ist eine wichtige Frage. Man darf die nicht einfach übertünchen, indem man die Sprachlichkeit so wahnsinnig hochhält. Im Wesentlichen ist es trotzdem wichtig, dass die Schüler*innen in der Unterstufe, Zyklus 1 und 2, die Erstsprache sehr gut lernen. In der Stadt Bern, es tut mir leid, haben 83% als Erstsprache Deutsch. Daran muss man sich ausrichten. Über dieses Angebot muss man diskutieren. Im Hinblick auf die Vorstösse kann man sich die Frage stellen: Ist 1 Mio. Franken wirklich so viel Geld, angesichts der Tatsache, dass wir bei anderen Dingen deutlich ausgabefreudiger sind. Dieser Diskussion stellt sich die GFL im August sehr gerne und die GFL ist auch gespannt auf konfrontativen, aber auch konstruktiven Austausch mit euch Betroffenen. Herzlichen Dank

Präsident: Merci. Als nächster Sprecher, Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Partei: C'est toujours drôle comme migrant d'expliquer le valeur du bilinguisme, notamment sur les deux côtés de la Sarine. J'évite à prendre la parole ce soir en français. Je le laisse tomber, parce que c'est trop important que le message soit compris. Ich würde sehr gerne die Meinung unserer Fraktion wiedergeben, aber ehrlich gesagt können wir einer seriösen Prüfung in dieser kurzen Zeit nicht gerecht werden. Die betroffenen Lehrkräfte kennen den Entscheid, die Clabi zu schliessen, erst seit Montagnachmittag, die Eltern seit Montagabend und die Medien, die Bevölkerung, übrigens auch die Kinder, und mit der Bevölkerung auch wir, erst seit Dienstag. Wir konnten darum noch keine Vorgehensvorschläge erarbeiten. Das wäre auch nicht seriös. Dennoch ist es uns wichtig, dass wir diese Diskussion hier führen können,

denn wir bedauern die entstandene Situation. Wir bedauern, dass Kinder und Eltern einen Entscheid von für sie so grosser persönlicher Tragweite erst 2 Monate vor dem Ende des Schuljahres erfahren haben. Ein solches Arrangement entspricht nicht unserem Verständnis von verantwortungsvollem staatlichem Handeln. Wir bedauern, wenn Menschen aufgrund des Entscheides, die Classes bilingues zu schliessen, den Eindruck bekommen haben, der Stadt sei die Zweisprachigkeit nicht wichtig. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass das so ist. Wir bedauern, dass nicht erkannt wurde, dass dieser Entscheid eine grössere Bedeutung hat als eine operative Diskussion um die Weiterführung eines Schulversuchs. Wir bedauern, dass wir diese Diskussion heute führen müssen und nicht schon letzten Herbst, wo wir die Suche nach Lösungen hätten in den Vordergrund rücken können. Wir bedauern, dass wir heute vor allem Fragen bieten können und nicht Antworten, wie es die Bevölkerung von uns als Stadtrat eigentlich erwarten dürfte. Wir wollen die verschiedenen Herausforderungen, welche die Clabi mit sich gebracht haben, nicht in Abrede stellen. Wir wissen, dass auf dem Schulsystem und den Lehrpersonen ein hoher Anforderungsdruck lastet. Wir fragen uns: Hätte man diese Probleme nicht benennen müssen, um dann zu versuchen, Lösungen zu finden? Es ist zu hören, das Angebot habe bei Weitem nicht den Standards des städtischen Schulangebots entsprochen. Wenn das so ist, warum wurde das nicht benannt? Wurde dazu den betroffenen Eltern und Kindern in den letzten Jahren etwas anderes kommuniziert? Wurde etwas versprochen, das nicht gehalten werden kann? Als Grund für die Schliessung der Clabi wurden auch die Differenzen zwischen den Lehrplänen genannt. Dass es diese Differenzen gibt, ist wahrscheinlich von allen Fachpersonen unbestritten. Wir fragen uns aber – denn Biel findet einen Umgang damit –, ob nicht auch für Bern gilt: Wo ein Wille ist, ist doch auch ein Weg? Hätte nicht gerade auch eine Benennung der nun aufgeführten Probleme der Clabi dazu führen können, Druck aufzubauen, um die Probleme zu lösen, die Rahmenbedingungen zu verbessern? Hätte nicht auch mit Hilfe des Kantons eine Lösung gefunden werden können? Hat man das ernsthaft versucht? Auch der Vorwurf war zu hören, das Angebot sei elitär, isoliert vom Rest der Bevölkerung. Dazu würden wir sehr gerne mehr erfahren. Wenn es so ist, ist die Daseinsberechtigung der Clabi durchaus zu hinterfragen. Dann gäbe der Entscheid Ressourcen frei, die künftig für ein breiteres, gesamtstädtisch relevantes Bildungsangebot genutzt werden können. Aber diese Diskussion wurde ja nun nicht geführt. Es wurden Tatsachen geschaffen. Erlaubt mir dazu noch folgende Bemerkung: Es braucht bei allem Respekt keine separate Schule, um transkulturelle Kompetenz zu vermitteln. Transkulturelle Fähigkeiten lernt man auch in sehr vielen anderen Schulen in unserer Stadt, beispielsweise in Bethlehem, wo ich in die Schule gegangen bin und auch in der Schulkommission war. Die Mehrheit der Kinder in dieser Stadt wächst mehrsprachig auf. Transkultureller geht es nicht. Und nicht zuletzt dank dieser transkulturellen Erfahrung fiel mir beispielsweise mein Studium und Leben in Genf einiges einfacher als meinen Deutschschweizer Mitstudierenden ohne Migrationshintergrund. Mais ça, c'est une autre histoire. Wie geht es weiter? Die SP steht weiterhin für ein starkes, chancengerechtes, öffentliches Bildungssystem ein. Dazu gehören gut ausgestattete Angebote, die allen Kindern offenstehen, langfristig und tragfähig. Die SP setzt sich auch weiterhin für die Bedeutung der Zweisprachigkeit in Bern ein, der Bundesstadt mit wichtiger Brückenfunktion zwischen den Landesteilen. Aber was heisst das konkret? Wie geht es konkret weiter? Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich nun 2 Monate vor Ende des Schuljahres für die jetzigen Klassen etwas ändern lässt. Ich finde es wichtig, hier realistisch und auch ehrlich zu sein. Wir als SP sind offen für Lösungen und vielleicht können wir auch mit etwas mehr Zeit Lösungsvorschläge bieten. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Partei GB, Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Partei: Es ist schade, dass der Schulversuch Classes bilingues nicht weitergeführt wird. Die Erziehungsberechtigten und die Kinder der Clabi sind jetzt sicher enttäuscht, die Erziehungsberechtigten wütend und reagieren mit Unverständnis. Und 91 Kinder, kann ich mir vorstellen, sind jetzt traurig. Ich kann den Ärger der Betroffenen sehr gut nachvollziehen. Es ist sicher wichtig, dass die Kinder, die Eltern und die Erziehungsberechtigten jetzt gut begleitet werden. Es ist auch richtig, dass der Gemeinderat und die Verwaltung sich mit den betroffenen Klassen ins Gespräch begeben und diesen Ärger auch abfangen und vielleicht auch noch einmal gut erklären, warum der Schulversuch enden soll. Natürlich ist es schade um das Ende des Versuchs. Denn es ist sehr attraktiv, 2 Sprachen wie eine Erstsprache zu lernen. So können die Kinder richtig eintauchen, statt einfach Wörter und Grammatik zu lernen. Eine Sprache sich auf diese Weise anzueignen, ist natürlich ein totaler Idealfall. Und deshalb ist es auch schade, endet dieser Versuch. Ich nehme hier aber jetzt eine eher politische Einordnung vor. Denn so schade es ist, politisch ist es kein Skandal, wie das jetzt suggeriert wird. Kein Skandal ist das Ende des Versuchs, weil es eben ein Versuch ist. Die Classes bilingues sind 2019 als Schulversuch gestartet. Geplant war, den Versuch bis 2026 laufen zu lassen und dann zu entscheiden, ob er weitergeführt wird. Jetzt ist der harte Entscheid gefehlt worden, den Versuch nicht weiterzuführen. Ein Versuch, ein Pilotprojekt muss auch beendet werden können, sonst wäre es kein Versuch. Ich glaube, da sind wir uns eigentlich einig. Und auch die bürgerliche Ratsseite legt grossen Wert darauf, dass ein Pilotprojekt oder eben ein Schulversuch nicht quasi automatisch in ein Regelangebot überführt wird. Kein Skandal ist das Ende des Schulversuchs auch, weil die frühe Fremdsprachenförderung, konkret das Frühfranzösisch und grundsätzlich das Erlernen von Fremdsprachen, nicht von den Classes bilingues abhängt. 91 Schüler*innen besuchen die Classes bilingues und lernen Deutsch und Französisch als Erstsprache. Dem gegenüber stehen 12'000 Schüler*innen in der Stadt Bern, die ab der 3. Klasse immer noch Französisch als Fremdsprache lernen. Frühe Fremdsprachenförderung ist wichtig, und zwar für alle 12'000 Berner Schulkinder. Die FDP sieht nichtsdestotrotz das Frühfranzösische gefährdet, weil der Schulversuch nicht weitergeführt wird. Die FDP sieht das Frühfranzösisch gefährdet. Das ist etwas eigenartig. Die FDP hat vor nicht langer Zeit ein Positionspapier zur Bildung verabschiedet, in dem sie festhält, auf Primarschulstufe müsse das Erlernen der Erstsprache Priorität haben. Die abnehmenden Sprachkompetenzen in den lokalen Landessprachen seien ein Alarmsignal und sprächen für sich und so weiter und so weiter. Ihr kennt das Papier. Ihr habt es ja geschrieben. Das Erlernen der zweiten Landessprache ist also nicht prioritär für die FDP. Vor einem Jahr hat die FDP auch im Grossen Rat einen Vorstoss miteingereicht, der die Abschaffung oder zumindest die Infragestellung von Frühfranzösisch oder vom frühen Deutschunterricht für die Französischsprachigen zum Thema hat. Liebe Stadt Berner FDP, wenn ihr euch für Frühfranzösisch engagieren wollt, dann müsst ihr wohl vor allem innerhalb eurer eigenen Partei tüchtig lobbyieren. Entscheidend dafür, ob Kinder schon früh beim Erlernen einer weiteren Landessprache gefördert werden, ist wohl eher die Haltung eurer Partei und nicht Clabi. Kein Skandal ist das Ende des Schulversuchs des Weiteren, weil er überhaupt nicht kurzfristig kommuniziert wurde. Die Clabi-Kinder werden dieses Schuljahr beenden und dann ein weiteres ganzes Schuljahr in der Matte verbringen. Die Kommunikation erfolgt also eineinviertel Jahr vor Ende des Schulversuchs. Ich verstehe nicht, was daran kurzfristig ist. Kein Skandal oder kein politischer Skandal zumindest ist das Ende des Schulversuchs schliesslich,

weil die Schulen und das ganze Bildungssystem tatsächlich unter Druck stehen. Schulraumknappheit, Lehrpersonenmangel, fehlende Mittel, das sind Themen, die natürlich über die Clabi hinausgehen. Dazu kommen die Herausforderungen, zwei Lehrpläne zu koordinieren, Weiterbildungen zu konzipieren, die Schulentwicklung voranzutreiben. Ja, das sind plausible Gründe, einen Schulversuch nicht weiterzuführen. Dass die Clabi Mehrkosten verursachen, ist ja prinzipiell überhaupt kein Problem. Guten Bildungsangeboten sollte immer genügend Geld zur Verfügung stehen. Mehrkosten aber in Kauf zu nehmen für einen Schulversuch, der organisatorisch und auch fachlich nicht gut zu bewältigen ist, das will doch im Ernst die bürgerliche Ratsseite auch nicht. Eigenartig ist hier, dass die Bürgerlichen, insbesondere SVP und FDP, die bei der Bildung eigentlich immer sparen wollen, das Sparargument jetzt einfach wegwischen. Glaubwürdig ist das nicht. Oder anders gesagt: Schön wäre es, wenn sich die bürgerlichen Parteien mit dieser Vehemenz für Inklusion, für bessere Löhne der Lehrpersonen, für mehr Mittel, für eine professionelle Schulentwicklung einsetzen würden wie jetzt für die Clabi. Aber nein, das Positionspapier der FDP fordert nichts dergleichen, sondern Abbau bei der Inklusion, Abbau beim Fremdsprachenunterricht und dann noch Dinge wie keine Woke-Kultur. Ja, das Ende des Schulversuchs ist traurig, aber es ist und bleibt politisch einfach kein Skandal.

Präsident: Merci. Für die Partei Mitte Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Partei: Pour une foi j'ai le problème de ne pas pouvoir parler en français, parce que je devrais changer en allemand. Le français, c'est la langue de la passion et de l'émotion. Et si on parle des émotions, on voit bien que la décision de la direction de Madame Anderegg a bien suscité des émotions qui vont bien au-delà de la ville de Berne. C'est un scandale non seulement pour Berne, mais pour la Suisse et le canton de Berne. Was heute zur Debatte steht, ist mehr als nur ein Schulversuch. Es geht um das Selbstverständnis unserer Stadt und unseres Kantons. Nous sommes un pays plurilingue et un canton bilingue. Die Classes bilingues sind ein Leuchtturmprojekt unserer Stadt, ein Symbol der gelebten Zweisprachigkeit. Die Nachfrage war und ist ungebrochen hoch. Es ist ein Erfolgsprojekt. Die wissenschaftlichen Ergebnisse sind durchaus ebenso positiv und dennoch werden wir heute ohne politische Debatte vor vollendete Tatsachen gestellt – wir und eben auch die Eltern. Die heutige Debatte oder dass wir sie führen müssen, ist ein politischer Skandal. C'est un scandale – voilà le titre de la Berner Zeitung. C'est une honte pour la ville de Berne, pour le canton, parce que Berne, c'est la capitale. Das Scheitern dieses Projekts ist aber kein Zufall, sondern es ist das Resultat von Missmanagement und schlechter Planung. Die damalige Gemeinderätin Franziska Teuscher und die heutige Direktorin der BSS, Ursina Anderegg, haben gemeinsam der Zweisprachigkeit in unserer Stadt einen Bärendienst erwiesen. Eine gute Idee wurde insofern schlecht umgesetzt oder schlecht geplant, damit wir sie heute beerdigen sollen? Non, je ne pense pas. Und glauben Sie mir, unserer Partei und der Fraktion sind die Finanzen wichtig, wirklich, und es ist unglaublich, weil wir beim Kanton nachgefragt haben. Eine finanzielle Beteiligung des Kantons wurde nicht geprüft. Wir haben nachgefragt. Und? Auf Nachfrage beim kantonalen Amt für Kindergarten und Volksschule ist im Oktober 2024 bei der kantonalen Bildungsdirektion kein Gesuch der Stadt Bern eingegangen. Wie sagt man bei den Finanzen? Musst erst haben, bevor du kannst. Aber man sollte auch prüfen, ob Geld des Kantons da wäre, um ein Projekt auch nachhaltig weiterführen zu können. Eine Idee ohne Plan ist schlampig oder fahrlässig. Es geht darum, dass die Kommunikation nicht gut war. Es war keine gute Kommunikation. Franziska, du hast vorhin gesagt, es sei

gar nicht so schlimm für die Kinder und auch nicht für die Eltern. Ich würde es den Eltern und den Kindern überlassen zu beurteilen, wie sie sich fühlen mit dieser Entscheidung, nachdem sie damit konfrontiert worden sind. Und ich denke, wir haben gesehen, welche Emotionen es auslöst, und die sollten wir ernst nehmen. Das Ende des Projekts wurde nicht im Stadtrat diskutiert und offenbar auch nicht im Gemeinderat. Es wurde einseitig von der Direktion Bildung, Soziales und Sport beerdigt. Das ist weder sportlich noch verantwortungsvoll. Über 100 Familien, die sich auf dieses Angebot verlassen haben, sich darauf eingelassen und sich damit eingerichtet haben, stehen nun vor einer Situation, die nicht die ist, die sie sich vorgestellt haben. Dabei ist die Zweisprachigkeit für Bern als Brückenstadt zwischen Deutsch- und Westschweiz nicht nur ein kulturelles, sondern auch ein wirtschaftliches Kapital. Ich habe im November in Le Temps einen Artikel geschrieben: «Berne bilingue, un trésor menacé, qu'il faut défendre». Wir waren im Wahlkampf. Und ich dachte dabei eher an die Ecole cantonale de langue française, die wir retten sollten. Ich hätte mir nicht vorgestellt, dass wir heute über die Classes bilingues der Stadt Bern sprechen. Die Zweisprachigkeit Berns ist unser Kapital, es stärkt die Zusammenarbeit. Il s'agit de la cohésion de notre Ville, de notre canton und finalement aussi de notre pays. Wir fordern eine sofortige politische Aufarbeitung auch dieses Skandals aus dieser Direktion. Wir fordern eine nachhaltige Anschlusslösung für die betroffenen Kinder und Familien, damit diese Kompetenzen nicht verloren gehen. Und wir fordern auch eine gute Koordination mit dem Kanton, eine kantonale Strategie zur nachhaltigen Förderung des zweisprachigen Unterrichts gemeinsam mit allen Akteuren. Le bilinguisme à Berne ne doit pas devenir une jolie mémoire. Berne bilingue est une force et c'est un avenir. Merci beaucoup.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Partei GLP, Natalie Bertsch.

Natalie Bertsch (GLP) für die Partei: Die Frage der Clabi hat bei uns in der Fraktion grosse Diskussionen ausgelöst. Ich beschränke mich heute auf den Konsens in der Fraktion, nämlich dass wir ganz viele Fragen zur Entscheidungsfindung haben, dem fehlenden partizipativen Vorgehen, zum Projektmanagement und auch zur Kommunikation. Wir stören uns sehr an der Vorgehensweise, der Schaffung des fait accompli ohne vorherige Konsultation mit betroffenen Personen. Es ist unser Verständnis, dass sowohl das betroffene Lehrpersonal als auch wir Eltern von Clabi einen Tag vor der Kommunikation des Entscheids in den Medien informiert worden sind. Vielleicht einfach auch nur, um zu verdeutlichen: Clabi arbeitet auch mit diesem Klapp-System, wo man Messages bekommt. Und an dem gleichen Tag haben wir noch eine Message bekommen, dass irgendwo ein Schuh fehlt. Und dann kriege ich nochmal eine Nachricht und denke, vielleicht ist der Schuh gefunden worden. Aber nein, das ganze Projekt ist beendet. Am nächsten Morgen werden die Kinder informiert und alle sind einfach nur fassungslos. Auch der Kanton scheint unseres Wissens nicht informiert worden zu sein. Wir finden ein solches Verhalten und auch eine solche Kommunikationskultur extrem enttäuschend. Es entspricht aus unserer Sicht keiner modernen, partizipativen Führungskultur. Und das bringt mich gerade zu einem weiteren Punkt, nämlich dem Projektmanagement. Auch wenn ein Pilot auslaufen soll, braucht es doch ein solides Projektmanagement. Warum wurde nie kommuniziert, wann und wie und nach welchen Kriterien über die Weiterführung des Pilots entschieden und informiert wird? Es laufen noch Evaluationen, zum Beispiel mit der PH Bern, deren Ergebnisse noch gar nicht da sind. Wir haben auch wie andere Parteien Fragen zu den Kosten und der finanziellen Machbarkeit. Was sind die tatsächlichen Einsparungen? Die Kinder der Clabi müssen

ja woanders eingeschult werden und verursachen auch Kosten. Aufgrund der intransparenten Vorgehensweise der Gemeinderätin wissen wir auch nicht, ob alternative Finanzierungsmodelle, eine Ausweitung auf oder die Integration anderer Standorte, die Kooperation mit privaten Schulen sowie anderen Gemeinden und dem Kanton geprüft worden sind. Geschätzte Gemeinderätin, ich weiss nicht, welche tiefen Beweggründe Sie zu dieser Kurzschlussumsetzung des Entscheids bewogen haben, aber als Mutter eines Clabi-Kindes möchte ich Ihnen vor allem die Reaktion der Clabi-Eltern und -Kinder spiegeln. Man ist fassungslos, war nicht vorbereitet auf so einen Entscheid. Es wurde zwar immer kommuniziert, es sei ein Pilot, aber einer, der bis in die 6. Klasse geht. Wir Eltern haben dies als verbindlich aufgefasst. Auch über die Eltern der Clabi-Kinder hat dies starke Reaktionen in anderen Städten, Kantonen und Vereinen ausgelöst. Insbesondere die rasche Umsetzung, die fehlende Partizipation und die Tatsache, dass durch die zusätzlich vom Entlastungspaket betroffene Französische Schule das Risiko besteht, dass es gar kein französischsprachiges Angebot in der Stadt Bern gibt, hinterlässt den Eindruck, dass man sich nicht sehr viele Gedanken darüber gemacht hat, was dies für die Romands und die Zweisprachigkeit in dieser Stadt bedeutet. Insbesondere auch eine Koordination mit dem Kanton wäre hier extrem wichtig gewesen. Heute Abend und auch in den Kommentarspalten der Zeitungen hat man immer wieder vom elitären Leuchtturmprojekt Clabi gehört. Die Aussage ist von einer Seite des Röstigrabens deutlich leichter nachzuempfinden als von der anderen. Als meine Mama vor über 50 Jahren Deutsch lernen wollte, hat man ihr gesagt: Ne va surtout pas à Berne. Es wäre naheliegend gewesen. Sie wohnte nur eine Stunde entfernt von Bern in einem der französischsprachigen Dörfer im Berner Jura. Stattdessen ist sie nach Deutschland ausgewandert und so bin ich als Auslandsschweizerin und zweisprachig aufgewachsen. Die Heimat meiner Mutter, die ich nur aus ihren idealisierten Beschreibungen und häufigen Besuchen bei den Grosseltern kannte, hat mich interessiert. Und so habe ich in Genf studiert und über viele Umwege zurück in die Stadt gefunden, von der man meiner Mama damals so sehr abgeraten hat. Für jene unter uns, die in Bern nicht Schweizerdeutsch sprechen, ist jeder Tag eine Erinnerung, dass Sprache nicht nur Werkzeug zur Verständigung, sondern eben auch Kultur und Zugehörigkeit ist. Wenn man nicht perfekt Schweizerdeutsch spricht, bleibt doch immer ein Fragezeichen über allem stehen. Das Clabi-Angebot bedeutet für mich nicht nur die Möglichkeit, dass mein Sohn eine andere Sprache lernt, sondern ist eben auch eine Frage der Zugehörigkeit. Für mich und für viele andere bedeutet es etwas, im Formular der Kindergartenanmeldung dieses Kreuz bei Clabi setzen zu dürfen, selbst wenn unser Sohn nicht ausgesucht worden wäre. Es bedeutet, gesehen und gehört zu werden in dieser Stadt. Dieser Kurzschlussentscheid auf der anderen Seite und insbesondere die wirklich unsensible Umsetzung und das fehlende Verständnis für die Bedeutung dieses Projektes für jene in dieser Stadt mit einer vielfältigen persönlichen Geschichte schmerzt.

Der Präsident bittet die Votantin, zum Schluss zu kommen.

Geschätzte Gemeinderätin, wir möchten hier aber nicht mutmassen, sondern lieber ganz direkt fragen. Was bedeutet Ihr Entscheid für die Zweisprachigkeit der Stadt Bern in unserem zweisprachigen Kanton, unserer Bundeshauptstadt und in dieser Rolle auch Brückenstadt zwischen der Deutschschweiz und der Romandie? Herzlichen Dank.

Präsident: Merci. Für die Partei Junge Alternative, Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Partei: Es tut mir leid für die Kinder und die betroffenen Eltern, dass dieser Entscheid gefällt wurde. Ich möchte nun aber noch auf einige

andere Punkte eingehen, die in dieser Debatte noch nicht so viel Raum gefunden haben. Das Pilotprojekt Classes bilingues ab 2026 nicht weiterzuführen, ist in dem Sinne relevant, dass wieder einmal bei der Bildung gespart wird. Das ist nicht schön, denn wir lehnen Sparmassnahmen im Bildungsbereich ab. Aber, liebe Bürgerliche, ich weiss nicht, ob euch bewusst ist, wie viele Kinder dieser Stadt und in diesem Kanton jährlich von euren Sparmassnahmen negativ betroffen sind. Diese Sparmassnahmen führen dazu, dass zum Beispiel ab diesem Sommer einmal mehr Schüler*innen von Lehrpersonen ohne fachliche Ausbildung unterrichtet werden. Oder es werden Kinder eingeschult, die kein Wort Deutsch sprechen, weil die Frühförderprogramme nicht reichen oder die Eltern schlichtweg keinen Zugang dazu haben. Und ich spreche hier nicht von französischsprachigen Kindern. Es gibt auch noch ganz viele Kinder, die andere Sprachen sprechen und diese sind genauso viel wert wie das Französisch. Diese Kinder haben oft leider eine zu leise Lobby und meist keine Eltern, die im Stadtrat oder im Grossen Rat sitzen. Viele dieser Eltern können nicht einmal wählen oder abstimmen, geschweige denn sich wählen lassen. Deshalb nehme ich diese Diskussion zum Anlass, euch zu fragen, warum ihr euch nicht auch für die Kinder einsetzt, für die eine frühe Sprachförderung eine tatsächliche Verbesserung der Chancengleichheit bedeutet. Denn sehr oft sehe ich hier in diesem Rat das Gegenteil. Ihr setzt euch eher dafür ein, dass bei der Bildung und somit bei den Kindern gespart wird. Jetzt trifft es Kinder aus mehrheitlich privilegierten Familien und es gibt einen riesigen Aufschrei. Doch wo bleibt der Aufschrei, wenn wieder IF-Lektionen (Integrative Förderung) gestrichen werden? Wo bleibt der Aufschrei, wenn in einer Kindergartenklasse, in der kein Kind Deutsch spricht, den Lehrpersonen gleich viele Ressourcen zur Verfügung gestellt werden wie in einem Kindergarten, wo alle Deutsch sprechen? Wo bleibt der Aufschrei, wenn zu wenig Geld für die Frühförderprogramme gesprochen wird? Wo bleibt der Aufschrei, wenn Klassenlehrpersonen und Schulleitungen um jede Klassenhilfe kämpfen müssen, obwohl klar ist, dass diese eine wichtige Unterstützung sind? Wo bleibt der Aufschrei, wenn in Bethlehem die wenigsten und im Kirchenfeld die meisten der Kinder ins Gymnasium gehen? Grundsätzlich ist ein Bildungsangebot nicht gegen das andere auszuspielen. Der durch eure bürgerliche Finanzpolitik erzeugte Spardruck bewirkt aber aktuell, dass zwischen Bildungsangeboten priorisiert werden muss. Mehrsprachigkeit zu fördern, ist wichtig. Die Classes bilingues waren ein guter und wichtiger Pilotversuch. Ihn weiterzuführen, wenn keine Hoffnung besteht, dass er längerfristig zu einem Regelausschüttung wird, ergibt aber schlichtweg keinen Sinn. Deshalb ist für uns erste Priorität, die Finanzdebatte so zu ändern, dass nicht in der Bildung gespart wird, und ansonsten den Fokus darauf zu legen, die dringend notwendigen Bildungsangebote auszubauen. Danke.

Präsident: Merci. Gibt es noch weitere Voten von Parteien, die noch nicht gesprochen haben? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Danke für die lebhaftige Diskussion. Ich stehe heute hier und ich stehe 100%ig hinter dem Entscheid, den Schulversuch der Classes bilingues ab Sommer 2026 nicht weiter zu verlängern. Es war mir und den involvierten Akteur*innen auf der operativen Ebene sehr bewusst, welche Reaktionen wir mit diesem Entscheid hervorrufen werden, unabhängig vom Zeitpunkt und der Kommunikation des Entscheides. Der Entscheid liegt jetzt aber nun 1,5 Jahre vor Beendigung des Versuches. Sabi ist nicht mehr da. Aber die SP hat offenbar verstanden, dass schon dieses Jahr im Sommer die Clabi zu sind. Das ist nicht der Fall. Es war ein Entscheid, der sehr lange und sehr intensiv unter den für den Schulversuch Verantwortlichen diskutiert

wurde. Er wurde sehr sorgfältig abgewogen. Diese Entscheidungsfindung dauerte auch schon lange an. Er ist auch schon in der alten Amtszeit angelaufen. Es wurde intensiv diskutiert. Ich nutze darum sehr gerne die Gelegenheit, heute nochmals zu erklären, warum und wie wir so entschieden haben. Und ich bin selbstverständlich offen, nun mit euch in eine politische Diskussion und Lösungssuche rund um die Förderung von Mehrsprachigkeit, der Förderung interkultureller Kompetenzen sowie den Einsatz der knappen Ressourcen im Volksschulwesen einzusteigen. Ich habe sehr grosses Verständnis für die grosse Enttäuschung über den Entscheid, über die Sorgen, die sich die betroffenen Eltern machen, über enttäuschte Erwartungen, über die Unsicherheiten von Kindern wegen des anstehenden Schulwechsels und die Ängste, die damit verbunden sind. Und ich weiss auch, dass dieser Entscheid für die betroffenen Mitarbeitenden der Schule und der Tagesbetreuung bei der Clabi sehr einschneidend ist und ich habe ebenfalls sehr viel Verständnis für die Enttäuschung und die Empörung, auch Sorge, darüber, dass dieser Entscheid ein falsches Signal bezüglich der Zweisprachigkeit aussenden würde, die, darin sind wir uns alle einig, wir auch in der Stadt Bern fördern. Ich nehme die Sorgen und die Fragen der Betroffenen und auch die Reaktionen, die im Moment eintreffen, und auch die bildungspolitischen Anliegen sehr ernst. Bei den Classes bilingues handelt es sich um einen Schulversuch. Ich muss vielleicht noch kurz einen Schritt zurück machen. Schulversuche haben zum Ziel, dass Gemeinden Innovationen im Schulbereich über eine gewisse Laufzeit testen. Funktionieren diese Innovationen, dann gibt es eine Weiterentwicklung im Schulbereich und unter verschiedensten Perspektiven wird geprüft, ob dies funktioniert, auch aus pädagogischen Gründen oder auch aus operativen Gründen. Zu einem späteren Zeitpunkt kann dann der Kanton entscheiden, ob diese Innovationen in ein Regelvolksschulangebot einfließen sollen oder nicht. Schulversuche werden entsprechend vom Kanton bewilligt. Die Gemeinden geben Gesuche ein, und es besteht immer die Option, ein Gesuch auf Verlängerung einzugeben. Die Eingabe dieser Gesuche liegt in der Kompetenz der Gemeinden und den entsprechenden operativen Verantwortlichen, hier in der Stadt Bern bei der BSS. Die Classes bilingues sind 2019 gestartet mit einer Laufzeit bis 2026. Das war von Anfang an auch klar und auch so kommuniziert. Dieser Schulversuch hatte die Ambition, im Schulbetrieb zu testen, ob ein zweisprachiger Unterricht, also Französisch und Deutsch auf Augenhöhe zu unterrichten, pädagogisch und betrieblich sinnvoll umsetzbar ist. Und die Classes bilingues wurden und werden immer noch begleitet von einer Begleitgruppe, dieser berühmten Steuergruppe, die dieses Projekt laufend fachlich begleitet. In dieser Steuergruppe sind Vertreter*innen des städtischen Schulamts, der Schulkreis-kommission, der Schul- und Tagesbetreuungsleitung. Und auch Leute vom Kanton sind auf operativer Ebene involviert – schon die ganze Zeit bis heute. Hätten wir nun dieses Gesuch verlängern wollen, dann hätten wir zum jetzigen Zeitpunkt ein neues Gesuch mit Anpassungen im Konzept stellen müssen, allerspätestens für die Zeit ab Sommer 2026. Deshalb war schon letztes Jahr die Diskussion sehr intensiv, ob eben ein neues Gesuch eingereicht werden soll, und wenn ja, mit welchen Anpassungen des Konzepts, denn es gab und gibt sehr viele Herausforderungen. Zusammen mit der Steuergruppe bin ich aber zum Schluss gekommen, kein neues Gesuch beim Kanton einzugeben. Es war uns wichtig, diesen Entscheid möglichst zeitnah zu kommunizieren, damit wir eben seitens der Stadt die Kinder, die Eltern und Mitarbeiter*innen im Übergang gut begleiten können. Hierfür haben wir nun ein Jahr lang Zeit und hierfür werden wir uns auch engagieren, zusammen mit dem Kanton. Vielleicht noch kurz eine Erklärung an dieser Stelle zur Rolle des Kantons: Es wurden jetzt immer wieder verschiedene Sachen kolportiert. Wie vorher erläutert, war der Kanton fachlich in der Begleitung des Versuchs stets involviert, auch in der Entscheidungsfindung. Das ist jedoch eine andere Ebene als

diejenige der zuständigen Bildungsregierungsrätin Christine Häsler, bei der das Gesuch eingegangen wäre, wenn es denn eines gegeben hätte. Aber es hat ja jetzt eben keines gegeben. Das ist bei Schulversuchen der Ablauf. Ich lasse mir den Vorwurf gefallen, dass man das politisch breiter hätte diskutieren sollen. Aber wir haben das so entschieden, wie es gängig ist und ich stehe auch zum Weg dieser Entscheidungsfindung. Die Gründe für den Entscheid sind vielfältig und ich gehe gerne nochmals darauf ein. Wir haben es gehört. Die Lektionentafeln des Lehrplans 21 und des Plan d'études romand sind zu wenig kompatibel. Das war eines der Hauptziele der Clabi, herauszufinden, ob das pädagogisch und operativ kompatibel ist. Damit würden die Fächer Deutsch und Französisch mit gleich vielen Lektionen unterrichtet, aber man müsste die Lektionentafel auf Kosten obligatorischer Fächer anpassen. Nach dem Bildungsverständnis der Stadt Bern kommen dadurch wichtige obligatorische Schulfächer zu kurz, namentlich NMG, Natur, Mensch, Gesellschaft, oder auch musische Fächer. Zu den weiteren Gründen: Wir alle wissen von der hohen Auslastung und dem Druck auf Schul- und Tagesbetreuungsleitungen und den herrschenden Fachpersonenmangel in sämtlichen Schulen. Vor diesem Hintergrund haben sich die Personalplanung, die Schulentwicklung und die Weiterbildung der bilingualen Lehrpersonen als ausserordentlich anspruchsvoll erwiesen. Es hat sich auch gezeigt, dass es wirklich noch viel schwieriger ist, bilingues Personal zu finden. Das ist ein sehr enges Profil, das in der Stadt Bern nicht einfach zu finden ist. Die heutigen Clabi decken den Zyklus 1 und 2 ab. Im Rahmen der Entscheidungsfindung für eine allfällige Verlängerung des Versuches ging es auch um die Frage, die Clabi ab Sommer 2026 auf den Zyklus 3 zu erweitern. Für diese Erweiterung liess sich in der Stadt jedoch kein Schulstandort finden. Dazu wurden alle Schulen abgeklappert und es hat sich gezeigt, dass diese keine Kapazitäten für zusätzliche Projekte haben. Deshalb kam diese Option nicht infrage. Die Clabi sind ein zentralisiertes, von der Stadt zusätzlich zur Verfügung gestelltes Angebot. Die Schüler*innen kommen aus 14 Schulstandorten zusammen und die Clabi ersetzen keine bestehenden Klassen. Das bedeutet, dass die Stadt für die Clabi-Klassen zusätzlichen Schulraum zur Verfügung stellen muss. Für die Clabi muss die Stadt also Mehrkosten für den zusätzlichen Schulraum und die Infrastruktur für Unterricht und Tagesbetreuung übernehmen, das heisst, für die städtischen Lohnanteile der Lehrpersonen und die Administration und Hauswirtschaft von jährlich bis zu einer Million Franken. Wir alle wissen, dass die Ressourcen in unserem Schulwesen knapp bemessen sind und wir wissen auch, dass der Spardruck nicht nachlässt. In der Stadt Bern gehen insgesamt 12'000 Kinder in die Schule. Es sind sehr viele Lehrpersonen bei uns angestellt. Es werden sehr viele verschiedene Sprachen gesprochen und die Anforderungen im Schulwesen wachsen stets. Zum zusätzlichen, von der Stadt freiwillig finanzierten Clabi-Angebot haben momentan knapp 100 Kinder Zugang. Deshalb ist auch eine finanzpolitische Priorisierung in diese Entscheidungsfindung mit eingeflossen. Dies sind die Gründe für den Entscheid. Die Art der Kommunikation haben wir sorgfältig geplant, die Lehrer*innen und die Mitarbeitenden der Tagesbetreuung haben wir an einer ausserordentlichen Sitzung persönlich informiert. Die Eltern haben wir mit einer Klapp-Nachricht an den Elternanlass eingeladen. Das heisst, der Kern unserer Kommunikation mit den Eltern ist der Anlass, an dem wir persönlich auf ihre Fragen eingehen werden. Ich werde selbstverständlich am Montag auch daran teilnehmen. Dieser Entscheid ist keine Absage an die Zweisprachigkeit. Der Gemeinderat und auch ich stehen ganz klar hinter der Förderung von Französisch. Im Schulwesen heisst das, dass der Französischunterricht eine sehr hohe Gewichtung hat, auch ausserhalb der Classes bilingues, einerseits als Teil des obligatorischen Unterrichts ab der 3. Klasse, andererseits auch als wichtiger Teil des Übertrittsverfahrens von der Primar- in die Sekundarstufe und an die weiterführenden Schulen. Die Stadt

hat diesen Schulversuch mit 4 Klassen engagiert gewagt. Ich persönlich fand es immer ein sehr spannendes Projekt und habe es auch immer beobachtet. Und ich persönlich finde es ebenso sehr schade, funktioniert die Ambition von damals unter unseren Rahmenbedingungen und unter dem Druck, den wir im Schulwesen haben, nicht. Das Stadtberner Engagement für Zweisprachigkeit wird jedoch selbstverständlich weitergeführt. Zum Beispiel das vom Kanton geförderte Sprachaustauschprogramm, das werden wir weiterhin pushen. Auch ausserhalb des Schulsystems – noch 20 Sekunden gerne, danke – fördern wir Französisch zum Beispiel, indem unsere Verwaltungsmitarbeitenden kostenlose Sprachtandems zur Verfügung haben, etc. Wir haben jetzt noch über ein Jahr Zeit, um den Schulversuch gut begleitet zu beenden. Und wir können nun gemeinsam diskutieren, wie wir auf andere Weise das Französisch und die Zweisprachigkeit in dieser Stadt auch im Schulbereich und unter Beteiligung verschiedener Akteur*innen und des Kantons über andere Wege fördern können. Ich danke euch, habt ihr mir zugehört. Und ich hoffe, ihr könnt jetzt den Entscheid besser nachvollziehen. Danke vielmals.

Präsident: Vielen Dank. Wir sind somit am Ende dieser Debatte aus aktuellem Anlass und steigen ein in die Traktandenliste, wie sie uns vorliegt. Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 2. Das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum – Polizeiinspektorat, Dienststelle 230, zweiter Nachkredit zum Globalkredit. Für die vorberatende Kommission RWSU hat das Wort, Judith Schenk.

2025.SUE.0006

2 **Polizeiinspektorat (Dienststelle 230); 2. Nachkredit zum Globalkredit 2024**

Judith Schenk (SP) für die Kommission: Im Namen der RWSU-Kommission stelle ich Ihnen das Geschäft eines Nachkredits zum Globalkredit des Polizeiinspektorats vor. Die RWSU-Kommission ist von Altgemeinderat Nause Ende 2024 informell darüber informiert worden. Entsprechend besteht Transparenz über diesen Nachkredit. Diese ist wichtig, wie wir ja bereits in diesem Gremium an der letzten Sitzung ausführlich diskutiert hatten. Es gab zum Globalkredit des Polizeiinspektorats zur Dienststelle 230 bereits einen unechten Nachkredit. Es handelte sich dabei um 1,8 Millionen, die für die Planung der Women's Euro bereits 2024 gebraucht und entsprechend vorbezogen wurden. Zur Erinnerung: Der Gemeinderat hat für die Women's Euro 6,1 Millionen Franken gesprochen. Der genannte Zusatzkredit wird von diesem Gesamtbetrag 2025 entsprechend wieder abgezogen. Mit dem aktuell vorliegenden Nachkredit von fast 1,5 Millionen Franken macht es nun auf den ersten Blick den Anschein, als wäre das Gesamtbudget des Polizeiinspektorats um 50% überschritten, was nicht stimmt, da der Zusatzkredit für die Euro wie bereits erwähnt 2025 rückkompensiert wird. Die nun im Rechnungsabschluss ausgewiesene zusätzliche Überschreitung im Umfang von wiederum knapp 1,5 Mio. Franken konnte durch städtische Einsparungen um rund 85'000 Franken verringert werden. Das ist hauptsächlich auf nicht erzielbare Mindererlöse zurückzuführen. Dabei handelt es sich um die FIT2-Massnahme Gebührenerhöhung der Anwohnerparkkarten von 264 Franken auf 384 Franken. Aufgrund einer hängigen Einsprache konnte diese auch im Berichtsjahr 2024 nicht umgesetzt werden. Bei der Erhöhung der Parkgebühren handelt es sich um ein Geschäft, welchem der Gemeinderat und der Stadtrat bereits zugestimmt haben. Aufgrund eines Referendums kam es zur Volksabstimmung, worauf auch die Stadtberner Bevölkerung ihren Segen zur Erhöhung der

Parkgebühren gegeben hat. Gemäss Stadt kann sich diese juristische Blockade erfahrungsgemäss bis ins Jahr 2026 weiterziehen – gegen den Willen der Berner Stimmbürger, der Legislative sowie der Exekutive. Wären die vorhergehende Volksabstimmung und diese Einsprache nicht erfolgt, hätte die Stadt Bern bereits 2023 diese Mehreinnahmen gehabt. Das macht also voraussichtlich 4 Jahre mal 1,5 Mio. Franken aus, entsprechend 6 Mio., welche der Stadt durch diese juristische Blockade entgehen. Hinzu kommen die administrativen Kosten der Stadtverwaltung, des Statthalteramts, des Verwaltungsgerichts und von uns, dem Stadtparlament. Über 4 Jahre verteilt sind wir auch da aufgrund dieser Einsprache schnell im hohen 6-stelligen Bereich an Zusatzkosten. Wie ich nach der RWSU-Sitzung vom 8. März 2025 von der Verwaltung in Erfahrung bringen konnte, ist der Stand des Verfahrens aktuell folgendermassen: Nach dem Statthalteramt hat auch das Verwaltungsgericht des Kantons Bern am 15. März 2025 die Beantragung der Stadt auf Aufhebung der aufschiebenden Wirkung abgelehnt. Das Verfahren ist beim Verwaltungsgericht, welches materiell entscheiden wird. Wann, ist noch nicht klar. Die Kommission hält fest, dass dieser Nachkredit nicht auf Verschulden der Verwaltung oder des Polizeiinspektorats zurückzuführen ist, auch nicht auf den Gemeinderat, weder in der alten noch in der neuen Zusammensetzung. Die Volksabstimmung fand im Juni 2023 statt. Die Budgetplanungen für das Jahr 2024 waren zu diesem Zeitpunkt längst im Gange. Da das Volk der Erhöhung der Parkgebühren zustimmte, wäre es irreführend gewesen, diese erwartenden Zusatzerträge nicht zu budgetieren. Die grosse Mehrheit der RWSU-Kommission empfiehlt dem Stadtrat, Kenntnis zu nehmen vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Polizeiinspektorat, Dienststelle 230, Nachkredit zum Globalkredit 2024 sowie der Erhöhung des Globalkredits 2024 des Polizeiinspektorats mittels des zweiten Nachkredits um 1'492'119.74 Franken auf 9,317 Millionen Franken zuzustimmen.

Präsident: Merci. Besteht zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. – Doch, es ist der Fall. Dann für die Fraktion SP-JUSO, Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Eins vorneweg: Die SP-JUSO-Fraktion stimmt dem Nachkredit für das Polizeiinspektorat zu. Trotzdem hat es einen bitteren Nachgeschmack. Ich spreche von den 1,5 Mio. Franken, die in der Kasse unserer Stadt fehlen, weil wir die Parkkartengebühr nicht erhöhen können, da wir ein gerichtliches Verfahren abwarten müssen; dies, obwohl der Stadtrat zugestimmt hat und die Mehrheit der Berner Bevölkerung zu diesem Vorgehen Ja gesagt hat. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin froh, dass wir in einem Rechtsstaat leben und die Gewaltentrennung kennen, besonders in der heutigen Zeit. Aber dass eine einzelne Person oder eine Organisation der Allgemeinheit 1,5 Millionen Franken Einnahmen zunichtemachen kann, die wir für Velowege, Schulklassen oder andere nützliche Sachen investieren könnten, und unseren Handlungsspielraum einschränken, ist schwer zu verstehen. Volksentscheide aus rein strategischen oder ideologischen Gründen in die Länge zu ziehen, ist für mich keine gute Entwicklung der direkten Demokratie. Ich hoffe schwer, dass wir von dieser Verrechtlichung von politischen Entscheidungen wieder etwas wegkommen. Und vielleicht überlegt sich ja der oder die Einsprecherin nach diesem Votum die Einsprache noch einmal. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Mit dem Nachkredit haben wir wieder einen klassischen Fall einer genialen Budgetplanung des Gemeinderates. Mit den Parkgebühren hat man damit gerechnet, dass man gewisse Mehreinnahmen generieren kann. Es ist aber bekannt gewesen, und zwar eben schon 3-4 Jahre vorher, dass der Entscheid, die Gebührenkarte zu erhöhen, angefochten wird. Er ist zuerst beim Regierungsstatthalteramt abgelehnt worden, ist aber nachher weitergezogen worden zum Verwaltungsgericht und dort ist der Entscheid noch hängig. Und trotzdem hat man nachher einfach gesagt: Ja, das kommt sicher, damit rechnen wir. Aus unserer Sicht ist das einfach knallhart blauäugig, so eine Finanzpolitik, eine gesunde Finanzpolitik in Bern betreiben zu können. Jetzt fehlt das Geld. Es ist nirgends, weil man die Gebühren dieser Parkkarten nicht erhöhen konnte. Und jetzt macht man es sich natürlich wieder einfach. Man beruft sich auf die Volksabstimmung, die angenommen wurde für die Tarifierhöhung, die aber einfach nicht rechtskräftig erklärt werden konnte, weil eben Einsprachen hängig sind. Und trotzdem plant man es einfach voll ein und gibt es munter einfach schon im Voraus, ohne irgendwie eine Rechtsgrundlage zu haben, aus. Und eben wie gesagt, jetzt fehlt das. Und was einfach ein bisschen das Traurige daran ist, ist jetzt: Es sieht jetzt auch ein bisschen gegen aussen hin danach aus, als läge das an der misslichen Organisation dieser Woman's Euro ist, was aber überhaupt nicht der Fall ist. Vielmehr ist es ein reiner Fehlentscheid unserer Regierung, das Geld bereits auszugeben, bevor man es überhaupt einnehmen konnte. Aus diesem Grund lehnen wir symbolhaft den Kredit ab. Es kann einfach nicht so weitergehen. Und eben: Unsere Partei wird sich dem Kredit ablehnend gegenüberstellen. Danke.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion nimmt den Antrag des Gemeinderats zur Erhöhung des Globalkredits des Polizeiinspektorats zur Kenntnis und wird dem Nachkredit in der Höhe von knapp 1,5 Mio. Franken zustimmen. Der bereits gesprochene erste Nachkredit von 1,8 Mio. Franken für die UEFA Women's Euro 2025 stellt einen vorgezogenen Aufwand dar, der im Gesamtkredit für den Grossanlass 2025 enthalten ist. Auch dieser Betrag ist sachlich nachvollziehbar und wurde transparent ausgewiesen. Die FDP-Fraktion dankt dem Polizeiinspektorat für seine vorausschauende und sparsame Haushaltsführung in einem finanziell und operativ anspruchsvollen Jahr. Die Kommission RWSU wurde laufend informiert, die Zahlen sind nachvollziehbar und sauber dokumentiert. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er uns auf dem Laufenden hält, wie sich das Verfahren von dem Verwaltungsgericht entwickelt und wann mit der Umsetzung der Parkkartengebühren erhöht zu rechnen ist. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Gibt es weitere Voten aus dem Saal? – Judith Schenk als Einzelsprecherin.

Judith Schenk (SP), Einzelvotum: Ich wiederhole mich. Dieser Zusatzkredit hat nichts zu tun mit Misswirtschaft des Gemeinderates. Es geht um die nicht eingenommenen Parkgebühren, die nicht eingenommen werden konnten aufgrund der Einsprache, die noch immer hängig ist.

Präsident: Merci. – Der Gemeinderat verzichtet auf sein Votum. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer den Nachkredit zum Globalkredit 2024 genehmigen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 005

2025.SUE.0006

Annahme

Ja	48
Nein	4
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesem Nachkredit zugestimmt.

2023.SUE.0047

3 Schutz und Rettung Bern: Neue Mietlösung Feuerwehrmagazin für die Milizfeuerwehr Kompanie West; Kredit für wiederkehrende Ausgaben

Präsident: Wir sind somit bei Traktandum Nummer 3, auch das ein Sachgeschäft ohne Referendum, Schutz und Rettung Bern, neue Mietlösung Feuerwehrmagazin für die Milizfeuerwehr Kompanie West, Kredit für wiederkehrende Ausgaben. Für die vorbereitende Kommission RWSU erteile ich das Wort Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Kommission: In Oberbottigen braucht es eine neue Lösung für die Milizfeuerwehr. Das aktuelle Gebäude ist zweistöckig, was nicht nur unpraktisch, sondern auch gefährlich werden kann. Die Treppe ist sehr eng und kann aufgrund der Gebäudestruktur für die Zwecke der Milizfeuerwehr nicht sinnvoll verbreitert werden. Und die aus Filmen bestens bekannten Rutschstangen sollten ihre Kompetenzen nicht überschreiten und in den Filmen bleiben, insbesondere für die Milizfeuerwehr, da das sonst sehr gefährlich wird. Das Gebäude befindet sich ziemlich nahe an einer Schule, ist nach den heutigen Standards nicht energieeffizient, die Verkehrsanbindungen sind nicht ideal. Der Gesundheitsschutz und die Einsatzhygiene brauchen ein Update. Aktuell ist eine Trennung von verschmutzter und sauberer Einsatzkleidung nicht möglich; ein gravierendes Problem, da sich bei Brandeinsätzen toxische, teils krebserregende Stoffe auf der Einsatzkleidung ablagern. Und ich glaube, niemand von uns braucht Probleme mit den Lungen. Des Weiteren hat es keine geschlechtergetrennten Garderoben und sanitären Anlagen. Das relativ kleine Depot hat insgesamt hohen Erweiterungsbedarf. Das aktuelle Gebäude aufzurüsten wäre aufgrund der Doppelstöckigkeit sowie der Gebäudestruktur keine solide Lösung; dies auch deshalb, weil das Obergeschoss im Rohbau und nicht isoliert ist. Nach eingehender Prüfung des bestehenden sowie des nun vorliegenden Angebots hat die Verwaltung glaubwürdig versichert, dass sie alle entsprechenden Abklärungen getroffen hat und es keine weiteren Mietoptionen in einem sinnvollen Umkreis gäbe, die allenfalls auch kostengünstiger wären. Ebenso ergab die Evaluation, dass Immobilien Stadt Bern über keine eigenen Gebäude oder über Bauland in Oberbottigen und Umgebung verfügt, welche die Anforderungen an ein Feuerwehrmagazin erfüllen könnten. Die vorliegende Lösung überzeugt hinsichtlich Zugänglichkeit und Wegfahrmöglichkeiten. Das Gebäude liegt an einer Hauptverkehrsachse, insbesondere, da die Brandkorps-Kompanie West seit der Zusammenlegung mit dem ehemaligen Standort Bümpliz deutlich mehr Einsätze verzeichnet. Bei Alarmaufgeboten rücken die Milizfeuerwehrleute mit ihren Privatfahrzeugen in ihr Feuerwehrmagazin ein. Solch erhöhtes Verkehrsaufkommen, verursacht durch einen akuten Einsatz, soll auf keinen Fall in einer verkehrsberuhigten Zone stattfinden, denn zusätzliches

Unfallrisiko soll vermieden werden. Die RWSU hatte das Geschäft in ihrer ersten Besprechung verschoben, da sehr viele Informationen und relevante Zahlen entweder fehlten oder gar falsch waren. In der zweiten Kommissionsbesprechung waren die Zahlen nachvollziehbar. Der Vortrag ist sehr ausführlich. Insbesondere durch die exakten Mietzinsberechnungen wird ersichtlich, dass der zwar hohe Mietpreis die gesetzlich vorgeschriebene Grenze von 2% aber nicht überschreitet. Die RWSU-Kommission würde es begrüßen, diese Richtzahl in allen Geschäften mit Mietobjekten deklariert zu erhalten. Der neue Mietpreis beträgt pro Jahr 83'856 Franken und ist auch deshalb so hoch, weil die Miete der neuen Lösung nicht im Rohbau angeboten ist. Vielmehr kann die Stadt hier ein für die Zwecke ausgestattetes und ausgebautes Depot mieten. Die aktuellen jährlichen Mietkosten betragen 32'978 Franken, zuzüglich von Heizkosten von circa 6'000 Franken pro Jahr. Das ist also ungefähr etwas weniger als die Hälfte dessen, was der neue Preis sein wird. Die neue Fläche ist aber auch annähernd doppelt so gross. Und wie bereits erwähnt, wird der Ausbaustandard mitgemietet. Die genauen Zahlen sind sehr ausführlich und deutlich im Vortrag aufgeführt. Der Mietvertrag wurde unter Vorbehalt bereits unterschrieben. Das bedeutet, dass wir als Parlament immer noch Nein sagen können, der Vermieter sich aber nicht mehr zurückziehen kann. Ergo: Das bedeutet Sicherheit für die Stadt. Die Verwaltung wurde von der RWSU-Kommission gebeten, bis zum Ende der Mietung mit den aktuellen Vermietenden im Dialog zu bleiben, diese insbesondere im Hinblick auf eine allfällig gewünschte Rückzonung des Gebäudes beim Kanton zu unterstützen. Denn das Gebäude wurde für die Zwecke der Stadt 1997 von der Landwirtschaftszone entsprechend umgezont in eine Zone für öffentliche Nutzung. Die aktuelle Vermietende soll das Gebäude nämlich weiterhin wirtschaftlich sinnvoll verwenden können. Die RWSU-Kommission beantragt dem Stadtrat einstimmig, vom Vortrag Kenntnis zu nehmen, den Kredit für wiederkehrende Ausgaben zur Finanzierung der durch die Stadt bei Zimmermann Sinnvoll bauen AG angemieteten Räume an der Oberbottigenstrasse 217 in Oberbottigen von jährlich 83'856 Franken zulasten der Erfolgsrechnung der Dienststelle 620 Immobilien Stadt Bern zu genehmigen sowie den Gemeinderat mit dem Vollzug zu beauftragen. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Kurze Information: Im Vatikan ist der Rauch weiss. – Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Hier geht es um ein Geschäft, in dem es um Sicherheit geht, um ein Feuerwehrmagazin, das veraltet ist, das noch nicht klimagerecht ist, wo es hineinzieht, und das vor allem der Truppe, die im Einsatz ist, auch nicht dient. Es hat keine getrennten Duschen. Die dreckigen Kleider kann man nicht gut sortieren. Es hat zu wenig Platz. Als ehemaliger Vize-Feuerwehrkommandant denke ich, dass man das Geschäft nicht ablehnen darf. Es ist ein Standort, der von der Feuerwehr begrüsst wird. Es ist ein Standort, den man nicht so schnell wieder findet, und es ist eine Lösung für die Sicherheit unserer Bürger, indem die Feuerwehr vor allem im Westen sehr schnell vor Ort ist. Deshalb nehmen wir von der SVP das Geschäft ganz klar an. Ueli wird, weil er in der Kommission ist, noch als 2. Sprecher 2-3 Worte sagen. Besten Dank.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Mir wurde gesagt, ich rede zu schnell. Gute Nachricht: Das ist ein sehr kurzes Votum, und ich werde versuchen, langsam zu reden. Ich möchte sowieso nicht allzu viel zu diesem Geschäft sagen. Aber es ist wichtig,

darauf hinzuweisen, dass die Feuerwehr in unserer Stadt eben nicht vom Forsthaus aus in 10 Minuten überall hinfahren kann. Das war bereits vor Jahrzehnten ein Thema, als man den neuen Standort für die heutige Feuerwehr eruiert hat. Entsprechend wichtig ist dieser Standort, über den wir heute entscheiden – und ein funktionierender Stützpunkt für die westliche Stadthälfte, die sich bekanntlich noch Kilometer weiter westlich davon erstreckt. An dieser Stelle auch einen grossen Dank an alle Freiwilligen, die sich in der Milizfeuerwehr engagieren und die Berufsfeuerwehr unterstützen und natürlich an alle Mitglieder der Berufsfeuerwehr. Die SP-JUSO-Fraktion wird das Traktandum annehmen. Vielen Dank.

Präsident: Für die Fraktion FDP-Fraktion, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion stimmt dem Kredit für die neue Mietlösung an der Bottigenstrasse 217 A einstimmig zu. Der heutige Standort in Oberbottigen weist gravierende bauliche und sicherheitstechnische Mängel auf, etwa bei Fluchtwegen, Hygienevorgaben und Garderoben. Der neue Standort bietet hier deutliche Verbesserungen und liegt einsatztaktisch günstiger: keine Schul- oder Tempo-30-Zonen, kürzere Anfahrtswege. Die Kosten sind nachvollziehbar und im Verhältnis zur gebotenen Infrastruktur angemessen. Positiv hervorzuheben ist auch die klimaverträgliche Ausgestaltung mit besserer Wärmedämmung. Wir danken Schutz und Rettung Bern, Immobilien Stadt Bern und der Milizfeuerwehr für die überzeugende Vorlage. Vielen Dank.

Präsident: Gibt es noch weitere Fraktionsvoten? – Das ist nicht der Fall. Dann als Einzelsprecher, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich muss noch schnell nach vorne kommen, weil ich dort ganz in der Nähe wohne, Man ist halb auf dem Land dort, gegen Westen zu, gegen den Riedbach runter. Es ist natürlich schon so, dass das Feuerwehrmagazin, das wir bis jetzt gehabt haben, fast ein bisschen eine Zumutung war, schon wegen des Alters, von der Funktionstüchtigkeit her. Wenn sie die Tore geöffnet haben, hat es erst einmal 2-3 Minuten gequitscht. Das Zeug ist alles in einem wirklich sehr unbrauchbaren Zustand gewesen. Deshalb bin ich als Anwohner dort sehr dankbar, dass wir jetzt ein neues Feuerwehrmagazin bekommen. Das Feuerwehrmagazin hat erstens auch noch den Vorteil, dass es einen besseren Standort hat, dass man sehr, sehr schnell auf der Autobahn ist, sei es gegen das Westside runter oder sei es gegen Niederwangen hin. Mit dem Magazin hat man wirklich einen optimalen Anschluss und eine direkte Verbindung, um sofort einzugreifen. Deshalb danke ich allen, die sich eingesetzt haben, sich bemüht haben, uns das zu ermöglichen dort draussen. Und wir werden das natürlich vollumfänglich unterstützen. Danke.

Präsident: Merci. Gibt es noch weitere Einzelvoten? – Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Es freut mich, dass ihr alle da seid. Danke für die einhellig positive Annahme dieses Geschäftes. Das freut mich natürlich. Danke aber vor allem der Referentin für ihr bereits zweites Referat. Ich glaube, es wird nicht das letzte sein, was wir heute von dir gehört haben. Herzlichen Dank für die ausführliche Darstellung. Und herzlichen Dank auch der Kommission für die Hartnäckigkeit. Sie hat

uns angetrieben, noch breiter, noch tiefer zu argumentieren, und ich glaube, das Resultat darf sich sehen lassen. Danke, wenn Sie diesem Geschäft zustimmen. Einstimmigkeit würde diesem Geschäft gut anstehen. Herzlichen Dank.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit auch hier zur Abstimmung. Wer dem Kredit zustimmen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 006

2023.SUE.0047

Annahme

Ja	60
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt einstimmig zugestimmt.

2023.SR.0221

4 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominic Nellen, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Michael Burkard, GFL): Demoverbot in der Stadt Bern — der Gemeinderat muss seinen Entscheid überdenken

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 4, die Richtlinienmotion "Demoverbot in der Stadt Bern – der Gemeinderat muss seinen Entscheid überdenken". Die Motion ist vom Gemeinderat bestritten. Wer übernimmt das Votum für die Einreichenden? – Für die Einreichenden spricht Dominic Nellen.

Dominic Nellen (SP) für die Einreichenden: Wir diskutieren jetzt über eine Motion, die eigentlich nicht nötig sein sollte. Die Versammlungsfreiheit gehört zu den Grundpfeilern unserer Demokratie. Aber der Gemeinderat hat Ende 2023 gezeigt, dass dieses Grundrecht in der Stadt Bern verteidigt werden muss. Mit seinem Beschluss vom 8. November 2023 hat der Gemeinderat eine generelle Einschränkung des Demonstrationsrechts in der Innenstadt Berns verfügt. Ein faktisches Demoverbot, das über einen Monat lang gültig war. Betroffen war zu dieser Zeit, wer einen politischen Protest machen wollte. Und das war in dieser Zeit besonders wichtig, einer Zeit globaler Krisen, sozialer Spannungen und intensiven politischen Auseinandersetzungen. Wir erinnern uns. Und wieso der Entscheid? Offiziell wurde argumentiert, dass Weihnachtsmärkte und andere Grossanlässe den öffentlichen Raum bereits stark in Anspruch nehmen würden. Zudem sei eine angespannte Sicherheitslage der Grund. Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht und ein Grundrecht kann man nicht einfach nach Belieben gegen kommerzielle Interessen abwägen und eintauschen. Diese Rechte sind in der Bundesverfassung, in der Europäischen Menschenrechtskonvention und im UNO-Pakt II verankert. Auch Artikel 19 der Berner Kantonsverfassung stellt klar, dass Demonstrationen auf öffentlichem Grund zu bewilligen sind, wenn ein geordneter Ablauf gewährleistet ist. Weihnachtsmarkt, Lichtspiele und andere Veranstaltungen sind wichtig, aber sie sind kein Grundrecht. Wenn also kommerzielle Anlässe Vorrang vor politischen Kundgebun-

gen bekommen, dann ist das demokratiepolitisch höchst bedenklich und eine Prioritätensetzung, die wir nicht verstehen. Der Gemeinderat behauptet auch in seiner Antwort, es sei kein absolutes Verbot gewesen, sondern es sei eine Richtlinie für die Bewilligungsbehörden gewesen. In der Realität hat das aber ein bisschen anders ausgesehen. Ich zitiere aus dem besagten Gemeinderatsbeschluss 2023-1283: "Grosskundgebungen können in der Innenstadt ab dem 17. November bis zum Ende der Adventszeit nicht bewilligt werden. Umzüge können in der Innenstadt ab dem 17. November bis zum Ende der Adventszeit nicht bewilligt werden. Auf Plätzen der Innenstadt, auf denen die Weihnachtsmärkte stattfinden, momentan Waisenhausplatz, Bärenplatz und Münsterplatz, können keine weiteren Veranstaltungen und Kundgebungen bewilligt werden." Das ist nichts anderes als ein komplettes Demoverbot in der Innenstadt; genau dort, wo Demos sinnvoll und auch wirksam sind. Die Sicherheitslage ist dabei als Vorwand genutzt worden. Der Gemeinderat begründet das Verbot auch mit der angespannten Weltlage, mit einer Reihe von Pro Palästina-Demonstrationen, die in der Woche vorher stattgefunden hätten. Aber die Stadt Bern hat auch in der Vergangenheit Demonstrationen bewältigt, und das auch in schwierigen Situationen. Wer Grundrechte schützen will, schränkt nicht Demonstrationen ein, sondern sorgt für Sicherheit bei der Durchführung. Es hat keine nachgewiesene generelle Gefährdungslage für alle Demonstrationen gegeben. Ein präventives Verbot ist deshalb nicht gerechtfertigt gewesen. Der Gemeinderat argumentiert, dass es in der Adventszeit eine Balance zwischen verschiedenen Nutzungen geben müsse. Aber wenn kommerzielle Veranstaltungen automatisch Vorrang bekommen und die politische Meinungsäusserung verdrängt und verboten wird, dann ist das keine Balance, sondern eine bewusste Entscheidung gegen die demokratische Nutzung des öffentlichen Raums. Wir können uns rhetorisch fragen, was wäre, wenn der Gemeinderat beschlossen hätte, aus Sicherheitsgründen keine Weihnachtsmärkte, statt Demonstrationen stattfinden zu lassen. Was wäre, wenn ein mehrwöchiges Verbot von Marktständen beschlossen worden wäre? Das wäre auch keine Option gewesen. Die Interessen der Veranstalter sind aktiv geschützt worden, während die Demonstrierenden systematisch ausgeschlossen wurden. Jetzt sagt der Gemeinderat natürlich, der Zeitraum sei bereits verstrichen, die Motion sei überholt. Das ist eine billige Ausrede. Hat der Gemeinderat seine Fehler eingestanden? Nein. Hat er versichert, dass das in Zukunft nicht mehr passiert? Nein. Gibt es eine Garantie, dass wir so ein Verbot nicht wieder haben werden? Nein. Und das heisst, ohne klares Zeichen des Stadtrats bleibt grundsätzlich die Tür offen für solche Einschränkungen in der Zukunft. Die Motion ist also nicht nur eine Korrektur der Vergangenheit, sondern ein Schutz und ein Signal für die Zukunft. Und ja, es läuft ein juristisches Beschwerdeverfahren. Das verhindert aber nicht, dass wir heute in diesem Rat ein klares politisches Zeichen setzen gegen die Einschränkung von Grundrechten in unserer Stadt. Die Antwort kann hier nur lauten: Nein zu dem Demoverbot auf Vorrat und Ja zu der Versammlungsfreiheit in Bern. Im Namen der Einreichenden bitte ich euch, die Motion zu unterstützen und anzunehmen.

Präsident: Vielen Dank. Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Ich bitte, allfällige Einzelvoten erst anzumelden, wenn alle Fraktionen gesprochen haben. Für die Fraktion GB/JA, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich kann mich inhaltlich und auch bezüglich der juristischen Aspekte dem Votum von Dominic Nellen anschliessen. Zudem ist es so, dass wir bereits zu verschiedenen Zeitpunkten über das Thema gesprochen haben. Ich werde mich in meinem Votum deshalb auf ein paar wenige Punkte beschränken. Der Entscheid

des Gemeinderates im November 2023 ist aus Sicht der GB/JA!-Fraktion weiterhin unverständlich. Die Argumentationen waren bereits damals, sind aber auch jetzt in der vorliegenden Antwort des Gemeinderates auf den vorliegenden Vorstoss zum Teil ziemlich wild. Gerade zum Argument, dass die Kantonspolizei an ihre Kapazitätsgrenzen kam, muss ich einfach sagen: Dann hört doch auf, so viele kommerzielle Veranstaltungen zu bewilligen. Denn grundsätzlich dürfte zum Beispiel jeden Tag eine Spontandemo stattfinden. Was wäre dann? Und dann die Gleichsetzung von Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit mit der Wirtschaftsfreiheit – das mag mit einer bürgerlichen Logik übereinstimmen, wir haben dieses Argument auch bereits in der Diskussion aus aktuellem Anlass 2023 gehört. Aber das kann doch nicht ernsthaft die Antwort des Gemeinderates sein. Aufgrund der Ausführungen in der Antwort müssen wir davon ausgehen, dass es damals vor allem darum ging, die Pro-Palästina-Demos zu verhindern, was aus unserer Sicht demokratiepolitisch höchst problematisch ist. Ich habe es damals schon in der Diskussion aus aktuellem Anlass gesagt und ich wiederhole es gerne, und zitiere erneut die demokratischen Jurist*innen Schweiz: "Gerade in Kriegs- und Krisenzeiten ist das Recht auf Meinungsäusserung und Versammlungsfreiheit besonders wichtig. Weil das Bedürfnis, sich zu äussern, Diskussionen zu führen und Haltung zu zeichnen, in solchen Momenten der Unsicherheit noch verstärkt wird. Demokratien bauen auf politischen Aushandlungsprozessen auf, auch auf der Strasse. Und es ist Aufgabe des Staates, diese Aushandlungsprozesse zu gewähren und zu schützen und nicht faktische Demoverbote auszusprechen." Zudem möchte ich noch auf 2 Punkte eingehen, die ich bereits diverse Male hier an diesem Redepult geäussert habe, letztmals Ende Februar bei der Diskussion zu den Unterschriftensammlungen und dem Flyer verteilen. Erstens ist es so, dass der Gemeinderat die Wirkung seiner Aussagen bzw. seiner Regeln, die er aufstellt, anerkennt. In der Medienmitteilung 2023 stand klipp und klar, das hat Dominic Nellen auch schon ausgeführt, in der Innenstadt würden keine Demos mehr bewilligt. Die Ausführungen dazu, dass dann doch die allermeisten Gesuche bewilligt wurden, ist nett, aber die abschreckende Wirkung mit der Medienmitteilung wurde trotzdem erreicht. Und da trifft der Gemeinderat einmal mehr immer die gleichen, nämlich jene, die nicht so gut vernetzt sind, jene, die nicht wissen, wie der Hase läuft – oder anders gesagt, jene, für die Demos das einzige politische Mittel sind, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang müssen wir leider auch der Tatsache ins Auge sehen: Wahrscheinlich anerkennt der Gemeinderat die Wirkung seiner Aussagen gar nicht, sondern es ist alles Kalkül. Denn, wenn die Praxis gar nicht geändert wurde, wieso wurde überhaupt eine Medienmitteilung verschickt? Das alles ist demokratiepolitisch höchst problematisch. Zweitens ist es so, dass der Gemeinderat einmal mehr zeigt: Für ihn hat die Ausübung demokratischer Rechte nicht Vorrang vor Kommerz. Er bemüht sogar den Vergleich von Grundrechten und der Wirtschaftsfreiheit. Dazu kann ich nur einmal mehr sagen: Das ist falsch. Das finden wir falsch. Und der Gemeinderat soll endlich dem Willen des Stadtrates in dieser Priorisierung folgen. Die letzte Entscheidung diesbezüglich haben wir Ende Februar mit der Zustimmung zur Motion zum Unterschriftensammeln und Flyer verteilen gefällt. Genau das ist auch der Grund, warum wir weiterhin an der Motion festhalten – Dominic Nellen hat es auch schon gesagt, – weil es hier um eine Grundhaltung geht. Und der Gemeinderat muss endlich diese Diskussionen intern führen und dementsprechend auch die Praxis ändern. Ich bitte euch deshalb, uns zu helfen, an der Motion festzuhalten, und ihr zuzustimmen. Herzlichen Dank.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Hier geht es ganz klar um Sicherheit. Und wer ein bisschen zurückschaut: In dieser Weihnachtszeit hat man in der Stadt Bern sehr viele Konflikte gehabt. Man hat aber auch drei oder noch mehrere Weihnachtsmärkte gehabt. Wer weiss, dass man einen Weihnachtsmarkt für Dezember, für die nächsten Weihnachten halt schon im Januar organisiert – Ich nehme an, dass man halt die Events, die frühzeitig eingegeben werden, auch bewilligt. Und nachher gibt es halt noch Sachen, die kurzfristig kommen. Und demonstrieren darf jeder. Aber auch die Demonstrationen haben ein Recht auf Sicherheit. Die Leute, die demonstrieren, müssen auch geschützt werden. Und wenn jetzt die Mittel nicht mehr reichen, um die Sicherheit zu gewährleisten und Demonstrierende gefährdet sind oder eben auch Leute auf dem Weihnachtsmarkt – wenn man von den europaweiten Anschlägen hört –, dann verstehe ich, dass der Gemeinderat nicht auf das dünne Eis geht, dass er vielleicht lieber sagt: Es geht jetzt nicht oder vielleicht in einem späteren Zeitrahmen. Und wenn man noch Demonstrationen von 2 verschiedenen Parteien hat – eine demonstriert hier und die andere hier und sie sind verfeindet und gehen aufeinander los, dann ist die Sicherheit überhaupt nicht mehr gewährleistet. Deshalb ist es wichtig, dass der Gemeinderat, aber auch die Polizei eine Lagebeurteilung machen darf, Erkenntnisse haben kann und dann den Entschluss fassen kann, ob das zumutbar ist oder nicht, statt irgendwie fahrlässig etwas zu bewilligen, bei dem die Sicherheit nachher nicht gewährleistet ist. Wir von der SVP wünschen uns, dass eben die Polizei, die hier auch anwesend ist, Lagebeurteilungen machen darf. Und sonst erstaunt mich schon, dass Stadtrat Nellen, der Oberstleutnant in der Armee und auch für die Sicherheit zuständig ist, und eigentlich weiss, dass man keine Mittel hat, um den Auftrag Wahrung der Sicherheit zu erfüllen, dem Gemeinderat oder der Polizei die Handlungsfreiheit nehmen will. Wir von der SVP plädieren, dass die Polizei und der Gemeinderat weiterhin eine gewisse Handlungsfreiheit haben sollen. Besten Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Wenn es um Demos geht und Wirtschaftsfreiheit oder die Nutzung des öffentlichen Raums, sind wir ungefähr gleich polarisiert, wie wenn es um die Reitschule, um den Vorplatz oder Antisemitismus geht. Erlauben Sie mir nichtsdestotrotz ein paar Worte. Tatsächlich teilt die GFL auch die Meinung der Einreichenden – wir waren ja auch Miteinreichende – bzw. des Sprechers, dass es sich der Gemeinderat mit der Selbstreflexion tatsächlich sehr leicht gemacht hat. Die kommt nämlich überhaupt nicht vor. Und so müssen wir an der Motion festhalten, auch wenn es eine Richtlinienmotion ist. Da sind wir nicht allzu puristisch. Was man trotzdem sehen muss: Aus heutiger Sicht und mit eineinhalb Jahren Distanz zu dieser Periode ist mir spontan gar nichts eingefallen, was damals so viel anders gewesen wäre als jetzt zum Beispiel. Vielleicht kann man argumentieren mit Weihnachtsmärkten. Aber ich weiss jetzt nicht, ob sich die Bedrohungslage tatsächlich verschärft hat oder ob sie sich jetzt abgeschwächt hat. Aber man könnte auch jetzt irgendwie out of the blue sagen: Wir schränken jetzt die Demonstrationsfreiheit ein. Und was mir auch noch erwähnenswert scheint: Dieses Ausspielen von sich konkurrenzierenden Nutzungen des öffentlichen Raums. Da kann man leichtfertig immer sagen, Demonstrationen seien irgendwie wichtiger als Weihnachtsmärkte oder umgekehrt. Aber ich glaube, der Charme der Nutzung des öffentlichen Raums ist ja auch, dass sich alle ein bisschen nerven können. Und ich nerve mich zum Beispiel wirklich jedes Jahr über den Cupfinal. Das finde ich etwas vom Schrecklichsten, wenn man Anwohner in der Lorraine oder so ist, wo diese Züge durchgehen. Es stinkt und es – ich brauche diese Kraftausdrücke jetzt nicht alle.

Aber ich meine, es ist wirklich eine Zumutung für alle Anrainer. Und trotzdem finde ich es wichtig, dass es auch für diese aus meiner Sicht sehr unanständigen Personen in dieser Stadt Platz hat. Und das schränkt dann halt für eine gewisse Zeit jemanden wie mich, der das nicht so cool findet, ein. Danke schön.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Ich halte das Fraktionsvotum stellvertretend für Simone Richner, die heute leider nicht anwesend sein kann. Die Versammlungsfreiheit ist ein fundamentales Recht und ein Eckpfeiler unserer Demokratie. Doch auch der öffentliche Raum gehört allen und muss unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden. Eine faire Interessenabwägung ist daher unerlässlich. Der Gemeinderat hat im November 2023 entschieden, während der stark frequentierten Adventszeit keine zusätzlichen Grosskundgebungen in der Innenstadt zu bewilligen. Die Entscheidung basiert unserer Ansicht nach auf einer sorgfältigen und absolut verhältnismässigen Abwägung zwischen dem Recht auf Demonstration, den bereits geplanten Veranstaltungen und der Sicherheitslage. Von einem generellen Demonstrationsverbot kann keine Rede sein. Im besagten Zeitraum wurden 40 Kundgebungen angemeldet, von denen lediglich 2 aufgrund formaler Kriterien abgelehnt wurden. Alternativen wurden angeboten, jedoch nicht genutzt. Diese Motion verlangt eine Korrektur einer Entscheidung, die längst umgesetzt und deren Zeitraum verstrichen ist. Sie verfehlt daher klar ihr Ziel. Zudem liegt die Frage der Rechtmässigkeit bereits bei den zuständigen Instanzen. Eine nachträgliche politische Intervention ist daher weder notwendig noch zielführend. Hinterher weiss man immer mehr. Doch politische Entscheidungen müssen im Zeitpunkt, in dem sie getroffen werden, verantwortungsvoll und auf Basis der damals verfügbaren Informationen gefällt werden. Es geht in casu deshalb nicht um eine Beschneidung von Grundrechten, sondern um die verantwortungsvolle Nutzung des öffentlichen Raums. Deshalb lehnt die Fraktion FDP diese Motion ab. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Für die Fraktion SP-JUSO, Helin Genis.

Helin Genis (SP) für die Fraktion: Lieber Gemeinderat, für uns war die Aktion, die ihr Ende 2023 beschlossen habt, einfach nicht hinnehmbar. Auch wenn die Motion in dieser Form nicht mehr umgesetzt werden kann. Die SP-JUSO-Fraktion bleibt weiterhin der Meinung, dass ein Demonstrationsverbot in der Innenstadt, wie es der Gemeinderat damals empfohlen und öffentlich kommuniziert hat, eine unnötige und unverhältnismässige Massnahme mit abschreckender Wirkung war. Zum Glück hat die Bewilligungsbehörde der Stadt die Weisungen des Gemeinderats nicht so umgesetzt, dass sie die Gesuche automatisch abgelehnt hätte, ohne sie einzeln zu prüfen. Was uns besonders irritiert: Die Medienmitteilung der Stadt hat nicht explizit darauf hingewiesen, dass Gesuche weiterhin individuell geprüft werden; eine wesentliche Information, die Transparenz und Rechtsklarheit hätte schaffen können. Stattdessen wurde eine abschreckende Wirkung in Kauf genommen, wodurch einige Demonstrierende vielleicht gar nicht erst ein Gesuch eingereicht haben. Weiter ist besonders problematisch, dass Demonstrationen, wie es bereits gesagt wurde, in der Innenstadt über mehr als einen Monat faktisch verunmöglicht wurden. Eine solche Massnahme ist aus unserer Sicht nicht verhältnismässig. Die zentrale Lage ist für Demonstrationen essenziell. Denn es geht darum, eine möglichst breite Wahrnehmung zu erzielen. Genau diese Wirkung wurde mit der Weisung des Gemeinderats massiv geschwächt. Selbstverständlich ist die Koordination der verschiedenen Nutzungsinteressen im öffentlichen Raum eine Aufgabe des Staates.

Doch die Gewichtung des Gemeinderats ist aus unserer Sicht sehr fragwürdig. Im Ergebnis hat der Gemeinderat in dieser Zeit die anderen Nutzungsinteressen in der Innenstadt pauschal höher gewichtet und so das Demonstrationsrecht vernachlässigt. Es wurde eine einseitige Priorität gesetzt, die so nicht haltbar ist. Zudem verkennt der Gemeinderat Folgendes: Kommunikationsgrundrechte haben nicht nur eine individuelle, sondern auch eine zentrale gesellschaftliche Funktion, die in der Verhältnismässigkeitsprüfung speziell beachtet werden muss. Eine Demokratie lebt von der Möglichkeit, Proteste sichtbar zu machen. Gerade in Zeiten globaler Krisen ist es essenziell, dass Menschen ihre Meinung frei äussern und auf Missstände hinweisen können. Der Krieg in Gaza und im Libanon war ein aktuelles und bewegendes Thema, das viele Menschen tief getroffen hat. Deshalb sind sie auf die Strasse gegangen, um ihr Grundrecht auf Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit wahrzunehmen. Es ist eben nicht so, wie der ehemalige Sicherheitsdirektor Nause es dargestellt hat, als er sagte, es gebe kein Recht dazu, für dasselbe Anliegen einmal pro Woche auf die Strasse zu gehen. Diese Aussage zeigt ein grundlegend falsches Verständnis von Grundrechten. Erstens kann die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit nicht einfach eingeschränkt werden, nur weil für ein Thema bereits demonstriert wurde. Zweitens dürfen Bewilligungsbehörden Gesuche nicht inhaltlich prüfen oder politische Abwägungen in ihre Entscheide einfließen lassen. Die Argumentation des Gemeinderats, dass der Zeitraum der Einschränkung bereits verstrichen sei und die Motion daher überholt, ist nicht haltbar. Was heute entschieden wird, hat Auswirkungen auf morgen. Wir brauchen eine klare Positionierung gegen solche Massnahmen in der Zukunft. Wir fordern den Gemeinderat auf, die Grundwerte der Demokratie zu respektieren, denn wir wollen auch morgen, übermorgen und in Zukunft für politische Anliegen auf die Strasse gehen können. Ein Demonstrationsverbot verletzt ganz klar Grundrechte. Deshalb nehmen wir als SP-JUSO-Fraktion die Motion an.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Ich habe mich als Vorbereitung auf das Votum noch einmal gedanklich zurückversetzt und habe auch Videos und Bilder angeschaut, wie das am 8. Oktober 2023 gewesen ist und was nachher passiert ist. Die Weltlage ist wirklich katastrophal gewesen. Es hat mich richtig mitgenommen, diese Bilder zu sehen. Das muss ich wirklich sagen. Das hat dann auch Auswirkungen gehabt auf die Schweiz und auch auf Bern. Wir hatten hier Demonstrationen mit mehreren Tausend Leuten. Es war grauenhaftes Wetter. Und die Stimmung war richtig aufgeheizt und eben auch weltweit angespannt. Ich will mich meiner Vorrednerin anschliessen: Selbstverständlich, wenn die Weltlage katastrophal ist, soll man auch auf die Strasse gehen können. Man soll demonstrieren können. Man soll seine Meinung sagen können. Es kommt aber einfach dazu, dass die Weihnachtszeit mit den Weihnachtsmärkten eine Tatsache war. Die konnte man nicht einfach wegmachen. Und wenn die Polizei sagt, sie komme an ihre Kapazitätsgrenze, dann vertrauen wir darauf, dass sie das einschätzen kann, und massen uns nicht an, dass sie das nicht besser einschätzen können als wir. Ich bin überzeugt, dass der Entscheid, vorübergehend Demos einzuschränken, nicht fahrlässig passiert ist. Dass damals zugunsten der Sicherheit der Bernerinnen und Berner, die in der vollen Innenstadt unterwegs waren, dieser Entscheid getroffen worden ist, finden wir richtig. Alles andere wäre fahrlässig gewesen. Ich bin dankbar für den Entscheid und würde das auch wieder unterstützen. Aber selbstverständlich soll das so wenig wie möglich vorkommen.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Saal? – Moment, schnell, ich kann dir noch nicht die Freigabe als Einzelsprecher geben. Als Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich will es kurz machen. Wir hatten heute fast eine juristische, staatsrechtliche Vorlesung. Ich halte mich deshalb ganz knapp. Für mich ist immer klar: Die Eingrenzungen des Grundrechts sind immer heikel. Aber man muss immer sehen, welche Voraussetzungen man gehabt hat, wie es eben gewesen ist, was für Ausschreitungen wir vorher gehabt haben. Und da gibt es einen Entscheid. Es gibt jetzt ein Rechtsmittelverfahren. Dazu wird nachher das Gericht, vielleicht sogar das Bundesgericht, die Beurteilung abgegeben, ob das richtig gewesen ist oder nicht richtig gewesen ist. Ich denke immer auch an die Polizei, die dort keine einfache Aufgabe gehabt hat. Und ich denke auch an die Leute in dieser Weihnachtszeit, die vielleicht auch gerne mal ein bisschen Ruhe hätten, während man den ganzen Weihnachtsrummel sonst noch hat. Und dann hat man auch die Demos mit den Ausschreitungen – teilweise auch ein bisschen gegen die christlichen Symbole. Wie gesagt, das ist immer ein heikler Abgrenzungsentscheid. Ich bin der Meinung, es sei richtig gewesen. Und sonst haben wir eben eine Gewaltenteilung. Das Gerichtsurteil wird man nachher erfahren. Dann kann man allenfalls die nötigen Konsequenzen ziehen. Das ist jetzt etwas, von dem ich der Meinung bin, das müssten wir dem Gericht überlassen. Deshalb lehnen wir die Motion ab. Merci.

Präsident: Merci. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für diese Debatte, herzlichen Dank auch für diesen Vorstoss und herzlichen Dank, dass wir überhaupt die Möglichkeit haben, diese Debatte zu führen. Sie haben den Nachteil, dass Sie, am 8. November war es glaube ich, mit dem Entscheid des Gemeinderates konfrontiert wurden. Und dann haben Sie am 9. November den Vorstoss eingereicht. Wir hatten den Vorteil, dass wir diesen Vorstoss, glaube ich, erst im Januar 2024 beantworten mussten. Heute haben wir den Vorteil, dass wir mit etwas Distanz auf diese Zeit zurückblicken können. Aber das sind eben die verschiedenen Funktionen, die wir haben. Der Gemeinderat hat sich diesen Entscheid lange überlegt und hat diesen Entscheid auch lange diskutiert und dann diesen Entscheid gefasst. Und Sie hatten überhaupt keine Zeit. Sie mussten sofort entscheiden und haben das auch sofort gemacht. Und dann hatte der Gemeinderat wieder viel Zeit, auf den Vorstoss zu antworten und hat sich diese Zeit auch genommen. Was aus heutiger Sicht schwierig zu beurteilen ist, ist, wie die Geschichte abgelaufen wäre, wenn Sie nichts gemacht hätten, wenn Sie nicht reagiert hätten. Hätte der Gemeinderat dann auch so –? Ich finde, der Gemeinderat und die Bewilligungsbehörde haben anschliessend sehr besonnen gehandelt und keine Prinzipienfrage daraus gemacht, sondern fast alles bewilligt, worum nachgesucht wurde. Und es wurde ja um sehr viel nachgesucht. Hätte der Gemeinderat immer noch so besonnen gehandelt oder hätte man dem Thema vielleicht weniger Aufmerksamkeit entgegengebracht? Ich weiss es nicht. Vielleicht nicht. Und daher war der Vorstoss eben extrem wichtig, indem er den Gemeinderat auch aufgerüttelt hat. Der Gemeinderat hat dann gehandelt, wie er gehandelt hat. Ich finde, er habe richtig gehandelt. Die Bewilligungsbehörde hat gehandelt, wie sie gehandelt hat. Ich finde, sie habe richtig gehandelt. Das Einzige, was mich an der Diskussion stört, ist, dass man von einer Seite unterstellt, daran wäre etwas strategisch gewesen, damit hätte jemand irgendetwas gewollt oder so. Ich glaube, es

ist wichtig zu sehen, dass wir alle, die wir uns mit diesen Entscheidungen und mit diesen Bewilligungen auseinandergesetzt haben, versucht haben, das Beste zu erreichen, das Beste für die Stadt, das Beste für unsere Bürgerinnen und Bürger, das Beste für die Bevölkerung, das Beste für die Wahrung der Grundrechte, das Beste für die Umsetzung der Grundrechte und für eine gute Rechtsordnung und für ein gutes Zusammenleben, für eine gute Diskussionskultur, für eine sehr aktive Diskussionskultur. Ich möchte vor allem auch der Bewilligungsbehörde danken. Marc Heeb ist hier. Er steht hier stellvertretend für alle, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen. Sie haben sehr besonnen gehandelt und sie haben ja alles bewilligt, wie sie das immer machen. Und man darf nicht unterstellen, dass sie sich herausgenommen hätten, ein Gesuch nicht zu prüfen, wenn es eingereicht wurde, nur weil der Gemeinderat jetzt so oder so entschieden hat. Sie hätten trotzdem jedes Gesuch geprüft. Das möchte ich nicht stehenlassen, dass die Bewilligungsbehörde irgendwie pflichtvergessen gehandelt habe. Sie müssen Ihre Meinung nicht ändern. Bleiben Sie dabei. Überweisen Sie diese Motion. Ich denke, es ist Ihre Aufgabe, solche Motionen auszuarbeiten, einzureichen und dann auch zu überweisen. Aber der Gemeinderat hat seine Aufgabe. Er muss auch mit der neuen Ausgangslage arbeiten, er muss alle Grundrechte respektieren, er muss auch, wie es gesagt wurde, auch Demonstrationen schützen. Die meisten Demonstrationen müssten abgesagt werden, weil es schon eine andere Demonstration gibt. Meistens ist es dann Demonstration – Gegendemonstration. Also das ist ja dann wirklich nicht Kommerz, sondern einfach, weil man Demonstrationen auch schützen muss, wie es gesagt wurde, damit man rechtmässig in Ruhe und in voller Kraft auch demonstrieren kann. Das ist das Wichtigste, dass das Demonstrationsrecht auch als Recht substantiell und nicht einfach ein Papierrecht ist. Denn dann kann die Demonstration nicht geordnet stattfinden, aber sie muss eben geordnet stattfinden können, sie muss sich auch ausdrücken können, sie muss auch Ausstrahlung haben und sie muss vor allem auch davor geschützt werden, gestört zu werden. Deswegen werden der Gemeinderat und die Bewilligungsbehörde vielleicht auch in einem künftigen Fall wieder ähnlich handeln. Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass wir – es ist ja eine Richtlinienmotion – unser Verhalten komplett umstellen werden. Vielmehr werden wir uns immer an unsere Pflichten erinnern und werden immer versuchen, das Allerbeste für alle herauszuholen. Das Einzige, was ich hier versprechen kann, ist, dass wir Weihnachten nicht abschaffen werden und Weihnachten auch in Zukunft stattfinden wird, und dass es demzufolge vielleicht auch weiterhin im November und Dezember etwas enger wird auf den Berner Strassen als in anderen Jahreszeiten, in denen man vielleicht mehr Platz hat, vielleicht auch mehr Lust hat, vielleicht auch auf Demonstrationen. Der Gemeinderat lehnt die Motion ab. Sie nehmen die Motion an. So ist das Leben. Ich kann damit gut leben. Merci.

Präsident: Merci. Wir stellen fest: Die Einreichenden haben nicht gewandelt. Wir stimmen somit über die Motion als Richtlinie ab. Wer die Motion als Richtlinie erheblich erklären will, stimmt Grün, wer sie ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 007

2023.SR.0221: als Richtlinie

Annahme

Ja	41
Nein	24
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diese Motion erheblich erklärt. Es gibt einen Antrag aus dem Saal. Ich erteile Corina Liebi das Wort.

Corina Liebi (JGLP): Ich möchte gerne die Abschreibung der Richtlinienmotion beantragen. Erstens, weil es praktisch nie ein Demoverbot gegeben hat, zweitens, weil der Dezember 2023 längstens passé ist, aber drittens auch, weil den Einreichenden mit der heutigen Diskussion genügend Raum eingeräumt wurde, sich zum Anliegen zu äussern. Eine Überweisung der Richtlinienmotion ist eine reine Verwaltungsbeschäftigung. Und ich möchte euch deshalb bitten, diese abzuschreiben. Danke und einen guten Appetit.

Präsident: Vielen Dank. Kurz zur Erklärung: Gemäss Geschäftsreglement des Stadtrats kann jedes Mitglied des Parlaments nach Überweisung einer Motion deren Abschreibung beantragen, wenn man begründet, inwiefern der Gegenstand der Motion bereits erfüllt sei. Wir stimmen also darüber ab, ob ihr die vorhin überwiesene Motion abschreiben wollt. Wenn ihr dem Antrag zustimmt, ist das Geschäft beendet. Wenn ihr den Antrag ablehnt, wird uns der Gemeinderat einen Begründungsbericht zu dieser Motion verfassen. Wir stimmen ab.

Antrag
Corina Liebi (JGLP)
Abschreibung der Motion

Abstimmung Nr. 008

2023.SR.0221: Antrag

Ablehnung

Ja	24
Nein	39
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag auf Abschreibung abgelehnt. Wir sind somit am Ende der ersten Sitzung. Ich wünsche euch einen guten Appetit. Seid bitte wie immer pünktlich um 20.30 Uhr hier für die zweite Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.

Namens des Stadtrats

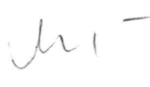
Der Präsident

07.07.2025

X 

für das Protokoll

11.08.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Georg Häsler	Szabolcs Mihályi
Janina Aeberhard	Bernhard Hess	Tanja Miljanovic
Nadine Aebischer	Dominique Hodel	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Thomas Hofstetter	Roger Nyffenegger
Debora Alder-Gasser	Stephan Ischi	Shasime Osmani
Lena Allenspach	Monique Iseli	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Mehmet Özdemir
Natalie Bertsch	Ueli Jaisli	Chantal Perriard
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Ronja Rennenkampff
Laura Binz	Anna Jegher	Mirjam Roder
Gabriela Blatter	Nora Joos	Sarah Rubin
Laura Brechbühler	Barbara Keller	Michael Ruefer
Carola Christen	Ingrid Kissling-Näf	Judith Schenk
Laura Curau	Fuat Köçer	Lukas Schnyder
Sibyl Eigenmann	Mirjam Läderach	Tobias Sennhauser
Nik Eugster	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Alexander Feuz	Corina Liebi	Michelle Steinemann
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Ursula Stöckli
Dominik Fitze	Nicolas Lutz	Irina Straubhaar
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Johannes Wartenweiler
Franziska Geiser	Esther Meier	Lukas Wegmüller
Helin Genis	Salome Mathys	Béatrice Wertli
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Bernadette Häfliger		

Stadtrat entschuldigt

Emanuel Amrein	Michael Burkard	Raffael Joggi
Mirjam Arn	Francesca Chukwunyere	Nora Krummen
David Böhner	Sofia Fisch	Simone Richner

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Ursina Anderegg BSS
Alec von Graffenried SUE	

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Jacqueline Cappis, Stv. Leitung Ratssekretariat
Mago Flück, Cornelia Stücker: Weibeldienste

2024.SR.0028

- 5 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz)/Simone Machado (GaP): Tierpark Bern: Der Streichelzoo und der Spielplatz an der Aare dürfen nicht abgeschafft werden! Es muss langfristig sichergestellt werden, dass in diesem Perimeter ein frei zugänglicher grosser tiergerechter Streichelzoo und ein attraktiver Kinderspielplatz bestehen bleiben. Die entsprechenden Reglemente sind entsprechend zu ergänzen und gegebenenfalls sind entsprechende Kreditvorlagen auszuarbeiten.**

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit, die zweite Sitzung zu starten. Ich bitte euch, die Gespräche zu beenden oder auf Flüstermodus herunterzufahren. Wir haben vor der Pause noch Traktandum 4 beendet, das heisst, wir kommen jetzt zu Traktandum Nummer 5. Es ist eine Motion der Fraktion SVP mit Simone Machado, GaP: "Tierpark Bern, Streichelzoo." Ich erlaube mir, schon jetzt darauf hinzuweisen, denn ich wurde vom Einreichenden darauf aufmerksam gemacht, dass wir punktweise abstimmen werden. Aber punktweise über die Punkte 1, 2 und 3, also nicht punktweise über die Punkte 1.1, 1.2, 1.3 und fortfolgende. Aber einfach immer über diese Pakete 1, 2 und 3 werden wir punktweise abstimmen. Die Motion ist vom Gemeinderat bestritten. Entsprechend erteile ich den Einreichenden das Wort und für die Einreichenden hat das Wort, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich möchte einleitend dem Präsidenten danken, weil er da wahrscheinlich schon ein bisschen beruhigen konnte, dass wir da keine punktweise Abstimmung haben. Ich kann vielleicht auch gerade vorab sagen – ihr wisst, der Vorstoss ist vom 1. Februar 2024 –, dass unsere Initiative zustande gekommen ist, wir haben 5'400 Unterschriften bekommen. Ich möchte in diesem Zusammenhang allen, die uns unterstützt haben, die Unterschriften zu sammeln, ganz herzlich danken. Ich danke aber auch dem Personal des Tierparks, das grossartige Arbeit leistet. Ich bin viel im Tierpark mit meiner Tochter und meiner Familie. Die Tiere dort haben es schön, aber wir wollen, dass es eben weiterhin gut läuft. Und noch etwas, das ich vielleicht gerade als Vorbemerkung sagen möchte. Viele Leute haben gesagt: "Ja, der Streichelzoo, der komme jetzt doch gar nicht weg. Das ist eigentlich jetzt nach der neusten Planung so, dass er vielleicht trotzdem bleiben kann. Der Gemeinderat, kann ja dann ein klares Bekenntnis machen, ob der jetzt wegmuss oder nicht wegmuss. Wir haben ja eine Zonenplanänderung und der sieht vor in dem Bereich Aarehang eine Liftanlage zu machen. Da hat man auch zuerst gesagt, dass die Leute dann dort hoch können. Aber nein, die Liftanlage können dann nur die Leute brauchen, die dann auch den Eintritt für das Vivarium zahlen. Aber die Leute, die sonst vielleicht gerne hochgehen würden mit dem Kinderwagen oder mit dem Rollstuhl, die müssten dann quasi immer auch gerade ins Vivarium gehen und den Eintritt zahlen. Auch dort erwarte ich vielleicht ein Bekenntnis. Ihr wisst, dass ich in der Quartierorganisation bin. Dass ich im Smartvote nicht in der Mitte stehe, wissen, glaube ich, alle, und dass ich in dem Koordinatenkreuz ganz rechts bin. Erstaunlicherweise oder auch nicht erstaunlicherweise habe ich dort grosse Unterstützung erfahren. Man sagt, man könne keinen Lift bauen, der eine grosse Verbesserung bringen soll, und die Leute müssten dafür nachher zahlen. Das sind ein paar Vorbemerkungen, die ich mir erlaubt habe, euch schnell zu sagen.

Jetzt, um was geht es uns bei dieser Motion? Ihr seht, wir haben eigentlich 3 Punkte, und für mich ist auch klar – da konnte ich Tom Berger beruhigen –, dass wir die nicht

punktweise abstimmen lassen, 1 zu 1 gegenüberstellen, ganz und gar nicht. Uns geht es einfach darum, unter Ziffer 1, dass man langfristig sicherstellt, dass der Streichelzoo und der Kinderspielplatz erhalten bleibt. Und für mich sind eben auch die Synergien wichtig, die man dort hat. Ich bin als Stadtrat damals Referent gewesen von dem Kinderspielplatz. Das ist eine gute Sache, eine grosse Sache: ein sogenannter Stadtspielplatz. Es sind nicht nur die Kinder des Stadtteils 4, die dort spielen, da kommen Kinder von der ganzen Stadt hin. Und das ist natürlich einzigartig, dort nebenan noch den Streichelzoo. Ihr seht, wir haben in der Motion keine Vorschriften, wie viele Hühner, wie viele Meerschweinchen, wie viele Pfaue oder so, es braucht. Es geht uns darum, dass man einfach dort ein Areal hat, die Kinder eben den Kontakt zu den Tieren haben können, der sehr wertvoll ist. Und jetzt eben die Forderung: Wir haben den Perimeter dort unten an den Aare relativ offengelassen. Es soll dort einen Streichelzoo und einen attraktiven Kinderspielplatz geben, und das muss mindestens so gross sein wie jetzt. Die Stadt und der Tierpark sollen die nötigen Mittel bereithalten. Und das ist auch ganz wichtig, dass der Zugang zum Streichelzoo und zum Spielplatz müssen weiterhin kostenfrei sein. Ebenfalls der Zugang zu den öffentlichen Toiletten muss sein. Und was auch wichtig ist, der Streichelzoo muss tiergerecht sein. Das ist mir klar, dass die Vorschriften immer strenger werden und wir wollen auch gar nicht "schmürzeln". Für uns ist es klar, dass die Tiere einen Rückzugsraum haben müssen. Das ist ja heute auch schon so. Es muss schon schattig sein, es muss tiergerecht und artgerecht sein. Die Kinder sind manchmal stürmisch und sie müssen weggehen können. Ich habe immer die Erfahrung gemacht, dass die Geissen am Morgen wieder da sind. Also eine nachhaltige Traumatisierung wird das nicht sein. Wenn es ihnen einmal verleidet, gehen sie weg, zu Recht gehen sie weg, aber sie kommen dann am Morgen wieder und sind wieder neugierig. Sie sind dann wieder gerne mit dem Menschen zusammen, das ist ein interaktiver Austausch.

Nachher auch, Ziffer 2, 1-7, der Kinderspielplatz muss attraktiv und sicher sein. Das Zweite, das sind mehr ein bisschen rechtliche Sachen: Man soll dort eine Ergänzung zum Tierparkreglement vorlegen, die eben langfristig sicherstellt, dass der Streichelzoo und der Kinderspielplatz erhalten bleiben. Wie ihr seht, entspricht das nachher mehr oder weniger den wichtigsten Parametern, die wir dort auch gemacht haben. Und unter Ziffer 3 haben wir eben gesagt, man müsse allenfalls eben zusätzlich Kreditvorlagen machen, damit man diese Sache erreichen kann. Und ihr seht: Für uns ist das sehr wichtig. Ihr seht das Kind im Hochhausquartier. Wir haben nicht viele Möglichkeiten, wenn wir diesen Dählhölzli-Kinderzoo nicht mehr haben. Viele Bauernhöfe haben wir nicht auf dem Stadtgebiet. Man hat einmal den Vorstoss gemacht, der nicht durchgekommen ist, dass man in der Elfenau allenfalls eine Filiale von diesem Tierpark betreiben würde. Das ist auch gar nicht möglich, dass man am gleichen Tag eigentlich zwei Sachen gemeinsam besucht, das ist zeitlich nicht möglich. Ich bin wirklich der Meinung, dass die Synergien wichtig sind. Ich bin einer, der ziemlich herumreist. Ich bin sowohl in Zürich als auch in Mülhausen. Das kann ich euch übrigens auch sehr empfehlen: In der Nähe von Basel, Mülhausen hat auch einen schönen Kinderzoo, wo eben die Kinder den Austausch mit diesen freilaufenden Hühnern und diesen Geissen oder was es auch immer, haben können. Und dann ist es eben wichtig. Ihr seht ja, wir haben kein Wort darüber gesagt, ob es jetzt Geissen sein müssen oder ob es Lamas sein sollen. Wir haben das bewusst offengelassen und überlassen es der Leitung des Tierparks. Ich bin da nicht der, der kleinlich ist, uns geht es wirklich darum, dass man den Austausch hat. Damit die Kinder dort den Kontakt haben können mit diesen Haus- und Nutztieren und das scheint mir eben wichtig. Das muss vor Ort sein, das muss man nicht via Schultafeln machen. Denn das kann ich euch sagen, wenn ihr ein Insektenparadies macht mit

x Schultafeln, das finden vielleicht die Kinder einmal noch lustig, aber nachher haben sie den Kontakt nicht und dann wird das nachher sein.

Man hat nachher einen Baumwipfelpfad als Alternative empfohlen. Ich muss euch sagen, dass wir einen Baumwipfelpfad im Dählhözli schon haben. Meine Tochter war gerade am 1. Mai dort und im Gegensatz zu mir, ist sie dann nicht schwindelig. Sie ist dann auf dem Erwachsenenparcours gewesen. Ich habe die Bodenmannschaft machen müssen, denn mir geht es schon vom Runterschauen nicht gut. Aber das haben wir schon. Die Attraktion haben wir schon. Dann muss man doch nicht etwas, das besteht, konkurrenzieren. Ihr wisst, ich war nicht ein grosser Vorkämpfer von dem Zeug. Ich bin ähnlich wie Luzius Theiler, ein Baumfan. Im gleichen Raum muss man etwas anderes anbieten. Das sind für mich eben all die Fehler, die man hier macht. Und wie ihr auch gesehen habt, das sind die Sachen, die eben nicht gehen. Und deshalb sind wir ganz klar der Meinung, dass man hier sicherstellen muss, dass es läuft. Der Gemeinderat hat nachher die Gelegenheit sich zu äussern, zu bekunden, ob sie jetzt den Streichelzoo effektiv haben wollen oder nicht haben wollen. Aber denkt immer an die Zusicherungen der Stadt. Wir haben es vorhin beim Eintretensvotum gesehen, bei der Diskussion über den Erhalt der "Classes bilingues": Ich erinnere euch einfach daran, dass die Stadt grossartig die "Classes bilingues" propagiert hat und jetzt hat man den Versuch plötzlich abgebrochen. Und da hat man keine Planungssicherheit und keine Rechtssicherheit und all die Zusagen, auf die man vertraut hat, haben sich eben nicht bewahrheitet. Das ist genau der Punkt, den ich eben kritisiere.

Wegen der Redezeit habe ich etwa noch eine Minute oder wie ist es? *Der Sprecher richtet sich an den Präsidenten.*

Präsident: 20 Sekunden.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Noch 20 Sekunden, seht ihr.

Präsident: Wie ich dich kenne, hast du noch 8 Minuten Fraktionsvotum.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Das macht jemand anderes dann, das haben wir uns schön so aufgeteilt, nur, dass du es weisst. Ich will jetzt hier auch nicht die Zeit maximal ausnutzen. Ihr seht, der Streichelzoo ist etwas Wichtiges. Wir kämpfen hier, und der Stadtrat hat jetzt die Gelegenheit, die Motion anzunehmen. Aber die Initiative ist eingereicht und ich bin zuversichtlich, dass wenn wir heute nicht durchkommen – das wird schwierig, aber ich kämpfe dafür –, haben wir die Initiative. Und ich danke allen, die sich dafür einsetzen, dass die Kinder weiterhin den schönen Tierpark dort unten haben und das geniessen können. Und, dass auch Tiere einen tiergerechten Rückzugsort haben. In dem Sinn warte ich auf die spannende Diskussion. Merci.

Präsident: Merci, ohne meine Intervention wären das genau 8 Minuten gewesen. Ihr könnt euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Dann hat das Wort für die Fraktion AL-PdA-TIF, Tobias Sennhauser.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Fraktion: Ja, liebe Leute, wenn ich das richtig mitgeschnitten habe, ist das das erste Mal, dass wir über Tiere sprechen nach gut 4 Monaten. Das ist etwas, das ich gerne ändern würde. Denn Tiere sind ein wichtiger Teil in unserer Gesellschaft, sie leben mit uns, sie leben unter uns, sie leben über uns und sie verdienen deshalb unsere politische Vertretung. Wenn ihr das auch so seht, wenn ihr euch auch für Tierpolitik interessiert, dann kommt gerne auf mich zu oder kommt auch in die interfraktionelle Gruppe "Tiere und Ökologie" am 27. Mai. Wo genau, das weiss ich nicht mehr, das findet ihr in eurem E-Mail-Postfach. Ihr habt eine E-Mail bekommen

vom Ratssekretariat. Ihr seid da nochmals herzlich eingeladen. Danke auch an Mago Flück und an das Team für die Organisation und Unterstützung und auch die Geduld mit meinen vielen E-Mails in dieser Sache.

So, nun zum Kinderzoo: Wenn ich das richtig sehe, ist das vielleicht etwas meine Bubble, aber gefühlt ist das unterdessen einer der politischsten Orte in Bern, was völlig richtig ist, denn Tiere oder unser Verhältnis zu Tieren ist etwas Politisches. Es ist aber auch ein Ort, wo viele Menschen hingehen, sehr viele Menschen, um den direkten Kontakt zu Tieren zu suchen, und das ist grundsätzlich etwas, das wir auch unterstützen, was wir begrüssen. Und trotzdem wirft das, glaube ich, eine grosse und wichtige Frage auf: Nämlich, ist es denn unser Recht, Tiere anzufassen? Oder etwas zugespitzt formuliert, dürfen wir Tiere zum Spass instrumentalisieren? Für uns von der AL-PdA-TIF-Fraktion ist der Fall eigentlich klar: Tiere sind keine Objekte, sie sind auch keine Spielzeuge. Sie sind nicht dazu da, um unsere Neugier oder unseren Wunsch nach Nähe zu befriedigen. Sie sind vielmehr eigenständige Lebewesen mit Bedürfnissen, Empfindungen und wie uns die Forschung nahelegt, Träumen. Tiere existieren unabhängig von uns Menschen und schon gar nicht zu unserem Nutzen. Im Zusammenhang mit dem Kinderzoo habe ich gelesen, dass man dort den richtigen Umgang mit Tieren lernen würde. Da habe ich ein grosses Fragezeichen. Ich glaube, das ist eine Illusion. Ich bin generell skeptisch, was wir von eingesperrten Tieren lernen können, und im Speziellen bin ich auch skeptisch, was das Potenzial des Kinderzoos anbelangt. Denn was können wir dort tatsächlich lernen? Wir lernen, dass Tiere jederzeit verfügbar sind, dass wir sie anfassen dürfen, ohne ihr Einverständnis abzuholen. Ich glaube sogar, dass wir dort im Kinderzoo auch lernen, dass Menschen wichtiger sind als Tiere, dass Tiere quasi Mitglieder zweiter Klasse von unserer Gesellschaft sind.

Ich glaube, es gibt trotzdem einen Punkt, wo wir vielleicht mit den Motionär*innen einig sind, nämlich, dass es grundsätzlich vorteilhaft wäre für unsere Gesellschaft, wenn es Orte gäbe, wo sich Menschen und andere Tiere begegnen könnten. Solche Orte, solche Begegnungen sollten aber auf Augenhöhe passieren, das heisst im gegenseitigen Einverständnis, und nun ist es im Kinderzoo leider so, dass aus finanziellen Gründen keine ständige Betreuung dort vor Ort ist, also keine fachkundigen Menschen, die das Ganze überschauen. Und gerade an einem sonnigen Wochenende, wo viel Betrieb ist, führt das dazu, dass die Grenzen der Tiere nicht geschützt werden können und das reicht für uns schon, dass wir dieser Motion skeptisch gegenüberstehen. Dann habe ich auch gelesen, dass der Kinderzoo Tradition sei, dass er viele Generationen über Jahrzehnte hinweg beglückt habe, und das will ich auch gar nicht bestreiten. Für uns ist das jedenfalls aber kein Grund, an diesem überholten Konzept festzuhalten. Denn eine Tradition darf niemals bestehende Ungerechtigkeiten rechtfertigen. Die Gesellschaft verändert sich und mit ihr zum Glück auch unser Verhältnis zu Tieren. Abgesehen vom Tierwohl gibt es auch ein strategisches Argument. Es gibt ja diese Neuausrichtung des Tierparks, dieses Strategiepapier, das vor meiner Zeit hier im Rat auch diskutiert und gutgeheissen wurde. Der Kinderzoo ist jetzt quasi diese Achillessehne für diese strategische Neuausrichtung. Denn wenn wir am Kinderzoo festhalten wollen, dann opfern wir auch diese strategische Neuausrichtung und das finden wir schade, denn wir sehen da durchaus Potenzial, um ganz grundsätzliche Fragen auch zu diskutieren. Nämlich beispielsweise, welche Tiere tatsächlich etwas auf Berner Boden verloren haben. Also wir denken da beispielsweise an die Vögel, die in kleinen Volieren gehalten werden, dort hin und herfliegen können. Da haben wir ein grosses Fragezeichen, was die artgerechte Haltung anbelangt. Wir denken aber auch an Grossraubtiere, wo wir uns fragen, ob wir in Bern tatsächlich den Platz haben, um ihnen ein artgerechtes Dasein geben zu können. Und nicht zuletzt denken wir auch an Seehunde, die – ich weiss nicht, ob ihr das

wisst – Salzwasserfische konsumieren. Das heisst also Fische, die wir zuerst importieren müssen und damit noch unseren Beitrag leisten zur Überfischung der Weltmeere. Da haben wir auch grosse Vorbehalte und wir möchten diese Strategie nutzen, um solche Fragen auch stellen zu können.

Es geht also nicht nur um die Frage, ob wir Tiere anfassen dürfen, sondern auch, welche Tiere tatsächlich artgerecht in Bern gehalten werden können. Und wie gesagt, wir sehen diese neue Strategie als Chance und begrüssen auch, dass der Tierpark regionaler werden soll. Konkret möchten wir den Tierpark dabei unterstützen, dass die Bedürfnisse der Tiere an erster Stelle zu stehen und nicht unser Wunsch nach Unterhaltung. Wir möchten den Tierpark dabei unterstützen, den Respekt vor anderen Lebewesen zu fördern, anstatt Tiere für uns verfügbar zu machen. Und nicht zuletzt möchten wir den Tierpark dabei unterstützen, jene Tiere zu halten, die auch tatsächlich ausgewildert werden können. Ein schönes Beispiel dafür ist das Engagement des Tierparks, heimische Bärenkäfer zu züchten, die später auch tatsächlich wieder ausgewildert werden. Wir hatten selber, ich nenne es mal Vergnügen, diese Käfer auch besuchen zu können. Wir hatten kürzlich gerade eine Führung durch den Tierpark, es gab da viele schöne Käfer und auch viele sehr grosse Käfer, wo ich durchaus an meine persönlichen Grenzen gekommen bin, muss ich sagen. Aber wir sind sicher, dass die Ziegen im Kinderzoo diese Motion ablehnen würden, und wir tun das deshalb auch. Danke.

Präsident: Merci, als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Vielleicht zuerst vielen Dank, Tobias Sennhauser, für diese angesprochenen Punkte. Ich finde, das sind Punkte, die es wert sind, dass man sie diskutiert. Ich möchte einfach auch daran erinnern, dass Zoos heute wichtige Treiber sind beim Schutz und Erhalt von gefährdeten Tieren. Vielleicht zur Gesamtplanung Tierpark 2023 bis 2033: Das ist ein gutes, durchdachtes und vor allem zeitgemässes Projekt. Es lässt sich sehr gut begründen und in den Augen der SP-JUSO-Fraktion ist es auch sehr sinnvoll. Was die SVP hier macht, ist nichts anderes als Oppositions- und Verzögerungspolitik. Selbstverständlich darf sie das. Es gibt aber halt gewisse Fakten, die sie teilweise nicht erwähnt, auslässt oder sehr bewusst auslässt oder verzerrt, und an diese verzerrten Fakten wollen und werden wir uns nicht gewöhnen. Die SVP fordert zum Beispiel wider besseres Wissen, dass der Spielplatz an seinem aktuellen Ort bleiben soll. Das ist überhaupt kein Problem, wenn man die Forderung hört, weil das tut er auch. Von einer Verschiebung des Spielplatzes ist und war nicht die Rede, die Formulierung des Titels ist also entweder bewusst irreführend gewählt oder ihr habt einfach keine Ahnung von dieser Gesamtplanung. Mit Blick auf den Spielplatz hättet ihr die Motion also gleich wieder zurückziehen oder erst gar nicht einreichen müssen. Vielleicht nicht nur das, denn dank der Verlegung dieses Ökonomiegebäudes, das angesprochen wird im Vortrag, wird der Lieferverkehr entlang dieses Spielplatzes reduziert, was die Sicherheit fördert, und ich gehe mal davon aus, dass seid selbst ihr gleicher Meinung, dass das eine intelligente Sache für alle Kinder sowie Besucherinnen und Besucher des Tierparks ist.

Kommen wir zum Streichelzoo: Bereits in der vorhergehenden Strategie wurde beschlossen, dass der Streichelzoo geschlossen werden soll. Die mediale Kritik der SVP unterstützt durch den ehemaligen Tierparkdirektor Schildger, der damals für diese Strategie verantwortlich war, ist daher gelinde gesagt unfair. Bei uns gibt es unterschiedliche Meinungen, wie zeitgemäss Streichelzoos sind. Als Vater von 2 kleinen Kindern weiss ich, dass kleine Kinder Freude an Tieren haben können und sie gerne in den Arm nehmen. Wenn ich meiner Tochter zusehe, dann bin ich wirklich nicht ganz sicher, ob

die Tiere da immer wahnsinnig euphorisch darüber sind, weil meine Tochter eigentlich meistens von mir dann herausgetragen werden muss. Ich verstehe, dass meine Tochter grosse Freude daran hat, trotzdem, wie gesagt, wir versuchen ja auch, die Tiere etwas zu schützen. Es gibt auch wenige Orte im Tierpark, in denen die Tiere in der Nacht in einen Stall eingeschlossen werden müssen. Beim Streichelzoo ist das der Fall, weil wir die Tiere vor Menschen, die dann in der Nacht in dieses Gehege eindringen wollen, schützen müssen. Im Sommer wird es sehr heiss, die Situation ist nicht mehr tiergerecht. Drittens, mit Blick auf gewisse Umbauarbeiten steht der Streichelzoo am falschen Ort und wenn ich mir dieses Projekt anschau, dann machen die geplanten baulichen Massnahmen einfach sehr viel Sinn. Der Gemeinderat schreibt ausserdem, dass andere Formen von Erlebnisbereichen geschaffen werden, die Spass machen und das ganze Jahr durch zugänglich sein werden. Es geht also nicht einfach um einen Baumwipfelpfad 2.0 und es wäre schön, wenn diese Visionen und Ideen, die es nun zu konkretisieren gilt, von Seite der Verantwortlichen auch etwas Zeit haben, dass sie darüber nachdenken und schauen können, was da gemacht wird. Der Vortrag des Gemeinderates begründet in unseren Augen gut, weshalb auf einen Streichelzoo verzichtet werden kann. Wir haben selbstverständlich Verständnis dafür, wie gesagt – ich werde es dann auch noch in meiner Familie diskutieren –, dass die Leute das schade finden, aber trotzdem. Die SP-JUSO-Fraktion lehnt diese Motion ab und dankt, wenn ihr uns unterstützt und ich für eure Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion GFL, Carola Christen.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion kann aus dem ersten Blick die Motion der SVP nachvollziehen. Wir sind aufgewachsen mit diesem Spielplatz und mit dem Streichelzoo im Dählhölzli. Wir durften dort Erinnerungen sammeln. Die Auflösung des Streichelzoos löst daher ganz klar Emotionen aus. Das können wir nachvollziehen. Nichtsdestotrotz dürfen und müssen wir es aber mit einem neutralen Blick betrachten. Die Welt und insbesondere der Schutz des Tieres haben sich verändert bzw. eine neue und wichtige Bedeutung erhalten. Der Streichelzoo, wie er heute ist, entspricht nicht mehr den Anforderungen an den Tierschutz sowie einer artgerechten Handlung. So ist der Standort des Streichelzoos nicht ideal für die Tiere. Sie haben dort weder genügend Rückzugsmöglichkeiten noch genügend Weideflächen und im Sommer ist es dort einfach viel zu heiss und das führt zu einem gewissen Leiden dieser Tiere.

Des weiteren ist es für uns ein Widerspruch, wenn die SVP von einem sogenannten Bildungsauftrag spricht, also dass der Tierpark Bern den Umgang mit Tieren lehren soll. Doch genau dort ist ja die Tierwohl sehr zentral. Für die GFL-Fraktion geht daher ein korrekter Umgang mit Tieren Hand in Hand mit einer artgerechten Haltung. Solange die Tiere, wie gerade erwähnt, nicht artgerecht gehalten werden, kann auch kein korrekter Umgang mit Tieren gelernt werden. Nichtsdestotrotz darf auch hier festgehalten werden, dass der Tierpark Bern bereits heute ein wichtiger Bildungsort darstellt und dies auch ganz klar in seiner Gesamtplanung aufnimmt und weiterhin fördert. So setzt der Tierpark in puncto Bildung und Sensibilisierung ein grosses Angebot inklusive differenzierter Angebote je nach Altersklassen. Des weiteren darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass der Tierpark in Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie beispielsweise dem Klimawandel oder dem grossen Verlust der Biodiversität stark herausgefordert ist und auf diese Herausforderung sensibilisiert und aktiv hinweist. Genau. Auch ist zu betonen, dass sich der Tierpark bereits bisher stark für den Artenschutz eingesetzt hat. So ist zu erwähnen, dass durch den freiwilligen Naturschutz-Franken

vom April 2023 bis zum Dezember 2024 beispielsweise 7 Natur- und Artenschutzprojekte mit insgesamt 130'000 Franken unterstützt werden konnten, und das finde ich sehr nennenswert. En Gros die Gesamtplanung des Tierparks Bern setzt auf Inklusion, Tierwohl, eine artgerechtere Haltung, Bildung und Förderung von regionalen und auch internationalen Artenschutzprojekten, das ist wichtig und richtig. Zudem setzt der Tierpark mit diesem 10-Jahres-Plan auf mehrere, durchdachten, nachhaltigeren und wissenschaftlicheren Ansätze und das ist sehr wichtig. Daher vertraut die GFL-Fraktion auch hier auf die Fachexpertise des Tierparks und wir empfehlen auch hier bei der Sache zu bleiben und diese Motion abzulehnen.

Präsident: Merci, für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Das Dählhölzli ist eine Flanierzone, eine Begegnungszone an der Aare, vor allem für Familien. Die Stadt wächst. Es gibt Kinder, die gerne einmal ein bisschen rausgehen, die Tiere schauen gehen. Sie kennen sie so nur von Büchern und gerade im Streichelzoo ist es so, dass man vor allem einheimische Feldtiere hat. Da reden wir von Meerschweinchen, die habt ihr irgendwie im Block in der Wohnung. Das Meerschweinchen hat aber in dem Streichelzoo eine relativ grosse Fläche, kann frei herumspringen, fast wie in der Natur. Dann reden wir von Kaninchen: Kaninchen, ein Feldtier, dass auch einheimisch ist. Viele Kinder haben noch nie ein Kaninchen von Nahem gesehen. Dann reden wir eben noch von den Geissen und ab und zu ist noch ein Pony dort. Wer jetzt behauptet, dass man die Tierschutzgesetze nicht einhält, dann hätte die Stadt die letzten 40 Jahre Fehler gemacht. Wir erhalten Tag für Tag Anrufe von Leuten, die unseren Bauernbetrieb besichtigen wollen. Sie wollen eine Kuh anschauen, weil sie nicht mehr wissen, wo die Milch herkommt. Sie meinen, sie kommt aus der Migros. Und so eine Begegnungszone, in der man eben realistisch einheimische kleine Feldtiere sehen darf, als 3-4-Jährige und wenn sie sich ein bisschen streicheln lassen, ist das gut. Wir machen unseren Kühen auf dem Bauernhof sogenannte Streichbürsten hin. Wenn sie irgendwie das Gefühl haben, es kratzt sie, können sie den Rücken massieren gehen und ihr müsst einmal zuschauen, das machen die Tiere freiwillig.

Wir von der SVP sind der Meinung, dass man einen Begegnungsort der Stadt Bern, eine Begegnungszone, in der man einheimische Kleintiere 1 zu 1 auf kurze Distanz anschauen darf, und wenn vielleicht das Tier näherkommt, es streicheln darf, erhalten soll. Es gibt auch Familien, die nicht immer 11 Franken Eintritt für in den Zoo zahlen wollen. Die wollen vielleicht schnell kurz das Tierchen schauen, essen noch eine Glace, flanieren noch ein bisschen an der Aare und nachher ist eigentlich das Programm schon gemacht. Man muss nicht kilometerweit ins Land hinausfahren. Und gerade viel von der SP... Ich habe selber Unterschriften gesammelt und ich war vor dem Wahllokal, da ist ein Mann gekommen mit dem Töchterchen. Und dann sage ich, ja, unterschreiben sie mir das. Da schaut er auf das Blatt und sagt: "SVP, nein, das unterschreibe ich nicht, auf keinen Fall." Und dann fragt das Töchterchen den Mann, um was es denn genau geht. Und dann sage ich: "Ja, es geht um den Streichelzoo, den Begegnungszoo im Tierpark." Und dann sagt das Töchterchen: "Ja, dort gehe ich auch mit dem Grosi hin." Und dann sagt der Vater: Hier unterschreiben wir nicht und geht. Nach einer halben Stunde ist er verzweifelt zurückgekommen, der SP-Wähler, der Vater, und sagt: "Das unterschreibe ich jetzt." Es habe ein riesiges "Gestärm gegeben daheim." "Es ist Tradition und die Mutter, die Grossmutter, alle haben das eigentlich sehr gerne. Wir sind nicht SVP-Wähler, wir haben die SVP nicht gerne, aber die Kinder, die wollen einfach

eine Begegnungszone." Die wollen einfach das, die kennen das und das braucht es halt einfach auch.

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass in der Stadt Bern, in der man sonst keine Begegnungszone für einheimische Feldtiere hat, dass man die erhältet. Und wie gesagt, dass da mit dem Tierschutzgesetz, wir haben einen Kantonstierarzt, der eigentlich für Tierquälereien zuständig ist, und der hätte da schon lange eingegriffen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass Tierschutzgesetze, die in der Schweiz eigentlich die strengsten sind, nicht eingehalten werden. Wenn man sich im Ausland, beispielsweise in der EU, umschaut, muss ich sagen, dass wir die strengsten Tierschutzgesetze schon eingehalten haben. Und wer es nicht glaubt, der kann einmal zu mir auf dem Bauernhof schauen kommen. Ich kann euch mal solche Bücher zeigen von Tierschutzgesetzen und Normen, die man einhalten muss. Und wenn ihr die nicht einhaltet, dann habt ihr ein Riesenproblem. Also zum Tierwohl: Das ist sicher die oberste Priorität und ich denke, dass die Tiere nicht irgendwie eingeschlossen werden am Abend, sondern dass sie wirklich in der Freihaltung sind. Ich gehe meine Kühe und Gusti auch nicht einschliessen. Im Lindental weiden sie, sie haben ein halbes Tal, sie bekommen genug Wasser, sie haben genug Bewegung und sie haben eben auch das Fell, sie haben nicht kalt. Und wenn es dann im Sommer heiss wird, dann gehen sie in den Schatten. Alternativ kann man auch dafür sorgen, dass sie an einem schattigen Ort unterkommen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, ich erlaube mir eine kleine Bemerkung. Nichts gegen Mötschwil, aber ihr werdet sehr bald, wahrscheinlich nächste Woche die Einladung zum Sommeranlass erhalten und der Zufall will es, dass wir auf einen Bauernhof gehen. Darum wird uns dann Thomas Glauser eine fachkundige Führung geben. Gibt es noch weitere Voten aus dem Rat? Ja, jetzt aber, Einzelsprecher: Judith Schenk.

Judith Schenk (SP), Einzelvotum: Meerschweinchen sind nicht hier heimisch, sie kommen auch nicht aus der Migros, sondern sie kommen aus Südamerika. Käfer sollen Kinder nicht interessieren, das glaube ich nicht. Und zwar habe ich selber in meinem Erwachsenenleben einen Minor gemacht, in einerseits Schmetterlingen, das sind auch Insekten, aber auch einen Beneficials. Und ich bin sehr fest davon überzeugt, dass ich jeden hier drin von euch für Marienkäferlarven begeistern kann. Sie sind so herzlich, wirklich, ihr könnt es auch googeln, sie sind so herzlich. Was ich dann des weiteren noch dazu sagen möchte: Ich möchte betonen, was Lukas Wegmüller vorhin schon gesagt hat. Also erstens gibt es gar keinen Streichelzoo, das sind ein paar Ziegen. Alle anderen Tiere sind hier nicht zur Debatte, die kann man nicht streicheln. Die Aufhebung des Streichelzoos ist per heute eine beschlossene Sache, und zwar in der vorhergehenden Strategie unter der Ägide des vorhergehenden Tierparkdirektors. Das könnt ihr nachschauen, ich schicke euch sehr gerne diese Unterlagen. In dieser Strategie stehen ebenfalls Dinge, beispielsweise dass man dort, wo jetzt dieses Ziegengehege steht, dass man da einen kleinen Ballenberg und ähnliches hinmachen soll. Also grundsätzlich ist das, was wir hier diskutieren, ist etwas, was eigentlich aus der Reihe der SVP bereits beschlossene Sache war, also aus der Reihe des Tierparkdirektors, aber eben auch von der Tierparkkommission abgesegnet: diese Schliessung des Ziegengeheges. Und wie gesagt, ich schicke euch diese Unterlagen sehr gerne zu, mich wundert eigentlich diese ganze Diskussion aus diesen Gründen.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP), Einzelvotum: Zuerst einmal an Judith Schenk: Es ist an und für sich ja unser gutes Recht als Opposition, dass wir natürlich hier erstens einmal eine Volksinitiative gemacht haben. Also wir haben die 5'000 Unterschriften zusammengebracht und damit bringen wir natürlich die ganze Frage des Streichelzoos noch einmal auf das politische Parkett. Eigentlich etwas, das man als Demokratin und Demokrat respektieren sollte. Dann kommt der weitere Punkt an Lukas Wegmüller: Es gibt auf der Welt an und für sich sehr wahrscheinlich viel zu viele Tiere, die überhaupt nie gestreichelt werden. Und die einzigen Tiere, die wir streicheln können, oder die die Kinder streicheln können, das sind Geissen. Alle anderen Tiere, die wir jetzt hier aufgezählt haben, sind das jetzt Meerschweinchen oder Kaninchen, die kann man ja gar nicht streicheln. Die kann man einfach anschauen, aber streicheln in dem Sinn kann man sie nicht. Dann nachher wieder zurück an Judith Schenk: Ich glaube nicht, dass sehr viele Kinder so ein wahnsinniges, grosses Interesse haben, Käfer zu betrachten. Hingegen eben so lustige Geissen oder so, das ist wirklich einfach etwas, das auch den Jö-Jö-Effekt hat, die eben auch herzlich sind. Jetzt wieder etwas seriöser: Ich glaube, dass wir eine artgerechte Tierhaltung für einen Streichelzoo hinbekommen würden, wie es eigentlich schon bisher der Fall war. Und wir glauben eben wirklich, dass alle Kinder Freude haben an diesen Ponys, an diesen Kaninchen, an diesen Geissen und das wollen wir den Kindern einfach nach wie vor weiter erhalten.

Präsident: Dann als nächstes Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich bin ein bisschen überrascht, es haben sich wenige Leute zu Wort gemeldet, es haben nicht einmal alle Fraktionen gesprochen, das ist offenbar ein heisses Eisen. Deshalb meldet man sich hier nicht. Einfach wie gesagt – etwas Juristisches –, man hat immer das Recht, eine Initiative zu machen, das konzidiere ich der Linken und den Grünen. Ich muss auch ganz klar sagen, und das ist für mich etwas Wichtiges: Die ganze Neukonzeption, die haben wir zur Kenntnis genommen. Wir haben dem nicht zugestimmt, wir haben nicht viel dazu zu sagen, wir haben es zur Kenntnis nehmen können. Ich habe als Mitglied der Quartierkommission kritisiert, dass man es dort auch nicht vorgestellt hat. Man hat es erst vorgestellt, nachdem die Kenntnisnahme der Stadt erfolgt ist. Das geht eben jetzt ähnlich, wie mit diesen Unterwerfungsverträge im Bundesrat, man darf nicht erfahren, was drin ist und am Schluss wird man vor vollendeten Tatsachen gestellt. Das sind einfach unschöne Sachen. Deshalb hat man jetzt die Gelegenheit, das zu machen. Und die Konzeption, die ihr jetzt als grossartig und neu anschaut: Ich wohne in diesem Quartier, ich bin dort aufgewachsen, ich weiss, wo es durchgeht. Dann müsst ihr doch jetzt nicht die Leute zur KA-WE-DE runterfahren lassen, nachher dürfen dann nur die, die gezahlt haben, den Lift brauchen, die anderen nicht. Ich höre schon die Kinder – das ist schon vorhin gesagt worden –, wo die Eltern nicht jeden Tag 11 oder 15 Franken Eintritt zahlen wollen. Die müssen dann den steilen "Stutz" wieder hochgehen, um den Turnus zu machen. Das ist früher viel besser gewesen oder wie es heute noch ist: Ihr steigt oben beim Tierpark aus und läuft nachher runter. Und geht dann nachher bei der KA-WE-DE auf die Station. Aber das Ganze geht nach mir nur darum – ähnlich wie der billige Jakob –, dass man die Leute versucht zu kanalisieren, damit möglichst viele den Eintritt dort bezahlen. Auch das ist für mich eben verfehlt und ich sage es noch einmal, wir sind ganz klar für tiergerechte, artgerechte Tierparks. Wir haben euch Beispiele gezeigt, wie das eben gut ist. Für mich ist auch klar, dass da Personal schauen muss. Das habe ich schon ein paar Mal gesagt, es gibt auch Möglichkeiten, dass Kinder, die gerne im Tierpark arbeiten, so ein bisschen eine Ranger-Funktion aufnehmen und dann bei den Jüngeren

schauen, dass sie die Tiere anständig behandeln. Das wäre eigentlich wunderbar. Es gibt ja so die Freunde des Tierparks oder was auch immer, dass eben die Kinder, die dort gerne sind, das machen würden und nachher die anderen Kinder im Umgang mit den Tieren anleiten würden. Das wäre durchaus eine Möglichkeit, niederschwellig etwas zu machen. Und ich habe wirklich das Gefühl, und ich sage es immer wieder, der Hamster im Hochhaus in der Kartonschachtel, der lebt viel gefährlicher und unbequemer als dort ein Geisschen, das, wenn es dumme Kinder hat, die es plagen, davonspringen kann. Das ist viel gefährlicher. Und eben der Kontakt zu Tieren, angeleitet durch andere Kinder, das wäre eine einzigartige Chance, die man nehmen kann. Und beim Tierpark wegen des Spielplatzes muss ich auch noch etwas sagen. Da hat man natürlich gesagt, dass, wenn man die ganze Konzeption macht, die gesamte Anlieferung durch den Bereich des Spielplatzes gehen soll. Das kommt dann sofort wieder, das habe ich auch schon gehört, als ich mit gewissen Leuten gesprochen habe. Ja, man muss das halt vielleicht auch noch einmal neu überdenken, ob der Tierpark dann dort am richtigen Ort war bzw. der Spielplatz.

Das ist genau das, was ich sage, ich glaube diesen Zusicherungen nicht. Ich höre schon genau, wie es heisst, jetzt ist die Hauptanlieferung dort und dass ist gefährlich. Alle bösen Autos sind jetzt weg, aber jetzt kommt dann dort die grosse Anlieferung. Denkt daran, der Feuz hat es euch gesagt, er hat meistens schon ein paar Mal Recht in solche Sachen gehabt, dass es eben falsch aufgegleist ist. Ich sage einfach, dass ihr ja noch die planerischen Hürden nehmen müsst und die sind dann wahrscheinlich relativ schwierig, weil wenn man nachher in einem Gebiet, das ein hohes Schutzstadium hat, wenn man dann dort Bauten aufstellen will, wo man noch gar nicht genau weiss, was man mit diesen Bauten macht, ob dann da der Kanton so Ja sagt, bin ich dann noch nicht so sicher. Man hat auch einmal gesagt, dass die Stadt für die Randständigen, damit weniger Häuser besetzt werden, dort bei der Neubrücke unten im Naturschutzgebiet irgendein Siedlungsgebiet macht. Das ist nachher gescheitert. Wir haben auch eine Beschwerde gemacht, das ist dann nicht gegangen. Und ich habe auch das Gefühl, man kann nicht auf Vorrat einfach sagen, wir machen dort ein Ausstellungsgebäude oder wir machen dort eine Garderobe für Mitarbeiter. Das muss ja noch zweckgebunden sein. Ich frage mich, ob dann die Garderobe der Mitarbeiter unbedingt in den Aareschutz-Perimeter liegen muss. Das ist nicht zweck- und ortsgebunden. Ich will es einfach hier gesagt haben. Und wenn ihr jetzt die ganze Sache noch einmal anschaut: Was haben wir? Was wollen wir zerschlagen? Was bekommen wir nachher dafür? Ich möchte einfach nicht, dass wir das gleiche Desaster haben, wie jetzt bei der "Classe bilingue", über die wir heute Abend schon einmal gesprochen haben. Merci.

Präsident: Als nächstes hat das Wort für den Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Warum seid ihr alle gegangen? Jetzt wird es doch spannend und es interessiert alle. Es geht um einen Kinderzoo. Ich freue mich natürlich auch über diese Debatte. Bleibt der Kinderzoo? Ja und nein – der Kinderzoo bleibt, aber er wird auch erneuert. Bleibt er genauso, wie er heute ist? Nein, denn er wird erneuert. Natürlich muss er erneuert werden, das ist ja normal. Die Welt ist leider nicht schwarz und weiss. Die Welt ist nicht schwarz und weiss. Bleibt der Kinderzoo? Ja, der Kinderzoo bleibt und er wird erneuert. Du hast gesagt, es gebe nie Zusicherungen. Ich gebe dir jetzt alle die Zusicherungen und schneide sie bitte mit, aber ich kann sie dann später auch wiederholen, ich stehe dazu. Aber ich frage mich halt gerade, ob es etwas bringt, wenn ich dir Zusicherungen mache, denn du glaubst ja nachher nicht daran, aber ich bringe sie dann gleichwohl.

Erstens: Der Kinderzoo bleibt ein Kinderzoo im Dählhölzli. Wir wären ja blöd, wenn wir keinen Kinderzoo mehr hätten im Dählhölzli. Der Kinderzoo ist die für wichtigste Kundinnen- und Kundengruppe des Dählhölzli. Wir müssen doch das beste Angebot für Kinder haben und wir werden weiterhin das beste Angebot für Kinder einrichten. Der Kinderzoo bleibt. Der Zugang zum Tierpark wird verbessert und die Verbesserung des Zugangs führt nicht dazu, dass man nachher irgendwie keinen Kinderzoo mehr machen kann oder dass man nicht überall hinkommt. Der Zugang wird verbessert, damit alle besser zum Tierpark hinkommen können, das ist völlig klar. Der Tierpark bleibt zugänglich, bleibt gratis zugänglich, genauso wie er heute schon gratis zugänglich ist. Heute sind 2/3 des Tierparks gratis, auch in Zukunft werden 2/3 des Tierparks gratis erreichbar sein für alle. Der Spielplatz bleibt, der Spielplatz bleibt, wo er ist. Wenn ein Spielgerät kaputt geht, dann wird es ersetzt, erneuert, vielleicht durch das Gleiche, vielleicht durch ein Neues, vielleicht durch ein Besseres, aber der Spielplatz bleibt und er bleibt auch dort, wo er ist. Natürlich stehen wir zum Tierpark. Wir wollen diesen Tierpark, wir wollen den besten Tierpark für die Stadt Bern und wir wollen den Tierpark, der zur Stadt Bern passt. Aber damit der Tierpark so bleibt, wie er ist, muss er halt auch erneuert werden. Das ist ja logisch, sonst geht er kaputt und nachher haben wir nicht mehr den Tierpark, den wir jetzt haben. Natürlich müssen wir auch etwas investieren in den Tierpark. Auch Erneuerung muss sein und die Erneuerung wollen wir haben. Und wir wollen uns nicht blockieren lassen, dass wir nicht mehr erneuern können. Wir wollen erneuern, das gehört auch dazu. Also, aber ich hoffe, du hast es zugehört, Feuz, denn wir wollen genau das Gleiche. Wir wollen genau das Gleiche und wenn du es nicht glaubst, dann glaubst du es halt nicht. Dann kann ich dir auch nicht mehr helfen.

Gut. Jetzt braucht es die Motion? Nein, die Motion braucht es nicht, denn wir werden sowieso über alles x-mal noch reden und wir brauchen keine Motion dafür. Es gibt ja schon eine Initiative dafür. Es gibt eine Volksinitiative, über die gibt es eine Volksabstimmung. Über die werden wir dann irgendwann abstimmen, weil zurückgezogen wird ja nicht. Also irgendwann werden wir über genau diese Fragen auch noch eine Volksabstimmung haben. Es gibt 3 Geschäfte oder man könnte auch sagen 4 Geschäfte. Viermal kommen wir in den Stadtrat und dreimal gibt es eine Volksabstimmung über den Tierpark. Es gibt eine Gesamtplanung des Tierparks. Die ist schon durch, die ist angenommen worden, man weiss auch nicht mehr wieviel. 50 zu 6 Stimmen? Mehr? Also mindestens 50 von 6 stimmen, ich weiss es nicht mehr viel. Ich war auch nicht dabei. Also, das ist schon durch. Es gibt die Gesamtplanung. Gestützt auf die Gesamtplanung fahren wir jetzt weiter und entwickeln die weiteren Projekte. Das erste Beispiel oder der erste Ausfluss der Gesamtplanung ist, daran sind wir jetzt, der Zonenplan. Es muss einen neuen Zonenplan geben. Der bestehende Zonenplan lässt nicht alles zu, was heute dort ist, und er lässt auch nicht alles zu, was in Zukunft dort sein soll. Es braucht einen neuen Zonenplan. Das ist das Zonenplan-Geschäft, das ist das Planungsverfahren. Es gibt eine obligatorische Volksabstimmung, es gibt eine Mitwirkung, es gibt eine Vorprüfung, es gibt eine öffentliche Auflage, es gibt Einsprachen, es kommt in den Gemeinderat, in den Stadtrat und es kommt zu einer Volksabstimmung obligatorisch. Der Zonenplan kommt so oder so. Dann gibt es einen Studienauftrag. Es gibt einen Studienauftrag, um zu sehen, wie wird das Gebiet an der Aare aussehen, wie wird der Kinderzoo in Zukunft aussehen. Dort werden alle mitmachen: das Quartier wird mitmachen, die Parteien werden mitmachen, der Tierparkverein wird mitmachen, alle interessierten Kreise werden mitmachen und natürlich eine Fachjury wird dabei sein. Damit wir neue Bilder des Tierparks entwickeln können im Studienauftrag. Aus dem Studienauftrag heraus gibt es ein Bauprojekt. Das Bauprojekt brauchen wir, um die Infrastruktur zu erneuern. Die Infrastruktur ist vollständig schon dort genau im Aare-

Schutzperimeter, genau an der Aare. Ihr kennt das Infrastrukturgebäude. Das Infrastrukturgebäude ist alt, es ist in einem lausigen Zustand. Das Gebäude muss erneuert werden.

Wir werden das Gebäude vorrücken, damit eben der Verkehr nicht mehr hinten durchkommt, sondern damit der Verkehr vorne bleibt. Das hat verschiedene Vorteile, das kann ich euch dann schon einmal erklären. Aber das Gebäude wird erneuert und das schafft Platz für einen erneuerten Kinderzoo. Damit der Kinderzoo sich dort an dem Standort, wo er jetzt ist, auch erneuern kann. Über das Bauprojekt werden wir auch eine Volksabstimmung haben, das heisst, es kommt in den Gemeinderat, es kommt in den Stadtrat und es gibt eine Volksabstimmung dazu. Und nachher haben wir ja noch eine Volksinitiative. Die Volksinitiative könnte zwar auch zurückgezogen werden, denn es ist unnötig, denn es gibt sonst schon 2 Volksabstimmungen. Aber natürlich wird die Volksinitiative nicht zurückgezogen, auch wenn sie unnötig ist. Die Volksinitiative wird in den Gemeinderat kommen, in den Stadtrat kommen und es wird eine Volksabstimmung über die Volksinitiative geben. Also wir werden noch x-mal über den Tierpark reden können. Ihr habt die breitesten Mitwirkungsmöglichkeiten. Ich freue mich auf die Diskussionen. Ich hoffe, dass ihr euch alle sehr aktiv einbringt in die Diskussionen, damit wir wirklich den besten Tierpark mit dem besten Kinderzoo entwickeln können. Auf das freuen wir uns, aber die Motion braucht es nicht und diese Motion könnt ihr sehr gerne ablehnen. Dann können wir uns auf das Wesentliche konzentrieren und können miteinander den neuen Tierpark entwickeln. Merci vielmals.

Präsident: Gut, dann kommen wir zur Abstimmung über diese Motion. Wir stimmen punktweise ab. Wie gesagt, es sind einfach immer die Überblöcke 1, 2 und 3 ohne Einzelabstimmung über die jeweiligen Subpunkte. Wenn ihr Punkt 1 erheblich erklären wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr ihn ablehnt, stimmt ihr Rot.

Abstimmung Nr. 009

2024.SR.0028: Punkt 1

Ablehnung

Ja	6
Nein	61
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt Punkt 1 abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 2.

Abstimmung Nr. 010

2024.SR.0028: Punkt 2

Ablehnung

Ja	6
Nein	61
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Punkt 2 abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 3.

Abstimmung Nr. 011

2024.SR.0028: Punkt 3

Ablehnung	
Ja	6
Nein	62
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Punkt 3 abgelehnt.

2023.SR.0256

6 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Personalprobleme im Tierpark Bern: Eine unabhängige anonyme Mitarbeiterbefragung ist gefordert

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 6, Richtlinienmotion Alexander Feuz, Thomas Glauser: "Personalprobleme im Tierpark Bern." Ich erlaube mir hier eine Vorbemerkung. Ja, auch hier geht es um den Tierpark und ja, es gelten die Redezeiten, die ihr habt, gemäss Reglement, aber überlegt euch, ob ihr die Stadt weiterbringt, wenn wir jetzt auch über diese Motion wieder 50 Minuten verhandelt. Die Motion ist vom Gemeinderat bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat das Wort Alexander Feuz. Du hast 8 Minuten.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Merci, ihr wisst, ich komme mit der Redezeit eigentlich immer gut durch. Vielleicht rasch die Vorbemerkungen. Wir hatten x Motionen, teilweise über Sachen, für die die Stadt Bern gar nicht zuständig ist. Ich bin der Meinung, dass es hier um die Probleme des Personals geht. Ich habe mich hier auf Artikel der Zeitungen abgestützt. Ich habe sie im Rahmen der Motion wiedergegeben. Ich weiss, es ist personalrechtlich etwas heikel, aber es sind offenbar Missstände gewesen. Ich hatte teilweise auch mit Leuten im Tierpark Kontakt, die teilweise auch dort gearbeitet haben. Man hat mir auch die Sachverhalte bestätigt, so wie es in der Zeitung geschrieben war. Es sind also nicht nur ein oder zwei Vorfälle. Deshalb bin ich der Meinung, dass man schon darüber reden darf. Und es ist natürlich immer so, das seht ihr, wenn ihr eine neue Organisation macht – das habt ihr auch beim militärischen Nachrichtendienst gesehen oder was auch immer. Dann gibt es natürlich immer Konflikte. Aber natürlich in dieser Situation, wo man sieht, da bin ich hellhörig geworden. Dass es manchmal zu Differenzen kommt, ist in jedem Betrieb, in dem gearbeitet wird, so. Aber ich werde einfach dann hellhörig, wenn in einem Betrieb Unterschriften durchzirkulieren, wo man sich mit der Leitung oder was auch immer solidarisiert. Solche Sachen finde ich einfach immer verdammt heikel, denn da hat man eine doppelte Loyalität zum Betrieb. Und da kann man fast nichts mehr sagen, wenn man weiter in diesem Betrieb sein will. Ich habe hier Vorbehalte. Ich habe auch Kontakt mit gewissen Gewerkschaftsvertretern und die haben mir gesagt, es gebe einen relativ niedrigen Organisationsgrad der Mitarbeiter des Tierparks, die dort drin sind, deshalb ist das Problem nicht so akut. Ich bin der Meinung, dass man die Sache richtig anschauen sollte. Ihr habt es jetzt auch gesehen. Das sage ich euch auch klar: Wir hatten Fälle – ich schaue jetzt hier zu den Grünen –, wo man auch irgendwie Mitarbeiter in gewissen Sozialbereichen angestellt hat. Das ganze Projekt hat man dann wieder gestrichen und hat die Leute dann fast wieder am nächsten Tag auf die Strasse gestellt. Ich bin einfach der Meinung, dass das heikle Sachen sind und deshalb sollte man die Sache hier genau

von einer neutralen Seite anschauen lassen. Ich bin nicht der Freund der Vergangenheitsbewältigung. Aber ich bin trotzdem der Meinung, dass wenn wir so Unzufriedenheiten und so Signale an verschiedenen Orten sieht, sollte man die Sache gut anschauen. Denn es ist dann manchmal ein schwellender Konflikt. Und wie gesagt, ich werde dann misstrauisch, wenn wir eben jemanden haben, der von oben oder jemanden von den Mitarbeitern mit einer Umfrage durchgeht. Dann habe ich immer das Gefühl, dass es dann besonders heikel ist. Wenn die Leute untereinander Differenzen haben und sich miteinander aussprechen, dann kann ich damit Leben. Aber wenn dann so Ergebnissadressen und so herumkommen, habe ich wirklich das Gefühl, das ist heikel. Da ist wahrscheinlich etwas Feuer, wenn auch Rauch ist. Deshalb, wie gesagt, sind wir ganz klar der Meinung, dass man hier den Vorstoss machen und die Sache prüfen sollte. Ich bin auch bereit, das allenfalls umzuwandeln in ein Postulat. Das könnte man allenfalls auch machen. Ich bin jetzt gespannt, was die Leute, insbesondere auch die Leute vom Personal, die Personalvertreter, hier zu dieser Sache sagen, deshalb schliesse ich hier bereits meine Ausführungen ab. Und ich gehe davon aus, dass es bei weitem nicht 8 Minuten sind.

Präsident: 3,06 Min. Ihr könnt euch für die Fraktionsvoten anmelden. Für die Fraktion SP-JUSO, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Die neue Direktorin des Tierparks begann im September 2021 ihre neue Stelle im Tierpark. Seither taucht das Thema immer wieder in den lokalen Medien auf. In seinem Vortrag weist der Gemeinderat darauf hin, dass viele Mitarbeitende unter diesen Medienberichten gelitten haben. Als Gremium, welches die Verwaltung beaufsichtigt, haben wir als Stadtrat Verantwortung gegenüber allen städtischen Mitarbeitenden. Die Fraktion SP-JUSO weist des Weiteren darauf hin, dass weder Gespräche mit Mitarbeitenden des Tierparks noch die Gewerkschaften diese Vorwürfe bestätigt haben. Stattdessen wurde ein ganz klares Bild aufgezeigt, eine sehr kleine, sehr laute, sehr unzufriedene Minderheit steckt dahinter. Dazu gibt es auch die Auskünfte, welche wir von der Verwaltung auf entsprechende Rückfragen erhalten haben, zu zitieren. Ich zitiere: "Der Organisationsprozess mit allen Gesprächen und Workshops dauerte rund 1,5 Jahre, er begann im 2023 und gilt seit Mitte 2024 mit dem neuen Organigramm. Nach aussen erscheint dieses Organigramm gleich, nach innen ist es stark optimiert worden." Ebenfalls auf die Anfrage an die Stadt zu der, gemäss SVP, riesigen Kündigungswelle folgende Fakten: Gemäss der Verwaltung haben von 2015 bis 2024 insgesamt 22 Personen gekündigt. Im Jahr 2022, also ein Jahr nach dem Eintritt von Frau von Houwald, sogar keine Person. In den Jahren 2023 und 2024 je 2 Personen. Das ergibt einen Schnitt von 2 Kündigungen pro Jahr, während der Kündigungsschnitt von 2015 bis 2021, noch unter dem Vorgänger, bei 2,28 Kündigungen pro Jahr liegt. Sie sehen, diese Motion sowie die entsprechenden Medienberichte sind das Gegenteil von unserer Verantwortung, die durch die Annahme des Stadtratsmandates jede einzelne Person von uns für die Mitarbeitenden der Stadt übernommen haben.

Liebe SVP, lieber Herr Schildger, Frau von Houwald kommuniziert sehr offen. Mir persönlich ist sie nicht nur deswegen sehr sympathisch. Feminismus bedeutet jedoch nicht nur denen zuzuhören, die einem am nächsten erscheinen. Aus diesen Gründen habe ich auf euren Wunsch und auf eigene Faust möchte ich betonen, euren Wunsch erfüllt, liebe SVP. Denn ich habe dem gesamten Kader des Tierparks eine Mail geschrieben mit der Bitte, diese all ihren Mitarbeitenden zuzustellen, damit sich alle Tierparkmitarbeitenden zu den Vorwürfen äussern können. Ich habe entsprechend dann auch noch

nachgehakt, ob sie das alle gemacht haben, das haben sie alle bestätigt. Von den insgesamt 13 Rückmeldungen hat sich eine Person, die bereits genannte Person, sehr negativ geäußert, deren Aussage ihr wiederholt in den lokalen Medien lesen konntet. Diese Person hat mittlerweile auch gekündigt und ist gemäss eigener Aussage an einer neuen Arbeitsstelle glücklich. Mit einer weiteren Person habe ich lange geredet und ich konnte dabei deren Unzufriedenheiten über die Reorganisation, die neue Vorgesetzten Situation und die eigene Einstufung im Organigramm sehr gut nachvollziehen. Diese Person hat mir am Schluss des Gesprächs gesagt, dass ihre Aspekte gelöst wurden und bezeichnet die aktuelle Situation als okay. Auch hier habe ich mehrmals nachgefragt, ob es weitere Aspekte zu klären gäbe. Die Person hat das mehrmals verneint. Dieses Gespräch fand vor rund 2 Monaten statt. Auf die weiteren 11 Personen, welche sich ebenfalls gemeldet haben, werde ich nachher in einem Einzelvotum eingehen. Nur das eine Zitat einer im Tierpark angestellten Person, welche sich mir auch gleich selber zu Herzen nehme, möchte ich euch hier nicht vorenthalten. Ich zitiere: "Schildger hat immer gross betont und geschworen, wenn er einmal pensioniert ist, zieht er sich zurück und mischt sich nicht mehr ein." "Servir et disparaître" ist wohl nicht seins. Die Fraktion SP-JUSO lehnt die Motion zur Forderung einer unabhängigen Mitarbeiterbefragung ab.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Judith Schenk hat es gesagt, sie hat bereits auch etwas bewogen. Sie hat es aus den Medien gelesen, dass nicht unbedingt alles rosig ist. Wir haben auch Beschwerden bekommen, direkt vom Tierparkpersonal. Es ist nichts als legal, dass man dort darauf schaut. Auch wenn es nicht so schlimm ist, wie vielleicht die Presse das jetzt geschrieben hat. Es sind Mitarbeiter der Stadt. Wenn Judith als Stadträtin Mails macht, finde ich das sogar positiv. Und wenn alle zufrieden sind, dann ist das umso schöner. Aber wenn man so Medienberichte sieht und eben noch etwas mündlich hört, ja, vielleicht sind es ja Gerüchte. Aber es ist die Verantwortung von uns Politikerinnen und Politikern, dass wir zum Personal schauen und dass man Umfragen macht. Viele Leute haben sich dann auch nicht dafür immer alles gesagt, weil sie eben irgendwie Angst haben, dass sie eine Kündigung bekommen. Sie haben Angst, dass wenn es nachher rauskommt, dass sie nicht ganz zufrieden sind, sie vielleicht sogar gemobbt werden. Wir von der SVP sind da offen. Wir finden, eine Befragung darf stattfinden. Und wenn alles im grünen Bereich ist, umso besser. Man hat es bei den Mitarbeitenden beim Sozialamt gesehen, was da für ein Chaos war. Man muss ja nicht immer warten, bis alles explodiert und alles gerade brennt. Man kann vielleicht auch einmal vorbeugend irgendwelche Massnahmen für die Mitarbeiter treffen. Besten Dank.

Präsident: Merci. Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Also ich habe nur einen Punkt wegen der Umfrage, das ist für mich ganz etwas heikles. Ich hätte es mir also nicht gewagt, als Stadtrat die Mitarbeitenden des Tierparks anzufragen. Sollen wir die Auskunft selber einholen? In eigener Regie eine Umfrage machen? Ich bin der Meinung, viele Leute, gerade Ausländer, die meinen, der Stadtrat ist Hofrat, kommt man da noch in eine öffentliche Sache? Für mich ist es einfach so: Das Alarmierende war der Bericht und ich habe wirklich mit gewissen Leuten auch gesprochen. Also diesen Rückfragen, die man nachher so macht, das scheint mir nicht korrekt, das finde ich heikel. Für mich hat das keine

grosse Relevanz. Darum sage ich eben, wenn man so eine Umfrage macht, dann hätte die schon der Gemeinderat machen müssen und nicht wir. Ihr hätte mir also nicht angemasst, die Umfrage selber zu machen, das ist nicht gut. Herr Schildger ist ein paar Mal angegriffen worden. Er ist heute nicht da. Ich stelle auch noch fest, er hat sich eingesetzt für die Tiere, eben für weniger Tiere mehr Platz. Das hat er durchgeführt. Ihr seht auch, dass auch Fachleute – und das ist wichtig – hier grossen Vorbehalt gegen das neue Konzept haben. Und bei den Kleinen bin ich mir wirklich nicht sicher, das sage ich euch ganz ehrlich. Ihr habt es ja auch mit meiner Tochter und den Käfern erlebt. Ich weiss also nicht, ob das eine glückliche Symbiose ergeben würde. Die Kinder wollen etwas zum Streicheln und es ist klar, sie müssen dann angeleitet werden. Aber mit dem anderen Konzept da habe ich meine grossen Zweifel. Für so ein museales Konzept haben wir das naturhistorische Museum. Merci.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Also, was ich jetzt gehört habe, stellt mir ein bisschen die Nackenhaare zu Berge. Man kann ja nicht als Stadträtin eine Umfrage bei den Mitarbeitenden machen. Es gibt Persönlichkeitsrechte beim Personal. Das geht nicht. Und dass Unzufriedenheit entsteht bei einer Reorganisation, das gehört fast dazu. Aber das heisst noch lange nicht, dass man wegen dem eine Untersuchung machen muss. Es wurden Zahlen genannt, wie die Kündigungen aussehen. Solange man nicht eine Massenkündigung hat, solange man nicht eine massive Steigerung von Krankheitsfällen hat, gehört eine gewisse Unzufriedenheit zu Reorganisationen. Und es bringt, glaube ich, wirklich nichts, wenn man versucht solche ganz normalen Vorfälle in einem Parlament auf operativer Ebene zu lösen. Das ist doch nicht unsere Aufgabe als Aufsicht der Verwaltung.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Für den Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Ich werde mich kurzfassen, auch da ich vorher etwas lang war und nicht auf Schriftdeutsch leider. Ich verweise auf die schriftlichen Unterlagen, ich danke Ihnen auch hier für die Debatte. Zur Frage der Umfrage hat der Gemeinderat keinen Grund gesehen, eine solche Umfrage durchzuführen. Wir sehen auch weiterhin keinen Grund, eine solche Umfrage durchzuführen. Ich bin dran, mich einzuarbeiten. Ich besuche den Tierpark und ich spreche mit allen Mitarbeitenden, bzw. ich habe schon mit allen Mitarbeitenden gesprochen. Ich habe sie alle getroffen und sie wissen alle, dass sie sich auch direkt an mich wenden können, wie auch an die übrigen Mitarbeitenden der Direktion SUE. Es gab aber bisher keinen Anlass, dass sie sich gemeldet hätten. Ich habe mich auch gefragt bei dieser Umfrage von Judith Schenk, ob eine solche Umfrage zulässig ist. Es ist vor allem eine Vermischung natürlich der Ebenen. Es ist eine operative Geschichte, aber das ist eigentlich keine Überraschung. Der Stadtrat kümmert sich gerne um operative Geschichten. Das ist auch nicht schlimm, denn ich arbeite auch gerne auf der operativen Ebene. Aber ich glaube nicht, dass es unzulässig ist und jedenfalls war es ein grosses Engagement und ein grosser Aufwand und insofern kann ich mich Judith Schenk auch bedanken. Aber wie gesagt, wir sehen keinen Anlass für weitere Massnahmen, aber wir sind nahe dran. Ich spreche auch mit allen möglichen Leuten. Ich wollte auch mit Bernd Schildger sprechen, aber er ist in Afrika am Motorradfahren. Ich werde mit ihm sprechen, wenn er zurückkommt. Ich bitte euch, die Motion abzulehnen. Danke.

Präsident: Vielen Dank, wir kommen zur Abstimmung über die Motion als Richtlinie. Wer sie erheblich erklären will, stimmt Grün, wer sie ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 012

2023.SR.0256: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	6
Nein	50
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt die Motion abgelehnt.

2024.SR.0296

7 Interpellation Fraktion GB/JA (Ursina Anderegg, GB/Franziska Geiser, GB): Wann vollzieht der Gemeinderat einen Paradigmenwechsel bei der Pop-Up-Bewilligungspraxis, um nicht länger bestehende Gastro- und Clubbetriebe zu bedrohen?

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 7, Interpellation: Paradigmenwechsel bei den Pop-up-Bewilligungen. Wird hier von den Einreichenden die Diskussion gewünscht? Die Diskussion wird gewünscht. Wir stimmen ab, ob ihr die Diskussion gewährt. Wenn ihr sie gewähren wollt, drückt ihr Grün, wenn ihr sie ablehnt, drückt ihr Rot.

Abstimmung Nr. 013

2024.SR.0296: Diskussion

1/3 Quorum erreicht

Ja	36
Nein	16
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt der Diskussion zugestimmt. Somit erteile ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat das Wort, Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Einreichenden: Diese Interpellation fordert einen Paradigmenwechsel bei der Bewilligungspraxis von Pop-Ups. Wir haben uns erhofft, vom Gemeinderat klare Antworten geliefert zu bekommen, wie in Zukunft Pop-Ups bewilligt werden und was für eine Strategie er dabei verfolgt. Die Antwort zeigt jedoch, dass wir anscheinend nicht die gleiche Auffassung von Nutzen von Pop-Ups haben und der Gemeinderat keinen Handlungsbedarf sieht. Im Namen der Fraktion GB/JA! stelle ich folgend nochmals klar, warum es sehr wohl Handlungsbedarf gibt, und ich möchte die Bedeutung und Nutzung vom öffentlichen Raum thematisieren. Wir haben den Gemeinderat gefragt, wie er mit den Vorwürfen der Gastro- und Club-Szene umgeht, dass Pop-Ups mit der liberalen Bewilligungspraxis bevorzugt werden. Dass der Gemeinderat dort kein Problem sieht, ist wirklich absurd. Gastrobetriebe sagen nicht einfach so, dass der Betrieb bei ihnen weniger gut läuft wegen den Pop-Ups. Wir erwarten, dass der

Gemeinderat künftig die Gastro- und Clubbetriebe einbezieht und berücksichtigt bei der Bewilligung von Pop-Ups. Auch die Vergleiche, die der Gemeinderat sieht, zeigen, dass er sich nicht damit auseinandergesetzt hat, was Pop-Ups für die Gastrobetriebe bedeuten. Pop-Ups müssten anscheinend mehr für die Fläche vom öffentlichen Raum zahlen als die Gastrobetriebe für ihre Aussenbestuhlung. Das mag sein, aber diese Rechnung geht nicht auf, weil Gastrobetriebe zusätzlich Miete zahlen für den Betrieb drinnen. Dazu kommt, dass es eben nicht nur die Betriebe betrifft, die sich neben einem Pop-Up befinden, sondern eben alle Betriebe, weil die Menschen grundsätzlich lieber das Pop-Up wählen, um etwas trinken zu gehen und nicht die Gastrobetriebe. Des Weiteren betont der Gemeinderat in seiner Antwort immer wieder, dass es keinen Konsumzwang gebe, in Pop-Ups und das Mobiliar von allen Menschen genutzt werden darf. Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich nicht die einzige Person bin, die diese Information erst über diese Interpellation erfahren hat. Wenn keine Person weiss, dass es keinen Konsumzwang gibt, dann kommt das auch nicht zur Anwendung und es werden trotzdem Menschen aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Ausserdem funktioniert "kein Konsumzwang" nicht einfach automatisch, indem es auf irgendeinem Papier steht. Pop-Ups senden mit ihrem Auftreten das Signal aus, dass konsumiert werden muss. Sie wirken für Menschen, die nicht konsumieren wollen oder können, nicht einladen und nicht nach einem Ort, wo sie sich einfach hinsetzen können. Das heisst, diese Menschen werden verdrängt und ausgeschlossen, ob es jetzt Konsumzwang gibt oder nicht. Deshalb fordern wir ein Konzept für Freiräume, wo es wirklich keinen Konsumzwang gibt, ohne kommerzielle Nutzungen. Das sind freie Flächen, wo die Menschen entscheiden können, wie sie diese Flächen nutzen.

Pop-Ups verdrängen im Moment immer mehr diese Flächen und stellen somit keinen Mehrwert mehr dar. Der Gemeinderat spricht ausserdem mehrmals davon, dass Pop-Ups dazu dienen, den öffentlichen Raum aufzuwerten und nennt dabei das Aare-Ufer als gutes Beispiel. Das Aare-Ufer ist aus unserer Sicht ein gutes Beispiel für die Übernutzung des öffentlichen Raumes von Pop-Ups und der Beweis, dass es den Pop-Up-Betreiber*innen vor allem um Profit geht und nicht um die Aufwertung des öffentlichen Raumes. Bereits vor den unzähligen Pop-Ups haben sich am Aare-Ufer viele Menschen aufgehalten und konnten den öffentlichen Raum individuell für sich nutzen. Seit der vielen Pop-Ups am Aare-Ufer wurde durch die kommerzielle Nutzung immer mehr von diesem öffentlichen Raum verdrängt und somit auch die Menschen, die vorher diesen Platz genutzt haben und eben nicht konsumieren wollen oder können. Es gibt praktisch keinen Platz mehr am Aare-Ufer, um einfach zu chillen, ein Buch zu lesen oder zu slacklinen, ohne dass es neben einer Hipster-Paletten-Bank stattfindet. Jugendliche sollen ihre wilden Partys, wie sie der Gemeinderat nennt, feiern dürfen und es muss genügend Platz dafür geben im öffentlichen Raum. Diese Menschen und Partys verschwinden auch nicht einfach so, indem ein Pop-up hingestellt wird, sondern sie werden durch das Pop-Up lediglich verdrängt. Das Aare-Ufer ist definitiv genug aufgewertet und wir fordern wieder mehr Freiraum zur individuellen und selbstbestimmten Nutzung des öffentlichen Raumes und dass der Gemeinderat die Bewilligung für Pop-ups am Aare-Ufer drastisch reduziert. Zudem sagt der Gemeinderat einleitend in seiner Antwort, dass es zutrefte, dass die erste Pop-Up-Bar vor über 10 Jahren mit dem Ziel gefördert worden ist, einen unsicheren Ort zu beleben. Dies suggeriert, dass auch der Gemeinderat zugibt, dass dem nicht mehr so ist. Also lieber Gemeinderat, welches Ziel verfolgt ihr mit eurer heutigen Bewilligungspraxis bei Pop-Ups? Was ist der Nutzen, vor allem der Mehrnutzen für die Bevölkerung? Was ist der Nutzen für den öffentlichen Raum? Für uns ist klar, entgegen der Antwort des Gemeinderats, einige wenige Akteure haben in Pop-Ups ihre Goldgrube gefunden und der Gemeinderat unterstützt sie mit

ihrer willkürlichen und liberalen Bewilligungspraxis, diese weiter zu graben. Dabei geht es schon lange nicht mehr darum, sogenannte unsichere Orte zu beleben. Deshalb fordern wir einen Paradigmenwechsel bei der Bewilligungspraxis von Pop-Ups und ein umfassendes Konzept, wie der öffentliche Raum genutzt und gestaltet wird. Der öffentliche Raum soll wieder ein Raum für die Menschen sein und nicht für den Profit. Danke.

Präsident: Dann könnt ihr euch jetzt anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion Mitte und zum ersten Mal am Mikrofon, Nicolas Lutz. Wart noch kurz, bei mir spinnt das System. Jetzt kannst du reden.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Die Pop-Ups sind eine Erfolgsgeschichte. Und wenn man das anschaut, das war auch ein Risiko damals. Man hat das einmal bewilligt mit der Regierung. Das Stadthalteramt hat das auch bewilligt und es belebt die Stadt. Und man kann ja nicht sagen, dass Bern jetzt die Partystadt ist und alles. Nein, es belebt die Stadt und es gibt eben auch Sicherheit und wenn die Pop-Ups ja wieder verschwinden würden, dann wissen wir ja nicht, was dort ist. Und zweitens, es sind dort Unternehmen die Arbeitsplätze schaffen, die Begegnungsorte schaffen und das ist ja eigentlich super. Wir haben eine lebhafte Stadt. Und dort zu behaupten, an der Aare habe es keinen Platz mehr. Also wenn ihr vom Eichholz hinauflauft bis auf Muri, dann hat es sehr viel Platz, dort kann man gut grillieren und dort hat es keine Pop-Ups mehr. Es hat vielleicht 2-3 weiter vorne und daher muss man dort keine Angst haben. Ich möchte auch noch etwas sagen, dass dann sofort der Neid kommt. Da gibt es Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, die etwas machen und es ist überhaupt nicht so – Marc Heeb ist heute hier und kann das auch bestätigen –, dass dort immer die gleichen ausgewählt werden. Nein, es gibt auch Fälle, in denen 2 Unternehmer oder 3, die dort eingegangen haben, zusammen diskutieren und man nachher auch sagt, das ist vielleicht das beste Projekt, also nehmen wir das. Es ist überhaupt nicht so, dass dort nur einer das kann. Und der Gemeinderat soll, wenn die Auflagen schon zu hoch sind für die Gastronomie, dann soll er sie dort senken und sicherlich nicht noch überall erhöhen. Denn wir brauchen ja eine lebhafte Stadt und lebhafte Unternehmen. Und ich möchte noch nur noch etwas zu diesen Pop-Ups sagen: Da wird noch gesagt, dass sie so lange offen haben können, wie sie wollen. Nein, das stimmt überhaupt nicht. Weil zum Beispiel beim Historischen Museum, dürfen sie nur bis um 22.00 Uhr offen haben. Ich habe das selber erlebt. Denn ich bin mit ein paar Leuten, die nicht aus der Schweiz kommen, dorthin gegangen, eine super Technomusik ist gelaufen, und um 22.00 Uhr haben die zugemacht. Die Kunsthalle darf bis um 23.00 Uhr offen haben. Und die Leute haben sich gefragt, warum ist das schon zu? Und dann hat der DJ gesagt: "Ja sorry, wir müssen leider um 22.00 Uhr schon zu tun." Er ist ein Schweizer und ist vor allem in Thailand tätig. Es ist auch logisch, warum er in Thailand tätig ist, denn in Bern macht es wahrscheinlich einfach keinen Spass. Und deshalb möchte ich dem Gemeinderat sagen, lieber noch mehr bewilligen für eine lebhafte Stadt. Denn eines ist auch klar, die Pop-Ups bleiben nur 3 Monate. Im schlimmsten Fall ist halt einmal nicht so toll, dann kann man es im nächsten Jahr anschauen. Und deshalb meine Message an den Gemeinderat, weiter so und eher eine liberale, kulturelle und lebhafte Stadt als immer alles zu verbieten.

Präsident: Merci. Ich bitte auf so Geläster zu anderen Voten zu verzichten, das ist nicht nötig. Als nächstes für die Fraktion FDP, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Die implizierte Fragestellung zeigt auf, dass die Einreichenden ein gefährliches Bild der Gastroszene haben. Es geht ja nicht nur um die Anzahl Pop-Ups, es geht auch darum, dass man statt grosser Veranstalter mit Erfahrung man lieber kleine Kollektive möchte, welche eine nachhaltige Wirtschaftsförderung machen. Aber Achtung, nachhaltige Wirtschaftsförderung ist nicht nur, lokale Produkte zu verkaufen, das ist auch zu gucken, dass diese lokalen Produkte bezahlt werden, und auch die Löhne der Mitarbeiter*innen. Sorry, wenn ich schreibe, dass Pop-Ups dafür gemacht sind, Zitat: "ohne grosses Budget experimentell, kreative und spontane Gastrobewilligungen zu vergeben." Dann ist es Harakiri, dann ist es eine Beleidigung an alle bestehenden und erfolgreichen Gastronom*innen. Gastro ist nicht einfach etwas, was alle können. Gastronom*in ist eine Berufsgattung, den man genauso lernen muss wie viele andere Berufe. Mit falsch gemachtem Gastro wird Jahr für Jahr sehr viel Geld verloren. Die Gastronomie ist nach der Baubranche die mit den zweitmeisten Konkursen. Und die Leidtragenden sind immer die Mitarbeiter*innen, deren Löhne und Sozialleistungen nicht bezahlt werden und Lieferanten, welche auf offenen Rechnungen sitzen bleiben. Ihr verlangt, dass möglichst unprofessionelle Menschen solche Experimente machen, aber ihr bezahlt die Rechnung dann nicht. Auf der anderen Seite gibt es Leute, welche wissen, wie man erfolgreiche Betriebe führt, Wertschöpfung schaffen, Löhne bezahlen und auch Steuern abgeben und die möchten ihr möglichst nicht haben. Diese Interpellation strotzt nur so von Ideologie und schadet Menschen und der Stadt Bern. Die Richtung, in die gefragt wird, zeigt die wahren Absichten der Personen dahinter: Erfolg ist böse und muss behindert werden. Absichten, welche weltfremder nicht sein können. Es macht mir auch Angst, dass die Erstgenannte der Einreichenden inzwischen selber im Gemeinderat sitzt. Aber die Antwort des Gemeinderates spricht zum Glück eine andere Sprache. Wir begrüßen die Antwort des Gemeinderates, welche viele Punkte der Interpellation und deren Begründung relativiert oder korrigiert. Wir anerkennen die Bemühungen des Gemeinderats, ein Gleichgewicht zwischen Pop-Ups und ganzjährigen Betrieben zu erhalten. Das ist nicht leicht und gelingt im Grossen und Ganzen gut. Hier auch ein Lob an die anwesende Gewerbepolizei. Wir teilen die Einschätzung, dass die Pop-Up-Szene eine Erfolgsgeschichte ist, also bitte haltet Sorge dazu, macht sie nicht kaputt und wir danken dem Gemeinderat für die differenzierte und detaillierte Antwort.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Zu Beginn meines Votums möchte ich kurz meine Interessenbindung offenlegen. Ich bin nämlich beruflich als Geschäftsführerin der Bar- und Clubkommission Bern dem kantonalen Nachtleben-Verband tätig. In diesem Votum spreche ich mich jedoch ausdrücklich als Mitglied der GLP-EVP-Fraktion aus. Pop-Ups gehören heute wie selbstverständlich zum Stadtbild von Bern. Sie sind weit mehr als nur temporäre Bars, sie sind Ausdruck eines urbanen Lebensgefühls. Sie schaffen Orte für Begegnungen, Kultur und niederschwellige Gastfreundschaft. Wer an einem Sommerabend durch Bern spaziert, sieht, was sie leisten. Menschen sitzen zusammen, Kinder spielen nebenan, es entsteht eine Atmosphäre, in der man sich begegnet, offen und spontan. Natürlich ist diese Entwicklung nicht frei von Zielkonflikten. Es gibt Spannungen im öffentlichen Raum. Ruhebedürfnisse, Mobilität, Freizeitnutzung, das alles prallt dort aufeinander. Aber diese Spannungen dürfen nicht dazu führen, dass wir innovative Formate von vornherein unterbinden. Unsere Aufgabe ist es, den Rahmen so zu gestalten, dass möglich wird, was vertretbar ist. Und da macht die Stadt Bern aus unserer Sicht einen sehr guten Job. In der laufenden Debatte entsteht der Eindruck, Pop-Ups

würden bevorteilt werden. Diese Behauptung ist nicht belegt und sie greift auch in der Sache zu kurz. Pop-Ups unterliegen klaren und anspruchsvollen Vorgaben. Sie sind zeitlich auf 3 Monate begrenzt. Musik ist in der Regel nicht erlaubt. Der Zugang muss öffentlich bleiben, es gibt keinen Konsumzwang. Das ist nicht nur Auflage, sondern auch eine Chance. Der öffentliche Raum bleibt zugänglich für alle, ob mit Getränken vom Pop-Up oder aus dem eigenen Rucksack. Es ist ein Geben und Nehmen. Die Anbieter*innen bringen Struktur, Licht, Mobiliar und Ordnung und aktivieren damit einen Raum, der sonst leer bleiben würde. Gleichzeitig profitieren sie von der Sichtbarkeit, dem Ort, dem Austausch. Das ist kein Gratisangebot, sondern ein urbanes Miteinander. Auch wirtschaftlich sind Pop-Ups keine privilegierte Spielwiese. Die Nutzung des öffentlichen Bodens kostet. Grosse Pop-Ups zahlen bis zu 45'000 Franken für 3 Monate. Dazu kommen Auf- und Abbau, Personal, Sicherheit, Hygiene und das alles bei völliger Wetterabhängigkeit. Wer bei Regen keinen Umsatz macht, zahlt trotzdem seine Fixkosten. Es steht zudem allen offen, selbst einen Pop-up zu beantragen, auch etablierten Gastronomiebetrieben. Dass Anbieter*innen an bestimmten Standorten wiederholt in Erscheinung treten, ist kein Zeichen von Bevorzugung, sondern ein Hinweis darauf, dass sich das Angebot bewährt hat. Die Verfahren bleiben offen, alle haben die gleichen Chancen, ein Gesuch einzureichen. Wenn ein Betrieb überzeugt, gut einbettet ist und eine breite Akzeptanz mit sich bringt, dann spricht nichts dagegen, dass er erneut zum Zug kommt. Die Stadt unterscheidet zu Recht zwischen Pop-Ups auf öffentlichem Grund und Zwischennutzungen in Innenräumen. Erste sind klarzeitig limitiert. Längere Nutzungen in Innenräumen benötigen eine ordentliche Betriebsbewilligung und unterliegen dann den gleichen Regeln wie die anderen Gastronomiebetriebe. Nachhaltigkeit ist für uns ein zentrales Anliegen, auch in der Gastronomie. Wir begrüßen es ausdrücklich, wenn Anbieter*innen auf die lokalen Produkte und ressourcenschonenden Konzepte setzen. Viele tun das bereits heute aus Überzeugung und weil es zum Erfolg beiträgt. Was wir jedoch nicht unterstützen, sind neue Vorschriften und zusätzliche Auflagen im Stil von Pflichtkatalogen. Wir setzen auf Motivation, Transparenz und faire Rahmenbedingungen, nicht auf Verbote oder Zwänge. Denn Innovation braucht Spielraum, nicht Einschränkung. Auch die Vorstellung, die Stadt müsse festlegen, welches Angebot richtig ist, geht für uns in die falsche Richtung. Es gibt eine Nachfrage. Die Menschen wollen draussen sein, sich frei bewegen, Neues ausprobieren. Unsere Aufgabe als Politiker*innen ist es, faire Rahmenbedingungen zu schaffen, nicht Geschmacksurteile zu fällen. Wir wollen eine Stadt, die offen bleibt für Neues, für Vielfalt, für Ideen, für temporäre Formate. Eine Stadt, die sich traut, Dinge zuzulassen, statt aus Angst zu verhindern und vor allem eine Stadt, die lebt. Für uns heisst das möglich machen, was geht, verantwortungsvoll, transparent und offen für alle.

Präsident: Merci, es wird ziemlich unruhig im Saal. Ich weiss, es ist 21.50 Uhr, wir sind jetzt erst bei Traktandum 7 – aber ich bitte euch, um Ruhe –, es geht noch 37 Minuten. Merci, für die Fraktion SP-JUSO, Nadine Aebischer.

Nadine Aebischer (SP) für die Fraktion: Wir danken der Fraktion GB/JA! für das Einreichen dieser Interpellation. Die Diskussion um Pop-up-Betriebe auf öffentlichem Grund ist wichtig und sie berührt zentralen Fragen zur Nutzung unseres öffentlichen Raums, zur Förderung lokaler Initiativen und zur Rolle der Stadtentwicklung. Pop-Ups können Räume beleben, wo sonst Leere herrscht. Sie schaffen temporäre Orte der Begegnung, der Kultur, des Austauschs und manchmal auch einfach des Verweilens mit einem Getränk am Ort mit wenigen Angeboten. Sie können niederschwellige, konsumfreie Aufenthaltsräume bieten. Pop-ups sollen weiterhin Platz haben in Bern. Sie dürfen

aber nicht zu Verdrängung führen, schon gar nicht dort, wo Menschen ihren Lebensmittelpunkt auf der Strasse haben. Pop-ups müssen Teil eines gemeinschaftlichen, inklusiven Stadtraums sein, nicht dessen Gegenteil. Wir anerkennen, dass der Gemeinderat klare Kriterien formuliert hat, um sowohl die Belebung des Stadtraums zu ermöglichen als auch eine ausgewogene Nutzung zu gewährleisten. Die zeitliche Beschränkung der Bewilligungen und die begrenzte Anzahl an Gesuchen zeigen, dass der Gemeinderat bewusst darauf achtet, das öffentliche Interesse zu wahren und Raum für vielfältige Nutzung offen zu haben. Trotzdem möchten wir einige kritische Punkte zur Umsetzung ansprechen. Es ist zentral, dass der öffentliche Raum öffentlich bleibt, und zwar für alle. Pop-ups sollten zur Vielfalt beitragen, nicht zur Verdrängung. Wir sehen mit Sorge, dass einzelne grosse Anbieter*innen überproportional oft berücksichtigt werden, sei es durch finanzielle Mittel, logistische Ressourcen oder eingespielte Prozesse. Die Aussage des Gemeinderats, dass sich alle bewerben können, ist formell korrekt, doch in der Praxis scheitert es für kleine oder neue Initiativen oft schon an der Hürde, überhaupt ein Gesuch einzureichen. Ressourcen, Erfahrung und Know-how entscheiden mit über den Zugang und damit droht sich eine faktische Ungleichheit einzuschleichen, selbst wenn die Kriterien transparent sind. Wenn immer wieder dieselben Anbieter*innen zum Zug kommen, stellt sich die Frage, wie ernst wir Vielfalt und Niederschwelligkeit nennen. Es wäre deshalb wichtig, bestehende Strukturen zu hinterfragen und über Wege nachzudenken, wie ein breiterer Zugang aktiv gefördert werden kann, etwa durch gezielte Unterstützung, Beratung oder transparente Feedback-Prozesse. Auch der Hinweis, dass bei überversorgten Orten wie dem Kornhausplatz genau hingeschaut wurde und werden soll, ist ein gutes Zeichen. Wir begrüssen, dass der Gemeinderat Entwicklungen wahrnimmt und differenziert reagiert. Ein Mittelweg ist möglich, einer, der Pop-Ups als Chance für gemeinschaftliche Nutzung versteht und nicht als Konkurrenz oder Ersatz für bestehende Angebote. Einer, der Vielfalt nicht nur erlaubt, sondern aktiv fördert und einer, der auch Menschen ohne Konsumabsicht oder mit wenig Ressourcen Platz einräumt. Dass dabei kein Konsumzwang besteht, ist zentral. Wir würden uns wünschen, dass diese Konsumfreiheit auch sichtbarer kommuniziert wird. Wir möchten dem Gemeinderat ermutigen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen mit einem noch stärkeren Augenmerk auf Zugangsgerechtigkeit, auf Vielfalt und auf die soziale Funktion des öffentlichen Raums. Denn letztlich geht es um mehr als nur um Bewilligung und Liegestühle. Es geht um die Frage, wem gehört die Stadt, wer hat Zugang und wie gestalten wir Räume, die für alle offen sind.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Carola Christen.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Besten Dank an die Interpellantinnen und Interpellanten, besten Dank auch an den Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Wir von der GFL-Fraktion sehen einige Antworten eher kritisch. So verneint der Gemeinderat in seinem Bericht, dass nur wenige Player das Pop-Up-Geschäft dominieren. Das entspricht jedoch nicht der erlebten Realität in Bern, wo über Jahre hinweg dieselben Namen an denselben Orten oder gar an mehreren Orten immer wieder auftauchen. Auch wenn formell keine Bevorzugung besteht, führt faktisch die Kombination aus Erfahrung, Infrastruktur und insbesondere Kapital dazu, dass genau dieselben Akteure regelmässig zum Zuge kommen. Wer einmal erfolgreich ein Pop-up betrieben hat, hat ganz klar bessere Chancen auf eine erneute Bewilligung. Das läuft der ursprünglichen Idee, einen niederschweligen Zugang, Vielfalt, Experimentierfreude etc. etwas zuwider. Auch relativiert der Gemeinderat die Konkurrenz für klassische Betriebe in seinem Bericht klar. Mit dem Hinweis auf die geringe Anzahl an Pop-Ups, also dass 10 Pop-

Ups gegenüber 850 Gastrobetrieben, erscheint uns als eine etwas ganz gar einfache Rechnung. Dabei wird beispielsweise die lokale Konkurrenzsituation ausgeblendet, etwa wenn ein Pop-Up direkt neben einem festen Betrieb entsteht und deren Gäste abzieht. Auch werden die strukturellen Vorteile, Flexibilität, langfristige Verpflichtungen sowie nur ein kurzfristig verfügbares Angebot, was ganz klar einen Anreiz für die Konsumierenden darstellt, vom Gemeinderat ausgeblendet. Das stellt ganz klar einen unfairen Wettbewerbsvorteil dar. Es stellt sich daher zur aktuellen Zeit in der Tat die Frage, was ist der Wille, was ist das Ziel vom Gemeinderat mit der Bewilligungspraxis? Ist es das Ziel, die Stadt zu beleben, unsichere Plätze zu belegen, Vielfalt zu erstellen? Merci.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion finden, dass es beides braucht. Es braucht Betriebe, die fix sind, ganzjährig, und es braucht eben auch Betriebe, die temporär sind. Was natürlich schlecht ist, wenn man zum Beispiel jetzt neben dem Restaurant Marzilibrücke links und rechts so ein Pop-up öffnet. Da ist mir ganz klar, dass der Betreiber des Restaurants verärgert ist, und dass das Restaurant, das eigentlich das ganze Jahr Dienstleistung im Gastronomiebetrieb gewährleistet, in den besten Monaten konkurrenziert wird und Kunden abgezogen werden. Deshalb ist es eigentlich wichtig, dass man schaut, situativ, punktuell, ob es Sinn macht oder Unsinn ist oder eben jemand konkurriert oder jemand verärgert. Aber grundsätzlich gegen ein Pop-Up sein und das verbieten, das finden wir schlecht. Denn im Eichholz oder sonst einem Ort, wo man vielleicht nicht gerade etwas konsumieren kann, kann es eine Win-Win-Situation sein. Deshalb ganz einfach gesagt, die Medaille hat zwei Seiten. Ja, für Pop-Up, vor allem, wenn man nicht konkurrenziert und nicht verdrängt und weiterhin gleich lange Spiesen für Jahresbetriebe, die weiterhin auch nachher im Winter da sind und im Winter die Gastronomiedienstleistungen wahrnehmen. Besten Dank.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Rat? Für ein Einzelvotum, Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Eine kleine kurze Geschichte in drei Akten: Es ist Sommer 1990, ein Montagabend an der Aare, vielleicht noch etwas trinken. Die Marzilibrücke, die ist zu am Montagabend, die Dampfzentrale ebenfalls, die Nutzung ist nicht ganz geklärt, der Kessel auch, der Gaskessel und das Zaffaraya, das wurde gerade geräumt. Es ist still an der Aare, man hört den Fluss und ab und zu mal ein Auto. Schnitt: 2024, wieder ein Sommerabend, warm, ich will spontan etwas trinken. Park am Wasser, Pop-Up, sehr voll, keine Chance. Marzilibad, Stadt Gastro, schliesst um 20 Uhr. Ein Glück, dass es nicht Bürozeiten sind. Dampfzentrale, privat, sehr voll. Aarebar, Pop-up, sehr voll, keine Chance. Dählhölzli-Restaurant, Stadt mit privaten Pächtern geschlossen. Grottino, Pop-Up, voll, keine Chance. KA-WE-DE, Stadt Bern zu und GB/JA! fragt uns jetzt ernsthaft, was der Mehrwert von Pop-Ups ist, ernsthaft. Gehen wir zurück in die 1990er-Jahre – übrigens in der Stadt Bern noch der "4er mit". Damals musste man im Kanton Bern als Gastronom einen Nachweis für die Nachfrage erbringen, bevor man eine Bewilligung erhält. Ich frage mich ernsthaft, wollen Sie "Back to the Future", wollen Sie zurück in die 90er Jahre, in die Zeit des "4er mit", als es in Bern noch schön still war? Merci.

Präsident: Vielen Dank, wenn es keine weiteren Voten gibt, hat der Gemeinderat das Wort. Für den Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für diese Diskussion. Die Meinungen gehen auseinander, die Wahrnehmungen auch. Vermutlich liegen die Wahrheiten in der Mitte. Wir bleiben bei unseren Bedingungen. Wir setzen nicht Ziele, sondern wir haben klare Anforderungen und Bedingungen. Wir wollen diese Anforderungen und Bedingungen auch weiterhin umsetzen. Zugänglichkeit ist uns wichtig. Pop-Ups, es ist nicht eine. Die Pop-Ups, die bezahlen. Alle Pop-Ups bezahlen Gebühren. Also das ist nicht eine Gunst, die wir ihnen gewähren, sondern das ist eine Möglichkeit, die sie haben, aber sie müssen ihre Gebühren bezahlen. Ich kenne viele kleine Pop-Ups, es gibt das Malso, es gibt die Aarebar, es gibt das Trybhouz, Parkonia, das ist auch eine kleine Gruppe, das sind hervorragende Pop-Ups. Es gibt, das stimmt, die grossen Pop-Ups, aber die bespielen vor allem die schwierigen Räume. Der Ringgenpärkli war schwierig. Da ist die Oscar Elch gekommen. Die Grosse Schanze war schwierig. Da ist Peter Flamingo gekommen. Diese Pop-Ups haben tatsächlich diese Wirkung gehabt und haben sie noch immer, weil wenn sie nicht da wären, dann hätten wir wieder Unsicherheitsräume und deswegen denke ich, sind auch diese Pop-Ups weiterhin angebracht. Wir bleiben aufmerksam. Ich glaube, das ist die Erwartung, die ich gespürt habe. Wir müssen aufmerksam bleiben, wir müssen darauf achten, dass die Bedingungen eingehalten werden, das werden wir tun. Marc Heeb ist auch hier für unsere Versicherung, er wird sein Auge draufhaben, und ich werde mein Auge auch draufhaben. Aber so kommt es gut. Danke für die Diskussion. Wenn ihr Wünsche habt, dann macht eine Motion, dann werden wir in der Motion über konkrete Forderungen diskutieren. Merci.

Präsident: Merci, ich halte fest, die Einreichenden sind mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden.

2024.SR.0172

8 Postulat Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner/Ursula Stöckli/Oliver Berger (FDP): Dauer des Baubewilligungsverfahrens halbieren!

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 8, das ist ein Postulat: Die Dauer der Baubewilligungsverfahren halbieren. Ist dieses Postulat bestritten? Es ist bestritten. Dann haben die Einreichenden das Wort. Ich erteile das Wort für die Einreichenden an Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Einreichenden: Heute ist es ein reichhaltiges Potpourri, von Kindern über Tiere, über die Bar, über Demo und jetzt am Schluss noch der Brüller, Baubewilligungsverfahren. Eine richtige Seifenoper. Ich halte das Votum für die Einreichenden und gleichzeitig auch das Fraktionsvotum. Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung von unserem Postulat und für die Empfehlung zur Annahme im Rat. Wir begrüssen, dass der Gemeinderat das Baubewilligungsverfahren weiter verbessern und beschleunigen will. Das verbessert nämlich die Rahmenbedingungen für die Schaffung von neuem Wohnraum und von Gewerbeflächen. Trotz dem positiven Grundtenor sehen wir immer noch Luft gegen oben. In der Phase 1, bei der Erfassung der einfachen Baugesuche ist man von durchschnittlich 30 auf 17 Tage Durchlaufzeit runtergekommen, aber weitere Vereinfachungen und durchgängigere Prozesse würde das auch

noch weiter verkürzt werden können. Das Gleiche gilt übrigens auch für die Phase 4, in der man sich halt überlegen muss, wie man die Spitzen brechen kann im Bewilligungs- und Entscheidungsverfahren. Zu guter Letzt der Hinweis, dass man zum Mittelfeld der Vergleichsgemeinden gehöre, ist zwar nachvollziehbar. Aber der Anspruch müsste doch sein, hier – entgegen dem langsamen und beschaulichen Bern – zu den Besten, effizientesten und schnellsten zu gehören. Die Fraktion FDP nimmt das Postulat an und ebenfalls den Prüfbericht. Wir danken für die Beantwortung des Vorstosses und auch für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion SP/JUSO, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Ich möchte erst einmal den Einreichenden danken für diesen Vorstoss. Wir finden es gerade in Zeiten des Wohnungsmangels in der Stadt Bern und der ganzen Schweiz wichtig, sich auch immer wieder Gedanken darüber zu machen, ob denn die Bürokratie hier noch optimiert werden kann. Deshalb werden wir das Postulat gerne annehmen und dann gleich auch den Prüfungsbericht, den wir ziemlich umfangreich und sinnvoll finden. Die Antwort des Gemeinderates zeigt dann ja auch auf, dass aufgrund kantonaler Bestimmungen, aber auch rechtsstaatlicher Erwägungen und Vorschriften sowie relevanter Prozesse eigentlich gar kein Optimierungsbedarf mehr vorhanden ist. Ebenfalls gilt es zu bedenken, dass die Medianbaubewilligung in der Region Bern gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie bei 88 Tagen liegt. Das mag nach viel klingen, ist aber im Vergleich mit anderen Städten in der Schweiz ziemlich tief. Die Antwort zeigt aber eben auch, dass es einige kantonale Regelungen gibt, die durchaus verbesserungswürdig wären, zum Beispiel die digitalen Unterschriften, die im Baubewilligungsverfahren leider noch nicht zulässig sind. Vielleicht könntet ihr von der FDP, im Grossen Rat, der auch hier tagt und wo ihr eher eine Mehrheit findet als wir, da mal etwas dazu einbringen. Bedauerlich finde ich es aber eigentlich schon, dass sich die FDP in der ganzen Schweiz und auch im Wahlkampf immer wieder auf diese Bauordnungen und Baubewilligungsverfahren, insbesondere in den Städten einschiesst. Dabei krankt es doch eigentlich in der Bauwirtschaft schon irgendwie an allen Ecken und Enden und insbesondere müssen wir dann eben auch den Kanton in die Pflicht nehmen, wenn einerseits Einsprüche gegen Baubewilligungen, andererseits aber auch die Planungsbewilligungsverfahren sich über Jahre hinziehen beim Kanton oder bei den Gerichten. Dann ist mir auch ziemlich klar, warum das Bauen nicht wirklich vorwärtsgeht. Es liegt aber sicherlich auch bei den Planungsverfahren in der Stadt Bern nach Optimierungsbedarf, den wir, glaube ich, schon auch anschauen müssten. Gleichzeitig dauert dann aber auch die Immobilienentwicklung durch Private sehr lange, wenn sie denn überhaupt rechtzeitig angegangen werden. Ich denke da zum Beispiel über ein kürzlich in den Medien diskutiertes Abrissgesuch in Holligen für ein Haus, das schon seit ganz vielen Jahren leer steht und wo der Baustart erst in 4 Jahren erfolgen soll. Da würde jetzt also eine Beschleunigung des Baubewilligungsverfahrens gar nichts mehr bringen. Darum bitte ich euch, dass ihr die Sache vielleicht ein wenig nicht nur im Wahlkampf anschaut und auch nicht nur auf die Stadt schiesst, weil wir wirklich mehr Wohnungen brauchen in der Stadt und in der Region Bern, weil wir aber gerade bei den Baubewilligungen doch eigentlich schon ziemlich gut dastehen. Besten Dank.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion SVP, Stephan Ischi.

Stephan Ischi (SVP) für die Fraktion: In diesem Rat haben wir schon einige Male über die Wohnungsnot und über die zu hohen Mieten in der Stadt Bern debattiert. Als Lösung will man das Problem mit noch mehr Bürokratie, beispielsweise der Mietzinskontrolle oder anderen marktfernen und eigentumsfeindlichen Massnahmen entgegnen. Ein weiterer Schuss in den Ofen sind nach wie vor der Verkauf dieser bestehenden Immobilien durch den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Damit wird nämlich keine einzige neue Wohnung gebaut und auf den Markt gebracht. Also nachweislich gibt es keine Entlastung. Wollen wir also wirklich etwas gegen die Wohnungsnot machen oder moderate Mieten? Ich habe es bereits erklärt, da müssen wir das Angebot erhöhen, indem wir mehr Wohnungen bauen. Ihr erinnert euch an mein Votum und meine Erklärung der ökonomischen Preisfunktion, die auch in der rot-grünen Stadt funktioniert, Angebot und Nachfrage. Soweit mein Ausholen. Wenn wir also mehr bauen wollen, dass aber im Wesentlichen am Bauprozess harzt, haben wir doch eigentlich genau herausgefunden, wo wir es ansetzen müssen, um eine Entlastung im Miet- und Immobilienmarkt zu erreichen. Also bitte keine Ausreden wie „der ist schuld“ oder „der Kanton sagt es anders“ oder „irgendwie geht es nicht“ usw. Solche Aussagen zeigen eine Ambitionslosigkeit und lassen eine signifikante Gleichgültigkeit vermuten. Es führt einfach so nicht zum Ziel. Wir müssen den Bau von Wohnungen natürlich am liebsten via Verdichtung auf einfachstem Weg vorantreiben können. Danke vielmals für all die Statistiken, die gekommen sind. Statistiken sind immer so gut, wie man sie selbst gefälscht hat. Glaubt mir, ich habe sehr viel Kontakt mit Immobilienentwickler, es ist aktuell so, dass Entwicklungsbüros, im Moment mehr Aufwand mit Bewilligungsprozessen als mit dem eigentlichen Zeichnen und Bauen der Wohnungen haben. Wirklich, viele grosse, für Bern wertvolle Projekte, das sagt man mir zu mindestens, sollen irgendwo in den Stuben der Bürokratie verstauben. Man spricht – und das rede ich aber jetzt wirklich nur nach – von mutwilligem Kalkül, dass man das so verzögern kann. Liebe Anwesende, es geht wirklich nicht anders, als den Baubewilligungsprozess zu entschlacken, zu vereinfachen und schneller zu machen. Besten Dank.

Präsident: Merci. Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP), Einzelvotum: Ich möchte kurz auf dieses Votum reagieren. Mir ist es überhaupt nicht gleichgültig, wie schnell in dieser Stadt gebaut wird. Das Problem ist einfach, dass es nicht um die Baubewilligungen geht. Wenn ihr nämlich die Motionsantwort lest, dann seht ihr, dass es da ziemlich wenig Optimierungsbedarf gibt. Das Problem ist doch, dass Planungsverfahren sich über Jahre hinziehen, ob die Stadt oder Kanton oder Private schuld sind, am Ende sind es alle zusammen. Aber bei den Baubewilligungen, und deshalb spreche ich hier von einer ideologischen Sache mit dem Vorstoss, bei den Baubewilligungen ist das nicht das Problem. Bei den Baubewilligungen gibt es kurze Fristen, die eingehalten werden müssen, es gibt eine kurze Bearbeitungszeit, das steht in der Antwort drin. Deshalb insistiere ich hier, es gibt einfach sehr wenig Optimierungsbedarf, wenn es keine Einsprachen gibt. Bei den Planungsverfahren ist das eine andere Geschichte, aber das müssen wir auseinanderhalten in dieser Diskussion.

Präsident: Merci, dann für den Gemeinderat, wenn er reden möchte, für den Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank, das Postulat wurde beschritten. Aber jetzt habe ich nur gehört, dass eigentlich hinter dem Komma gewisse Differenzen

bestehen. Aber grundsätzlich besteht eine grosse Einigkeit, dass Handlungsbedarf besteht, dass man sensibel sein muss. Danke auch, dass ihr uns immer wieder darauf aufmerksam macht, dass man das beschleunigen muss. Bei mir rennt ihr voll offene Türen ein. Natürlich will ich auch das beschleunigen, denn ich finde auch, dass das Verfahren zu lange geht. Wir müssen die Verfahren entschlacken. Wir haben eine grosse Aufgabe vor uns, wir stehen vor einer Bauordnungsrevision. In dieser Bauordnungsrevision gibt es viele Forderungen, was man alles auch noch machen soll im Baubewilligungsverfahren und gleichzeitig soll es dann noch rascher gehen. Das ist eine Quadratur des Zirkels. Wir stellen uns auch dieser Aufgabe, aber da haben wir eine grosse Aufgabe vor uns. Ich freue mich, wenn ihr euch an dieser Aufgabe, der Lösung dieser Aufgabe beteiligt und unterstützt, damit wir einen Schritt vorwärtskommen und dass diese Verfahren tatsächlich rascher gehen. Ich mache alles, was man tun kann. Wenn jemand eine gute Idee hat, kommt auf uns zu. Wir versuchen das, das Bauinspektorat ist voll motiviert, sich dort einzulassen und zu steigern und zu verbessern. Wir nehmen jede Idee auf und versuchen sie umzusetzen, wenn sie umsetzbar ist. Merci.

Präsident: Gut, somit stimmen wir ab über das Postulat. Wer es erheblich erklären möchte, stimmt Grün, wer es ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 014

2024.SR.0172: Erheblicherklärung

Annahme

Ja	50
Nein	14
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Somit stimmen wir darüber ab, ob ihr die Antwort des Gemeinderates als Prüfungsbericht annimmt oder nicht. Wer ihn annimmt, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 015

2024.SR.0172: als Prüfungsbericht

Annahme

Ja	65
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Prüfungsbericht einstimmig angenommen.

2022.SR.000229

9 Postulat Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich/Tanja Miljanovic, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Energieschub für individuelle Heizkostenabrechnungen!

Gemeinsame Beratung der Traktanden 9 und 10.

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden 9 und 10, die wir gemeinsam behandeln. Die Richtlinienmotion Traktandum 10 ist bestritten. Ich frage in die Runde, ist das Postulat, Traktandum 9 bestritten? Das ist auch bestritten. Somit haben die Einreichenden das Wort. Tanja, sprichst du direkt als Einreichende von beiden Vorstössen? Nein, dann sprichst du zuerst als Einreichende des Postulats, Traktandum 9. Wir müssen zuerst die Einreichenden, also zuerst Einreichende 9, Einreichende 10, dann Fraktionsvoten.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Einreichenden: Entschuldigung, leichte Verwirrung. Also ich habe jetzt ein Votum vorbereitet für beides zusammen, jetzt trenne ich das auseinander. Genau, fangen wir mit dem Postulat zur individuellen Heizkostenabrechnung an. Dass Mieter*innen nur für die Energie bezahlen, die sie tatsächlich verbrauchen, sollte selbstverständlich sein. Doch in Bern wird vielerorts noch immer pauschal abgerechnet mit absurden Fehlanreizen. Wer sorgsam heizt, zahlt genau gleich viel wie jemand, der die Wohnung zur Sauna umfunktioniert. Das ist nicht nur ökologischer Unsinn, sondern schlicht unfair. Deshalb begrüßen wir, dass der Gemeinderat das Postulat erheblich erklären will. Es braucht endlich klare Vorgaben, damit Heizenergie gerecht und effizient genutzt wird. Darum bitten wir euch, uns hier zu folgen und das Postulat erheblich zu erklären.

Präsident: Merci. Barbara Keller für die Einreichenden der Richtlinienmotion, Traktandum 10.

Barbara Keller (SP) für die Einreichenden: Es gibt Menschen, die in Armut leben müssen und die steigenden Preise machen ihre Situation unerträglich. Ich habe euch letztes Mal hier ein Beispiel erzählt einer 85-jährigen Rentnerin, die in den Wintermonaten nicht geheizt hat und das Licht nicht benutzt hat, weil sie Strom- und Heizkosten sparen wollte. Ich hoffe, ihr erinnert euch. Es gibt aber zahlreiche weitere solche Beispiele, zum Beispiel eine junge Mutter, die sich entscheiden muss, ob sie eben die Stromrechnung zuerst bezahlen will oder ihr Kind in ein Ferienlager schicken will. Diese Beispiele stammen nicht von irgendwo, diese Beispiele stammen aus dem Kanton Bern. Nun, wir halten an der Motion fest, weil es uns ein wichtiges Anliegen ist, dass der Gemeinderat weiterhin aktiv auf den Kanton einwirkt, um die Lebensbedingungen der betroffenen Haushalte in unserer Stadt zu verbessern. Besonders betroffen sind Haushalte mit geringen finanziellen Mitteln. Die Teuerung trifft diese Menschen besonders hart. Beispielsweise sind die Strompreise im Schnitt um 27% gestiegen, das heisst Mehrkosten von durchschnittlich 261 Franken für eine vierköpfige Familie. Für einige nicht viel, für andere massiv, ja sogar existenzbedrohend. Diese dramatischen Preissteigerungen spüren vor allem die Menschen, die ohnehin schon am Rande des Existenzminimums leben. Diese Haushalte geben einen Grossteil ihres Einkommens für die grundlegenden Lebenshaltungskosten aus und haben keine Möglichkeit, Mehrkosten aufzufangen. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort: "Die Entlastung der armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Personen kann nicht durch die EWB wahrgenommen werden, sondern muss letztlich durch die zuständigen Stellen der Stadt umgesetzt werden." Lieber Gemeinderat, dann bitten wir euch, darauf hinzuarbeiten, dass alle Menschen Zugang zu Strom haben. Niemand sollte im Dunkeln sitzen müssen, nur weil er oder sie die Stromrechnung nicht bezahlen kann. In der Antwort des Gemeinderates ist der ganze Prozess aufgeführt, der in Gang gesetzt wird, bevor der Vorkassenzähler installiert wird. Es wird auch schon erwähnt, dass Personen immer rechtliche Schritte dagegen einleiten könnten. Da muss ich einfach sagen, dass der Gemeinderat die Realität von Personen in

wirklich prekären Lebenssituationen erkennt. Um juristisch gegen etwas vorzugehen, braucht es Know-how der Prozesse, es braucht Zeit und Nerven, es braucht Geld. Einige scheitern bereits am sprachlichen Verständnis des Anliegens, was sie jetzt überhaupt machen sollen. Aber selbst, wenn all diese Punkte gegeben sind, diese Menschen drehen jeden Rappen dreimal um, bevor sie ihn ausgeben. In Armut zu leben, bedeutet einen ständigen, ja sogar täglichen Kampf. Da nebenbei noch die Nerven zu haben, juristisch gegen einen Vorkassenzähler vorzugehen, ist schlichtweg ironisch. Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Strom muss gesichert sein und das ohne irgendwelche bürokratischen Hürden. Einen Energiekostenzuschlag für armutsgefährdete und armutsbetroffene Personen, wie sie der Gemeinderat prüfen will, würden wir sehr befürworten. Zudem muss die Sozialhilfe auf die steigenden Lebenshaltungskosten reagieren. Das bedeutet, dass Mietnebenkosten vollständig übernommen werden müssen, auch wenn sie die festgelegten Limiten überschreiten. Und nicht nur in der Regel.

Auch die SKOS-Richtlinien-Empfehlungen sagen, dass die Energiekosten im Grundbedarf einzurechnen sind. Der Gemeinderat stellt richtig fest, dass es ein Problem ist, dass der Grundbedarf im Kanton seit 2011 nicht mehr der Teuerung angepasst wurde. Hier erwarten wir vom Gemeinderat, dass er weiterhin aktiv darauf hinwirkt, dass sich das ändert. Darüber hinaus soll sich der Gemeinderat dafür stark machen, dass der Kanton Bern endlich Prämien-Verbilligungen aufstockt. Gerade in den jetzigen Zeiten muss der Kanton Verantwortung übernehmen und den steigenden Krankenkassenprämien für die Betroffenen abfedern. Wir möchten, dass sich der Gemeinderat weiterhin im Namen der betroffenen Menschen für soziale Gerechtigkeit einsetzt und sich nicht mit den bestehenden Regelungen zufriedengibt, die die ohnehin schon belasteten Haushalte weiter ins Abseits drängen. Wir müssen dafür sorgen, dass der Zugang zu Strom, Gesundheitsversorgung und grundlegenden Lebensmitteln für alle gesichert bleibt. Deshalb halten wir auch an der Motion fest. Sie ist eine klare Aufforderung, auf allen Ebenen aktiv darauf hinzuarbeiten, den sozialen Druck zu mindern und für diese Menschen eine spürbare Entlastung zu schaffen. Herzlichen Dank, dass ihr uns dabei unterstützt.

Präsident: Merci, ihr könnt euch jetzt anmelden für Fraktionsvoten. Und wenn mir jemand einen Gefallen machen möchte, einen Ordnungsantrag zu stellen, um dieses Traktandum noch fertig zu machen, wäre ich nicht undankbar und sonst wäre das Votum von Chantal Perriard das letzte für heute. Für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Kurz mal zuerst etwas zum Traktandum 9. Die Mehrheit der FDP-Fraktion unterstützt das Anliegen des Postulats und wird dessen erheblich Erklärung zustimmen. Eine verbrauchsabhängige Heiz- und Warmwasserabrechnung ist aus unserer Sicht nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch ökonomisch fair. Sie schafft Transparenz, belohnt sparsames Verhalten und setzt endlich das Verursacherprinzip um, ein zentrales Prinzip, das wir als FDP ausdrücklich unterstützen. Es ist unbefriedigend, dass dieses System in Altbauten bisher kaum zum Tragen kommt. Gerade dort liegt oft noch grosses Einsparpotenzial und es ist richtig, dass hier mit verhältnismässig einfachen Mitteln rasch Fortschritte erzielt werden könnten. Anders als aufwendige Gebäudesanierungen lassen sich Zähler- und Abrechnungssysteme kurzfristig und kosteneffizient installieren. Wir begrüssen es zudem, dass der Vorstoss nicht auf Zwang, sondern auf Förderung und Dialog setzt. Es geht darum, gemeinsam mit Gebäudebesitzenden und Verwaltungen Wege zu finden, wie mehr Ener-

gieceffizienz und Fairness bei der Abrechnung erreicht werden können, auch ohne insbesondere bei den städtischen Liegenschaften. Hier darf die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen. Gleichzeitig möchten wir daran erinnern, dass Eingriffe in bestehende Mietverhältnisse mietrechtlich sorgfältig abgeklärt werden müssen, insbesondere was Kostenüberwälzung und Investitionsanreize betrifft. Auch das muss Teil der Prüfung durch den Gemeinderat sein. Die FDP-Fraktion sieht in diesem Postulat einen konstruktiven und praxistauglichen Ansatz, um mit gezielten Massnahmen kurzfristig Wirkung beim Energiesparen zu erzielen. Wir danken den Postulantinnen und Postulanten für den Vorstoss und dem Gemeinderat für seine Bereitschaft, diesen weiterzuverfolgen. Vielen Dank.

Was das Traktandum 10 anbelangt: Die FDP-Fraktion anerkennt die finanziellen Herausforderungen, die sich für einkommensschwache Haushalte infolge der Teuerung, der steigenden Energiepreise und Krankenkassenprämien ergeben. Die soziale Abfederung solcher Härtefälle ist uns wichtig, aber sie muss gezielt wirksam und rechtlich fundiert erfolgen. Die Motion verlangt, dass der Gemeinderat EWB das Abstellen des Stroms verbietet und auf eine Abschaffung des Vorkassenzählersystems hinwirkt. Diese Forderung ist aus unserer Sicht unverhältnismässig und missachtet die Rechtslage. Die EWB handelt auf Basis klar definierter gesetzlicher Grundlagen und der Installationsprozess eines Vorkassenzählers ist langwierig, rechtsstaatlich korrekt und durch zahlreiche Verfahrensschritte abgesichert. Auch ist die EWB keine Sozialbehörde. Sozialpolitische Massnahmen sind Aufgabe der Stadt, nicht einer selbstständigen Gemeindeunternehmung. Wir nehmen mit Interesse zur Kenntnis, dass die EWB prüft, die Rückzahlungsfrist für Installationskosten zu verlängern und in Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst individuelle Lösungen ermöglicht. Solche pragmatischen Ansätze begrüssen wir. Hinsichtlich der Mietnebenkosten und der Übernahme durch die Sozialhilfe ist festzuhalten, dass diese bereits heute im Rahmen der bestehenden Richtlinien übernommen werden. Heizkosten etwa sind enthalten. Die Forderung nach einer vollständigen Kostenübernahme ist damit bereits erfüllt. Die eigentliche Herausforderung liegt beim stagnierenden Grundbedarf. Dass der Kanton Bern nun endlich eine Anpassung in Aussicht stellt, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir danken dem Gemeinderat für seine umfassende Antwort und beantragen, die Motion abzulehnen. Besten Dank.

Präsident: Merci. Ich habe einen Ordnungsantrag. Ich muss dich noch kurz anmelden. Ordnungsantrag Gabriela Blatter. Bei mir streikt die Anlage. Moment, ich kann dir das Wort nicht erteilen. Jetzt.

Gabriela Blatter (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich stelle den Ordnungsantrag, dieses Traktandum noch fertig zu verhandeln und entsprechend die Sitzung zu verlängern, bis das Traktandum abgeschlossen ist.

Präsident: Wir stimmen darüber ab.

Antrag

Ordnungsantrag

Die Traktanden 9 und 10 sollen fertig behandelt und die Sitzung dementsprechend verlängert werden.

Abstimmung Nr. 016

2022.SR.000229: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	45
Nein	18
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesem Ordnungsantrag zugestimmt. Wir beenden somit noch die Verhandlungen über die Traktanden 9 und 10. Als nächstes für die Fraktion GB/JA!, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich erlaube mir ausschliesslich, zu Traktandum 10 zu sprechen, zu unserer Motion. Und ich bin hier ganz ehrlich, die Ausflüchte und die Ausreden des Gemeinderates in seiner Antwort beelenden mich. Der Gemeinderat könnte auch einfach sagen: "Ja, es darf nicht sein, dass Menschen aufgrund von Armut keinen Strom in ihrer Wohnung haben." Und "Ja, wir setzen uns bei EWB dafür ein, dass es hier einen, diesen Menschen gegenüber, wohlwollenden Umgang gibt. Es ist ehrlich gesagt auch ein bisschen egal, um wie viele Personen es sich handelt. Im März 2023 waren es 500 Personen, die einen solchen Vorkassenzähler haben. Wir müssen auch davon ausgehen, dass das nicht alles Personen sind, die jetzt arm sind, sondern auch solche, die einfach die Stromrechnungen nicht zahlen. Trotzdem, wie gesagt, es ist eigentlich egal, um wie viele Personen es geht. Und anstatt dass der Gemeinderat da einfach offen ist und sich auch mal sagt, ja, es ist wirklich schlimm, dass Leute aufgrund von Armut keinen Strom in ihrer Wohnung haben, stattdessen liefert uns der Gemeinderat auf über 4 Seiten Gründe, wieso er nichts in dieser Sache tun kann. Damit entzieht er sich aus Sicht der GB/JA!-Fraktion seiner Verantwortung. Es ist für uns auch unverständlich, denn die Stadt Bern muss doch ein Interesse daran haben, Personen, die aufgrund von Geldmangel ihre Stromrechnung nicht bezahlen können, dass die unterstützt werden. Und bei aller Zuversicht bezüglich, dass die Stadt prüft, was sie hier zur Abfederung der erhöhten Strompreise tun kann, da geht ehrlich gesagt einfach schon zu lange zu wenig. Diese Vorstösse sind Jahre alt und soweit ich weiss, sind bis heute keine Lösungen auf dem Tisch. Den Verweis auf den juristischen Beschwerdeweg finde ich in diesem Zusammenhang ziemlich zynisch. Ich habe das hier an diesem Pult schon einmal gesagt, diese Möglichkeit bringt den Menschen genau nichts, weil sie meistens grundsätzlich mit den Schreiben überfordert sind und mit den Aufforderungen und weil sie es sich niemals leisten können, eine richtige Vertretung zu engagieren, die ihnen bei all dem hilft. Dann noch kurz zu 3 Aussagen des Gemeinderates, die mir in der Antwort ins Auge gestochen sind. Erstens zur Überwälzung der Installationskosten: Da wird von der Verursachergerechtigkeit gesprochen. Verursachergerecht heisst in diesem Zusammenhang halt einfach, dass armutsbetroffene Personen auch noch hier für ihre Armut bestraft werden. Ob das sozialpolitisch gerecht ist, ich denke nicht. Dann zweitens zur Interlegung des Depots: Es ist sicher gut, wenn eine Übernahme durch den Sozialdienst reicht, um das Depot nicht zahlen zu müssen. Wir wissen aber auch alle, dass viele Personen, die eigentlich Sozialhilfe berechtigt wären und unter dem Existenzminimum leben, diese nicht beantragen. Als Scham vor Stigmatisierung, weil man es in der Schweiz halt selber schaffen muss oder auch aus Angst vor dem Entzug der Aufenthaltsbewilligung. Und diesen Personen, und die meinten wir ebenso wie Sozialhilfebeziehende mit unserem Vorstoss, diesen Personen wird das Lösen vom Vorkassenzähler mit dem Depot unnötig erschwert. Drittens die Regelung, dass Energiekosten ohne Wohnnebenkosten den Grundbedarf einzurechnen sind. Hier ist es ja so, dass seit fast 2 Jahren das durchaus möglich ist. Da hat der Kanton 2023

den Grundbedarf der Teuerung angepasst, auch hier ist die Stadt Bern also längstens in der Pflicht zu handeln. Die grundsätzlich abwehrende Haltung und dass die Antwort als Prüfungsbericht gelten soll, verhindert auch, dass wir hier die Motion wandeln können oder wandeln wollen. Wir bitten euch deshalb darum, wie das Babara Keller auch schon gesagt hat, dass ihr uns unterstützt in der Annahme der Motion und dass der Gemeinderat jetzt endlich auch mehr unternimmt, die armutsbetroffenen Menschen in der Stadt Bern zu ihrem Recht zu verhelfen. Herzlichen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Zu Traktandum 9 habe ich auch schon gesprochen, jetzt eigentlich vor allem zu 10, aber im Grundsatz geht es hier um zwei Themen mit einem gemeinsamen Nenner. Es geht um eine Energiepolitik, die ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerecht ist, eine, die Menschen schützt, statt sie in unnötige Notlagen zu treiben. Und damit hätten wir sozusagen den Übergang zur Motion: "Niemand soll im Dunkeln sitzen" und zum eigentlichen Skandal aus unserer Sicht. Der Gemeinderat sagt: "Nein, Privatpersonen wird der Strom nicht einfach abgestellt." Sind wir beruhigt? Nein, denn im nächsten Satz kommt die eigentliche Realität zum Vorschein. Menschen mit Zahlungsschwierigkeiten bekommen einen Vorkassenzähler, das heisst, wer Schulden hat, darf nur noch Strom beziehen, wenn vorher bezahlt wurde. Wenn das Guthaben aufgebraucht ist, wird nicht der Strom abgestellt, nein, das EWB wäscht sich die Hände in Unschuld. Der Strom fliesst einfach nicht mehr weiter, weil kein Geld mehr auf dem Konto ist. Das ist keine soziale Lösung, das ist ein bürokratisches Feigenblatt. Das ist so, als würde man jemandem in der Wüste eine Wasserflasche geben und sagen, keine Sorge, wir nehmen sie dir nicht weg, aber wenn sie leer ist, musst du zuerst bezahlen, bevor du weiter trinken darfst. Armut, und das ist wichtig, ist keine Entscheidung und Grundversorgung ist kein Privileg. Strom ist kein Luxus, sondern ein elementares Grundbedürfnis. Wenn ihr nur noch per Vorkasse bekommt, wird in der Schweiz des 21. Jahrhunderts mit einem System bestraft, das Armut nicht verhindert, sondern verwaltet. Die Stadt Bern darf nicht einfach zuschauen, wie der Zugang zu essenziellen Dienstleistungen an die Kreditwürdigkeit geknüpft wird. Und bevor jetzt jemand sagt: "Aber die geltende Rechtsordnung." Ja, wir haben dieses System, aber Regeln, die Menschenwürde untergraben, muss man ändern und nicht verwalten. Dass sich die Stadt beim Thema Stromsperrungen nicht mit technischen Definitionsfragen aus der Affäre zieht. Die Motion niemand soll im Dunkeln sitzen, nehmen wir als Motion an. Kein Mensch soll in dieser Stadt ohne Strom dastehen, weder metaphorisch noch buchstäblich und wir sind sehr froh, dass in dieser Direktion mit Alec von Graffenried frischer, grüner und sozialer Wind weht. Denn Energie ist kein Luxus und wie gesagt, Armut ist keine Entscheidung. Danke.

Präsident: Merci. Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Also ich versuche nicht mehr zu lang zu sein zu diesem Thema, nicht wegen der Wichtigkeit, sondern weil es spät ist. Zuerst zur Motion, die gab mehr zu reden. Ich bleibe dabei, es ist vor allem eine sozialpolitische Geschichte, es ist nicht eine energiepolitische Geschichte. Lösen muss das Problem der Gemeinderat weniger die EWB, aber selbstverständlich sind wir genau gleich betroffen, wie ihr betroffen seid von diesen Umständen und wir wollen nicht, dass sich solche Umstände realisieren. Aber wir wollen sie vor allem sozialpolitisch lösen, dass dann die

EWB gar nicht mehr aktiv werden muss. Einfach unterstellen Sie uns nicht, es fehle bei uns am guten Willen, denn wir wollen genau das Gleiche wie ihr. Wir wollen es lösen und wir sind auch dran. Also ich glaube, da haben wir auch eine gewisse Glaubwürdigkeit. Wir sind nicht tagtäglich, aber sehr hartnäckig und regelmässig dran, beim Kanton für bessere Bedingungen zu kämpfen, dass wir eben auf der kantonalen Ebene, dort, wo es gelöst werden kann, das auch lösen. Wir hätten die Motion als Postulat entgegennehmen wollen. Es wurde nicht gewandelt, entsprechend kommt es halt jetzt als Motion. Wir werden uns dann bemühen, euch bessere Antworten beim nächsten Mal liefern zu können. Jetzt noch kurz zu der individuellen Heizkostenabrechnung. Das kantonale Energiegesetz sieht die schon vor, dass sie verpflichtend eingeführt werden muss, aber eben nur, wenn saniert wird. Und es gibt ja bekanntlich keine Sanierungspflicht und demzufolge gibt es eben auch keine Nachrüstungspflicht für eine individuelle Heizkostenabrechnung. Das heisst, wir dürfen gar nicht auf kommunaler Ebene aktiv werden, aber wir können natürlich gesetzgeberisch aktiv werden. Aber wir können natürlich sonst aktiv sein, wir können motivieren, und wir haben unsere Energieberatung darauf angesetzt, dass sie wirklich dem auch nachgeht, das auch intensiv einfordert, die individuelle Heizkostenabrechnung. Und den anderen Auftrag, den werden wir der Immobilien Stadt Bern (ISB) weitergeben. Damit die ISB das ernsthaft prüft und wenigstens die Stadtliegenschaften alle ausrüstet, sofern das nicht bereits der Fall ist. Merci und allen einen schönen Abend und hoffentlich können wir noch zusammen diesen Abend miteinander ausklingen lassen. Ich werde für Fragen und noch zur Verfügung stehen.

Präsident: Merci, vor der Kür noch die Pflicht. Wir stimmen ab über Traktandum 9 als Postulat. Wenn ihr dieses erheblich erklären wollt, drückt ihr Grün, wenn ihr es ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 017

2022.SR.000229: als Postulat

Annahme

Ja	59
Nein	2
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2023.SR.000078

10 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JAI, AL/PdA (Barbara Keller, SP/Lea Bill, GB/Eva Chen, AL): Niemand soll im Dunkeln sitzen

Traktandum 9 und Traktandum 10 werden gemeinsam behandelt. Siehe Traktandum 9.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über Traktandum 10 als Richtlinie. Sie wurde nicht gewandelt. Wir stimmen also ab über die Richtlinienmotion.

Abstimmung Nr. 018

2022.SR.000229: als Richtlinie

Annahme

Ja	39
Nein	17
Enthalten	5

Präsident: Ihr habt diese Richtlinienmotion erheblich erklärt. Moment noch ganz kurz, ich weiss, es ist etwas spät, ihr habt heute aber auch viel gesprochen. Eine kleine Information: In der nächsten Sitzung am 22. Mai wird Jelena Filipovic zum ersten Mal eine Ratssitzung leiten. Ich bitte euch, genauso mitzumachen, wie ihr es heute zumindest in der ersten Sitzung getan habt, und ich bitte noch kurz die Mitglieder des Ratsbüros, nach vorne zu kommen.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 11 | 2024.SR.0015

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit»), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein

Traktandum: 12 | 2024.SR.0014

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA (Bernadette Häfliger, SP/Lea Bill, GB/Francesca Chukwunyere, GFL/Raffael Joggi, AL): Bewilligungspflicht für private Kameraüberwachung im öffentlichen Raum

Traktandum: 13 | 2024.SR.0121

Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP/JGLP/EVP (Sarah Rubin, GB/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!/Bettina Jans-Troxler, EVP) und Sofia Fisch (JUSO): Expertise von Menschen mit Behinderungen abholen

Traktandum: 14 | 2023.SR.0168

Interfraktionelles Postulat GB/JA, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Barbara Keller, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Matteo Micelli, PdA/Tanja Miljanovic, GFL/Judith Schenk, GLP): Keine unterirdischen Asylunterkünfte!

Traktandum: 15 | 2016.SR.000008

Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Qualität der Asylunterkünfte in der Stadt Bern prüfen und verbessern

Traktandum: 16 | 2024.SR.0346

Interpellation David Böhner (AL), Anna Leissing (GB), Barbara Keller (SP), Nora Joos (JA!), Sofia Fisch (JUSO), Matteo Miceli (PdA), Tanja Miljanovic (GFL): Warum ist die unterirdische Asylunterkunft in Brünnen noch immer in Betrieb?

Traktandum: 17 | 2024.SR.0335

Interpellation Oliver Berger (FDP), Ursula Stöckli (FDP): Warum kapitulierte Bernmobil im Schneechaos vom 21.11.24?

Traktandum: 18 | 2024.SR.0278 Motion Fraktion GB/JA!

(Ursina Anderegg, GB): Autofreie Altstadt Traktandum: 19 | 2024.SR.0105 Postulat Fraktion GB/JA! (Mahir Sancar/Anna Jegher/Nora Joos, JA!): Umverteilung der MIV-Infrastruktur

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revisio-nen/2506773698.php>

2025.SR.0134 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Schutz von Wildtieren: Ein ausgewogener Lösungsansatz für Bern

2025.SR.0150 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Öffentliche Aufenthaltsräume sicherstellen

2025.SR.0130 | Parlamentarische Initiative | Eingereicht

Parlamentarische Initiative: Zeitgemässe Finanzkompetenzen für den Gemeinderat, Stadtrat und Volk; Teilrevision der Gemeindeordnung

2025.SR.0131 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Referendum Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung. Der Gemeinderat muss mit der rechtsgültigen Unterzeichnung des Vertrags zuwarten bis der Stimmbürger über das Referendum entschieden hat! Oder der Gemeinderat muss zumindest einen entsprechenden Vorbehalt anbringen.

2025.SR.0136 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Weiterführung Schulversuch ClaBi und Überführung in den Regelbetrieb

2025.SR.0139 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Der Kreis schliesst sich im Westen: Die neue Personenunterführung Untermatt als legaler Graffiti-Ort

2025.SR.0146 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Zusammenarbeit mit dem Kanton und Nutzung der ECLF als Ausweg für die ClaBi Bern

2025.SR.0142 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Referendum Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung. Wird der Gemeinderat mit der rechtsgültigen Unterzeichnung des Vertrags zuwarten bis der Stimmbürger über das Referendum entschieden hat? Werden Vorbehalte angebracht?

2025.SR.0148 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Abbruch der Classe Bilingue – was sind die tatsächlichen Gründe, welche Alternativen wurden geprüft?

2025.SR.0147 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Transparenz und Lehren aus dem Abbruch der Classes Bilingues: Projektziele, Krisenmanagement und Anschlusslösungen

2025.SR.0133 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Aktuelle Zusammenarbeit mit Swissmilk an Berner Schulen

2025.SR.0138 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Änderung Kehrrecht-, Papier-/Karton und Grüngutabfuhr

2025.SR.0144 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Stadt Bern: Marroni-Verkäufer ärgert sich über Mehrwegpflicht in der Stadt Bern. Marroniverkäufer darf keine Getränke in PET-Flaschen verkaufen. Ist der Gemeinderat bereit, von sich aus, freiwillig eine Änderung und Lockerung des entsprechenden Reglements vorzunehmen?

2025.SR.0143 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Schulwegsicherheit Provisorium VS Monbijoubrücke: Wieso wird auf die den Eltern anlässlich der Orientierungsversammlung in der Aula des Gymnasiums Kirchenfeld zugesicherte räumliche Abtrennung der Velofahrspuren und der Fussgänger verzichtet? Wieso wurden die Auflage Provisorium und Abgang von der Monbijoubrücke nicht gleichzeitig aufgelegt?

2025.SR.0141 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Unverständlicher Entscheid kurzfristige Aufhebung Classe bilingues: Wieso? Wieso zu kurzfristig? Wurden überhaupt Alternativen geprüft? Wieso geht es in Biel?

2025.SR.0145 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation SP/JUSO-Fraktion: Verdrängung durch Leerkündigungen: Wohnst du noch oder musst du schon raus?

2025.SR.0149 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Für Haustiere ohne Leiden – gegen Qualzucht in der Stadt Bern

2025.SR.0135 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Vegane Mensen – wird die Universität Bern zum Vorbild für die Stadt Bern?

2025.SR.0137 | Interpellation | Eingereicht

Dringliche Interpellation: Sparen auf Kosten der Zweisprachigkeit: Weshalb will der Gemeinderat den Schulversuch ClaBi nicht weiterführen?

2025.SR.0140 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Unverständlicher Entscheid kurzfristige Aufhebung Classe bilingue: Wieso? Wieso zu kurzfristig? Wurden überhaupt Alternativen geprüft? Wieso geht es in Biel und nicht in Bern?

2025.SR.0132 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: V85: Macht die Stadt ihrer Bevölkerung etwas vor?

Schluss der Sitzung: 22.42 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

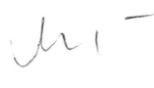
07.07.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

11.08.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi